Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 22 | Februar-März 1939 | Heft 2/3

Den deutschen Helden

Zum Heldengedenktag des deutschen Volkes 1939

Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres des Weltkrieges zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß diese einst Söhne ihres Volkes waren.

Adolf Hitler

(Mein Kampf)

Unsere volksdeutschen Soldaten im Weltkriege

Von Generalleutnant z. V. Dr. Freiherr von Bardolff,
SA-Oberführer und Reichstagsabgeordneter, Wien

Es ist gut, daß man sich immer wieder einmal der gewaltigen Zeit besinnt, die, nach historischem Maß gemessen, fast unmittelbar hinter uns liegt. Der lebhafte Rhythmus der Gegenwart, der Kampf in der Aufbauarbeit mit den Gegnern des Deutschtums, die Spannung gegenüber der weiteren Entwicklung der europäischen Zukunft lassen bei manchem Älteren die tiefe und lebhafte Erinnerung an das Erlebnis des Weltkrieges hinter dichten Schleiern verschwinden, und Jüngere wissen davon nur aus der Überlieferung, wenn sie sich die Zeit nehmen, darauf zu hören. Erfreulicherweise nimmt sich unsere Jugend gerne diese Zeit, weil sie zwei Wirklichkeiten immer klarer erkennt: Nationalsozialismus und Soldatentum haben die gleichen Grundlagen; nur die Stärke der deutschen Wehrmacht im totalen Sinne kann Europa den Frieden sichern.

Zur Stärke der deutschen Wehrmacht gehört auch das tiefe Wissen um den Geist der Treue, der Tapferkeit und der Ehrfurcht vor dem Heldentum der Anständigkeit, gehört das Wissen um die unerschütterliche Macht einer wahren Volksgemeinschaft.

Im Volke wird die Ehrfurcht vor dem Mut des Soldaten, mag er hoch oder nieder stehen, gleich wie die Ehrfurcht vor wertvollen Vorfahren, vor der militärischen Tradition, soweit sie Ewigkeitswert hat, planmäßig gepflegt. Auch in den kleinsten Gemeinden findet man Denkmäler von Künstlerhand; der Reichskriegerbund und seine zahlreichen Zweigverbände bemühen sich mit vollem Erfolg um die Erhaltung von Überlieferung und Kameradschaft; wertvolle, von hoher künstlerischer Begabung zeugende Werke bieten reife Gedanken und edle Bilder. Es werden daheim und auf den Schlachtfeldern nicht nur die Gefallenen, die ihren Verwundungen und Kriegskrankheiten Erlegenen in Wort und Schrift, in Erz und Stein geehrt, deren Namen verewigt werden können. Auch der unbekannten Toten wird gedacht, der Verschollenen, des ganzen in unseren Vorstellungen kaum zu erschöpfenden tragischen Inhaltes dieses düsteren Wortes. Möchte doch ebenso nichts unterlassen bleiben von dem, was noch geschehen kann für die Zerschossenen und Blinden, die noch lebenden Opfer der blutigen Vergangenheit, für die Witwen und Waisen der Frontsoldaten, all derer, die ihre schwere Last in stillem Leid tragen. Möchte endlich auch die Ungleichartigkeit in der Versorgung der noch lebenden Kriegsteilnehmer durch die öffentliche Hand beseitigt werden — solange sie noch leben.

Getreu seiner Aufgabe weiht das Deutsche Ausland-Institut dieses Heft vorerst dem ersten Großdeutschen Heldengedenken, dem Gedenken an die volksdeutschen Soldaten des Weltkrieges. Sie kämpften nicht im Rahmen der Heere und Seestreitkräfte des Reiches, nicht unter seiner Fahne und Flagge, aber sie

kämpften für das Gesamtdeutschtum an allen Fronten. Sie bluteten und fielen in unzerreißbarer Treue neben den Bundesgenossen und für sie. Das Deutschtum war das einigende Band für sie alle im aufgezwungenen Kampfe mit den Feinden gegen alles, was deutsch war, gegen den deutschen Geist, gegen deutsches Schaffen, gegen eine deutsche Zukunft.

Auch in der Wehrmacht der alten österreichisch-ungarischen Armee war deutscher Geist führend, trotzdem es unter ihren Kämpfern nur fünfundzwanzig von hundert Deutsche gab. Deutsch war die kulturelle Arbeit, die von der Armee in ihr selbst und weit über ihren Bereich hinaus in nichtdeutschen Gebieten geleistet worden ist. Jeder Nichtdeutsche, der „gedient" hatte, brachte von dieser deutschen Kultur mehr oder weniger mit nach Hause. Wer heute etwa im Südosten der einstigen Monarchie reist, und mit alten Land- und Seesoldaten spricht, der kann mehr oder weniger vorsichtige Bemerkungen darüber hören, daß dies oder jenes Gute an Einrichtungen noch aus der österreichischen Zeit stamme. Dieses Deutschtum und der seit 1804 und besonders nach 1866 ins Österreichische umgewandelte alte Reichsgedanke waren die starken Klammern für die Einheitlichkeit der alten Wehrmacht.

Und auch im Weltkrieg war dieses Deutschtum eine stählerne Klammer fürs Ganze, ohne daß mit dieser Feststellung hervorragende Leistungen anderer Teile des Völkergemenges der alten Monarchie herabgesetzt werden sollen.

Was die Wehrmacht aus dem Donaureich an Hingebung und Opferwillen im Kriege bot, ist um so mehr anzuerkennen, als die Rüstung auf einen großen Krieg durchaus unzulänglich war. Die vorhandenen Kaders reichten nicht aus, um alle Wehrfähigen für den Kriegsdienst auszubilden. Die viel zu schwachen Friedensstände der Truppenkörper hemmten die kriegsmäßige Ausbildung. Es erscheint heute als unverständlich, war aber Wirklichkeit, daß für den Kriegsbedarf der Telegrafen- und Telefonformationen von etwa 6200 Mann noch einige Jahre vor Beginn des großen Krieges ein etatmäßig bedeckter Kader von nur elf Mann existierte.

Dem Heere fehlte es an ausreichender Artillerie, deren Material zum Teil veraltet, deren Ausrüstung mit Munition ganz unzulänglich war. Die reiterlich hervorragende Kavallerie litt schwerst unter unkriegsmäßiger Ausbildung, Ausrüstung und Packung.

Einrichtungen für eine planmäßige Versorgung der Wehrmacht mit Kriegsbedarf aller Art bei einer längeren Dauer des Krieges bestanden nicht.

Wohin man blickte, gab es Mängel!

Die Bundesgenossen waren weder persönlich noch sachlich aufeinander eingespielt. Die Mittelmächte waren auf Gedeih und Verderb, Tod und Leben aneinandergeschmiedet, aber gemeinsame militärische Vorbereitungen gab es nicht. Beide Staaten bedachten sehr viel mehr die formale Korrektheit, Rücksichten und Vorsichten gegenüber dem Ausland. Gelohnt hat sich diese Haltung

nicht. Das haben wir gründlich erkennen müssen, verlangen daher heute ebenso gründlich eine gesicherte Gegenseitigkeit.

Diese Lücken mußte der Opfermut der damals volksdeutschen Soldaten — am Anfange des Krieges den Russen gegenüber ohne reichsdeutsche Hilfe — unter schwersten Verlusten füllen. Wo Nichtdeutsche versagten, mußten sie an ihre Stelle treten. Die Folgen waren erschütternd. Ein einziges Bild davon für hundert und tausend andere sei gezeigt. Die aus den westlichen Alpenländern stammende dritte, die spätere „Edelweiß"-Division, zählte anfangs August 1914 etwa 25 000, Mitte September nur mehr 5100, nach Ergänzung 13 600 und am 20. Dezember 1914 nicht mehr als 1700 Kämpfer.

Die alten Deutschösterreicher, sie alle aus den Alpen-, Donau- und Sudetenländern, aber auch die heutigen Volksdeutschen in den anderen Gebieten der alten Monarchie dürfen mit vollem Recht für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, den Staat, „den sie vor allem gründen und tragen halfen", bis zuletzt mit äußerster Kraft verteidigt zu haben. Sie sind in ihrem Soldatentum den anderen Völkern vorangegangen und den Brüdern im Reich gegenüber nicht zurückgeblieben.

Trotzdem hatte die Vorsehung uns Deutsche einer schweren Prüfung unterworfen. Wo aber die Not am größten, ist Gott am nächsten. Und er sandte einen Führer, der uns zum Selbstvertrauen, zur Selbsthilfe, zur Selbstzucht aufrief. Unser Glaube an diesen Führer wurde gelohnt durch seine friedlich sieghaften Taten, die die Erfüllung unserer völkischen Sehnsucht brachten.

Und so waren die Opfer unserer Helden, die im Dienst am Volksganzen verbluteten, nicht vergeblich. Das ist ein Trost für uns alle am Tage des Gedenkens ihrer aller. —

*

Der Verfasser des vorstehenden Aufsatzes, Dr. Carl Freiherr von Bardolff, ist als einer der energievollsten und deutschesten Offiziere der alten k. und k. Armee bekannt. Er war in den letzten Jahren vor dem Weltkriege Flügeladjutant und Vorstand der Militärkanzlei des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und hatte in dieser Stellung auch eine Fülle von allgemeinpolitischen, völkischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen der Donaumonarchie zu bearbeiten. Berater der Militärkanzlei über ungarische Angelegenheiten war Edmund Steinacker, der bis zu seinem vor zehn Jahren erfolgten Tode der älteste Mitarbeiter unserer Zeitschrift war. So fühlen wir uns durch Edmund Steinacker gleichsam schon lange mit Dr. von Bardolff verbunden, wenn er auch heute zum ersten Male unmittelbar zu unseren Lesern spricht.

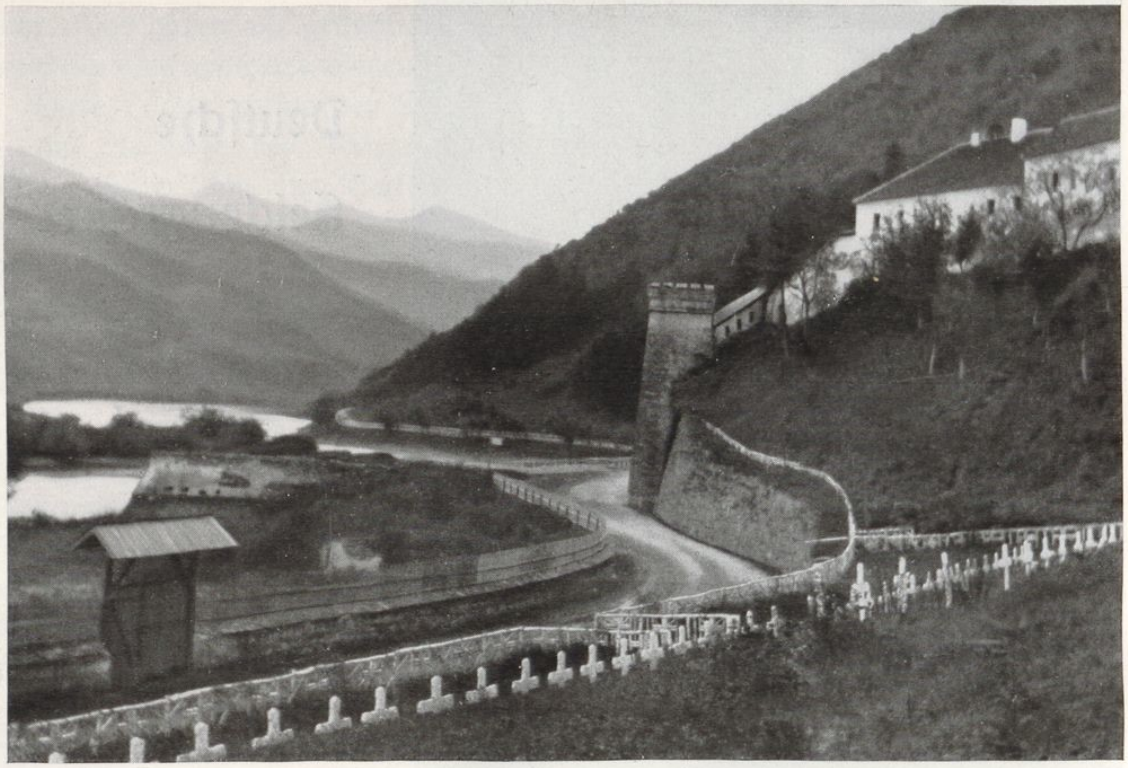
Der Kompanieführer in einer der entlegensten österreichischen Garnisonen im Sandschak Novibazar, der Brigadekommandant im Bewegungskrieg in Galizien, der langjährige Generalstabschef einer Armee an der Karpathenfront, der Mann, der im Herbst 1918 vom letzten Habsburger ausersehen wurde, um den drohenden Zusammenbruch aufzuhalten, hat wie kaum ein anderer die Kriegs- und Friedensleistung volksdeutscher Soldaten und ihr heldenhaftes Sterben kennengelernt, er ist daher vor anderen berufen, nach der Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlands zum ersten Heldengedenktag im Großdeutschen Reich das Wort zu nehmen. Bardolffs vor kurzem erschienene Selbstbiographie „Soldat im alten Österreich" (Eugen Diederichs Verlag, Jena), wohl eines der besten Soldatenerinnerungsbücher überhaupt, sollte vor allem im Altreich und im Auslandsdeutschtum gelesen werden.

H. R.

Deutsche Heldengräber

Grabkreuz auf dem Helden=
friedhof Porszewice, Polen

Siebenbürger Sächsinnen pflegen die Gräber der deutschen Soldaten



Deutscher Ehrenfriedhof zu Boita am Roten-Turm-Paß

Der deutsche Heldenfriedhof in Wilna

Gefallenendenkmal in der Abtei Kerz (Siebenbürgen)

Heldenfriedhof im Walde bei Wianczyn (Kreis Brzeziny)

Totenburg Bitolj (Jugoslawien)

Fot. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Langemark

Fot. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Juden gegen das Deutschtum in Übersee

Man tut gut daran, heute eines ständig im Auge zu behalten: hinter jeder deutschfeindlichen Äußerung aus Übersee, vor allem aber aus Amerika, steht der Jude, ganz gleich, ob es sich nun um die Bemühungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten handelt, eine Abwehrfront der sogenannten Demokratien gegen die autoritären Staaten herzustellen oder um den systematischen Verleumdungsfeldzug der überseeischen Presse gegen Großdeutschland und den Nationalsozialismus. Vor allem aber ist das Kesseltreiben gegen das Deutschtum in Nordamerika und der Vernichtungskampf gegen die Deutschbrasilianer, sowie die Verdächtigung jeglicher deutschen Arbeit in Übersee unmittelbar auf eine Aktion des Judentums zurückzuführen.

Der jüdische Krieg gegen Deutschland datiert vom 30. Januar 1933 und hat sich im Verlaufe des Jahres 1938 zu einem totalen Krieg entwickelt. Nicht länger begnügt sich das Weltjudentum damit, gegen das Reich und seine Führung oder nur gegen den Nationalsozialismus als Weltanschauung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzurennen, sondern sein vom abgrundtiefen Haß diktierter Kampf geht heute gegen das Deutschtum in der Welt schlechthin und wird in Übersee gegen jeden deutschen Menschen, der es wagt, sich zu seinem Volkstum und zur deutschen Weltanschauung zu bekennen, mit einer brutalen Hartnäckigkeit ausgefochten. Dieser Kampf, in dem sich nur zu oft die ganze jüdische Macht zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz eines einzigen Deutschen konzentriert, wird nur verständlich durch die Furcht des Judentums vor dem Deutschtum in Übersee als Bastionen des nationalsozialistischen Deutschland.

In Übersee kennt die jüdische Politik zwei Ziele:

1. **Die Neue Welt freizuhalten von den Einflüssen der nationalsozialistischen Weltanschauung und dem Volkstumsbegriff.**
2. **Die Neue Welt mit Hilfe der westlichen Demokratien und des Weltbolschewismus zur Ausgangsstellung einer gemeinsamen Front gegen die autoritären Staaten auszubauen.**

Zur Erreichung dieses Zieles ist das Judentum eine Reihe von Zweckverbindungen eingegangen. So hat es sich in den Vereinigten Staaten mit allen linksradikalen und liberalistischen Gruppen gleich welcher Färbung und den „christlichen" Kirchenkörpern zu einer „Volksfront" gegen das „faschistische, neuheidnische" Deutschland verbunden, während es gleichzeitig in Südamerika in enger Verbindung mit dem nordamerikanischen Wirtschaftsimperialismus arbeitete und dort die große Lüge von einer drohenden Invasion des Nationalsozialismus erfand; eine Lüge, auf die vermittels des mit seltener Freigiebigkeit rollenden Dollars die brasilianische

Öffentlichkeit prompt hereingefallen ist. Im Hintergrund der letzten Panamerikanischen Konferenz in Lima war der Jude genau so als Drahtzieher tätig, wie er in USA. einem Kirchenfürsten die deutschfeindlichen Äußerungen in den Mund gelegt hat, oder die sogenannte öffentliche Meinung in zahlreichen überseeischen Ländern leitet und fabriziert. Nicht in Rio de Janeiro sind die Ausnahmegesetze gegen die deutschstämmigen Brasilianer erdacht, nicht in Washington die Untersuchungen gegen die „Nazis" beschlossen worden, die Parole ging in diesen beiden Fällen wie in allen ähnlichen von der jüdischen Hochburg in New York aus. Wie ja auch die sogenannte „amerikanische Doktrin", die heute in Nord- und Südamerika gegen die angeblich so gefährliche „Nazi-Ideologie" ins Feld geführt wird, eine ausgesprochen jüdische ist.

Das beste Beispiel für den jüdischen Kampf gegen die „deutsche Gefahr" in Übersee liefern die Vereinigten Staaten. Hier leben neben einer alteingesessenen deutschen Bevölkerung, von der heute noch etwa sechs Millionen die deutsche Sprache sprechen, viereinhalb bis fünf Millionen zum größten Teil erst in den letzten Jahrzehnten aus Osteuropa eingewanderte Glaubensjuden. Gegenüber dem aggressiven Judentum, das sich schnell zur mächtigsten rassischen Minderheit in USA. emporarbeitete und heute nicht nur Presse, Rundfunk, Film und Theater und damit die öffentliche Meinung beherrscht, sondern auch ganze Wirtschaftszweige kontrolliert und die Politik des Landes maßgeblich beeinflußt, stellt das in zahllose Gruppen und Grüppchen zersplitterte Deutschamerikanertum keine Macht dar. Um so leichteres Spiel glaubte das Judentum zu haben, als es mit dem Tage der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler seine Streitkräfte gegen Deutschland mobilisierte. Die jüdische Taktik ging darauf hinaus, das Deutschamerikanertum als Faktor in dieser Auseinandersetzung entweder ganz auszuschalten oder aber es mit in die „antifaschistische" Front einzubeziehen. Man vertraute hierbei auf die traditionellen engen Beziehungen zwischen den „deutschen Juden" und dem Deutschtum. Führten doch bis 1933 die Juden das Wort in fast allen deutschen Vereinen, beherrschten sie doch mit wenigen Ausnahmen die deutschsprachige Presse, die überdies noch aus den Anzeigen der jüdischen Geschäfte hauptsächlich gespeist wurde, vor allem aber lag doch die geistige wie politische Führung des Deutschamerikanertums in Händen der Juden.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle im einzelnen aufzuzählen, wie die jüdische Taktik schon vor dem Weltkriege dahin ging, das Deutschamerikanertum mehr und mehr der Heimat zu entfremden oder gar die mehr als fragwürdige Rolle zu schildern, die das Judentum in den ersten Kriegsjahren spielte, wie hier auch von den starken jüdischen Bindungen der damaligen Reichsvertreter nicht die Rede sein soll (noch weniger von den fast ausnahmslos von Juden geschluckten deutschen Propagandageldern). Eines jedoch sei festgestellt: Vom Jahre 1848 bis zum Jahre 1933 war jede

Deutschtumsarbeit in USA. jüdisch beeinflußt und konnte das Deutschamerikanertum als ausgesprochen judenfreundlich gelten. In der Mehrzahl der Fälle ahnten die Deutschamerikaner nicht einmal, daß ihre Führer Juden und ihre Presse jüdisch waren.

Wenn sich trotzdem die jüdische Rechnung von 1933 als ein Fehlschlag erwies, so einzig und allein aus dem Grunde, weil das Judentum jene Kräfte, die in Deutschland den siegreichen Durchbruch der neuen Idee ermöglichten, nicht in diese Rechnung gesetzt hatte. Jener kleine und für völlig bedeutungslos gehaltene Kreis junger Deutscher, die einst im Vaterlande in den Reihen der Kämpfer vom Hakenkreuz gestanden und dem sich bis 1933 einige hundert neuer Kameraden zugesellt hatten, wuchs im Laufe eines Jahres als Bund „Freunde des neuen Deutschland" zu einer der stärksten und der bei weitem aktivsten Organisation des Deutschtums heran und erreichte es dank seiner unermüdlichen Aufklärungsarbeit, daß in kurzer Zeit dem Judentum nahezu sämtliche Schlüsselstellungen im deutschen Organisationsleben verlorengingen, die jüdischen Redakteure aus den Zeitungen verschwanden und ein beträchtlicher Hundertsatz der Deutschen in Amerika offen seine Sympathie zum Neuen Deutschland und besonders stark zum judengegnerischen Kurs des Dritten Reiches bekundete. Mehr aber noch als jede Propaganda wirkte die überragende Persönlichkeit des Führers und das einzigartige Beispiel, das Deutschlands Aufstieg der Welt bot, um die deutschstämmigen Amerikaner zu Freunden dieses neuen Deutschlands zu machen. Damit hatte die Judenfrage ihren ersten Widerhall in Amerika gefunden, und damit war ein neues, vorher nicht in Rechnung gezogenes Gefahrenmoment für das Judentum in USA. aufgetaucht. Dieses Gefahrenmoment war das Deutschtum.

Im Jahre 1934 setzte der jüdische Frontalangriff gegen das kämpferische USA.-Deutschtum ein. „Nazis in Amerika! Hitler ante portas!", schrie es in den Überschriften der Tagespresse. Auf jüdisches Betreiben ließen die amerikanischen Behörden die „umstürzlerische Tätigkeit" untersuchen, die ersten Deutschen verloren auf Grund ihrer Betätigung für Deutschland ihre Stellungen, deutsche Geschäfte wurden boykottiert, Aufklärungsversammlungen gesprengt oder verboten. Mit gedungenen Schergen inszenierte man Überfälle, intrigierte, denunzierte und schrak man selbst vor Meineiden und Beamtenbestechungen nicht zurück. Indessen ist aus diesem ungleichen Kampf, in dem auf der einen Seite das ganze Geld und der Einfluß des Judentums stand, dem auf der anderen Seite ein kleines Heer junger Deutscher nichts als ihren Idealismus und ihren Glauben an Deutschland entgegenzusetzen hatte, das völkische Amerikadeutschtum erstarkt hervorgegangen. Auch muß der in der zweiten jüdischen Angriffswelle unternommene Versuch, einen Keil zwischen die großen Massen der alteingesessenen Deutschamerikaner und die mit „Nazi-Gift geimpften" Nachkriegseinwanderer zu treiben, gleichfalls als mißlungen bezeichnet werden, wenn auch bei einem Teil der Deutschameri-

kaner die Judenfrage jener Punkt ist, in dem sie aus ihrer Unkenntnis der Verhältnisse heraus Deutschland nicht recht zu folgen vermögen.

Das Judentum hat nach diesen beiden Fehlschlägen seine Zuflucht zu einem letzten verzweifelten Mittel genommen, das den großen Nachteil hat, daß es sowohl kostspielig in der Anwendung als auch langwierig in der Durchführung ist. Dieser neueste jüdische Feldzugsplan, der offensichtlich das geistige Kind der in jüngster Zeit eingewanderten jüdischen Emigranten ist, geht darauf hinaus, dem Judentum auf Umwegen seine Vormachtstellung im Deutschtum des Landes zurückzuerobern. Zu diesem Zweck hat sich jener aus der marxistischen Arbeiterbewegung hervorgegangene Teil des Deutschtums, der bisher immer eigene Wege ging und sich nie mit dem bürgerlichen Deutschamerikanertum liiert hat, unter die Führung der jüdischen und politischen Emigranten begeben und einen „Deutsch-Amerikanischen Kulturbund" gegründet, dessen Hauptstütze jene Schicht der Intellektuellen ist, die an den amerikanischen Universitäten und höheren Lehranstalten Zuflucht gefunden hat. Dieser Kulturverband, in dem z. B. Thomas Mann die Hauptrede auf dem „Deutschen Tag" hält und in dem ein Prinz Hubertus zu Löwenstein, ein Wilhelm Sollmann, Dr. Kurt Rosenfeld, Ernst Toller, Oskar Maria Graf usw. tätig sind, hat in letzter Zeit eine äußerst rührige Tätigkeit entfaltet. Aus ihm soll sich — so geht die jüdische Rechnung — die neue Führerschicht des Deutschamerikanertums rekrutieren, denn, so heißt es in der jüdischen Propaganda, der nunmehr auch der amerikanische Innenminister Ickes seine Unterstützung geliehen hat, indem er diese Propaganda auf Kosten seiner Regierung vermittels des Rundfunks im ganzen Lande verbreiten läßt:

> Das Deutschtum der Vereinigten Staaten verdankt seine besten Männer und seine besten Kräfte einem sogenannten Emigrantentum, denn aus politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Gründen hat ja dieses Deutschtum seine Heimat verlassen und in USA. eine neue gefunden. Das Deutschamerikanertum ist daher zur Toleranz verpflichtet. Es muß in seiner alten Heimat nicht die augenblicklich befindliche Regierung sehen, sondern jenes „ewige Deutschland" das von Luther, Goethe, Heine bis zu Thomas Mann, Albert Einstein, Brüning und Toller reicht.

Schon träumt der Jude Alfons Goldschmidt von einer „panamerikanischen Einheitsfront aller Deutschstämmigen von Alaska bis Kap Horn gegen den Faschismus".

Indessen scheint man in höheren jüdischen Kreisen von der Durchschlagskraft dieser „Einheitsfront" doch nicht so ganz überzeugt zu sein, denn man hat zu einem weiteren Abwehrmittel der „deutschen Gefahr" gegriffen. Um unabhängig von Einzelpersonen und Organisationen in allen Ländern der Neuen Welt eine wirksame Abwehr gegen den deutschen Volkstumsgedanken herzustellen, der naturgemäß dem Judentum als besonders gefährlich er-

scheinen muß, und um gewissermaßen das Deutschtum Amerikas vom Heimatlande abzuschneiden, wurde unter Zuhilfenahme des seit Jahrhunderten bereits vorhandenen Gedankenguts der Nativisten eine „amerikanische Doktrin" konstruiert, mittels derer man die Anhänglichkeit eines Deutschen zu seinem Vaterlande oder die Verbundenheit mit seinem Volkstum als ein mit den Grundsätzen der Neuen Welt unvereinbares und daher staatsgefährliches Unterfangen hinstellen will.

In ihrer abstrakten Form lautet diese „amerikanische Doktrin" etwa folgendermaßen:

„Die Neue Welt ist Neuland. Ihre Bevölkerung setzt sich aus allen Rassen und Nationalitäten der Alten Welt zusammen. Die Bürger dieser Neuen Welt haben jedoch ihre früheren Anschauungen, Feindseligkeiten und Vorurteile über Bord geworfen, ehe sie das Gestade dieser Welt betraten und haben hier die wahre Völkerfamilie begründet, in der es einen Rassenkampf und Nationalitätenhader nicht gibt."

„Jeder Versuch der Alten Welt oder einzelner Staaten derselben, auf ihre einst freiwillig ausgewanderten Landeskinder eine Beeinflussung zugunsten eben dieser Staaten auszuüben, muß als ein Angriff auf die Neue Welt in ihrer Gesamtheit empfunden und daher von ihr abgewehrt werden, denn nichts würde die Existenz dieser amerikanischen Einwanderungsländer schwerer gefährden als der Versuch, auf ihrem Boden die Rassenkämpfe und nationalen Gegensätze des alten Europa auszutragen."

Das Judentum glaubt mit dieser Doktrin eine Schranke um die Neue Welt errichten zu können, an der alle weltanschaulichen Gedanken Europas und an der selbst die eindringliche Stimme des Blutes, blutsmäßiger Bindungen abprallen. Es vergißt dabei aber, daß kein Mensch sein Volkstum und seine Kultur, seine Erziehung und sein Empfinden ablegen kann wie ein getragenes Hemd und daß es bislang weniger die Alte Welt war, die sich in Angelegenheiten der Neuen mischte, sondern umgekehrt. Vor allem aber ist es doch der Jude selbst, der sich über die Schranken dieser Doktrin immer hinweg gesetzt hat und es heute noch täglich tut; denn wenn z. B. der bekannteste Rabbiner in USA., Stephen S. Wise, kürzlich in einer vielbeachteten Rede die Worte aussprach:

„Ich bin ein Jude, der Amerikaner ist. Ich war jedoch Jude, ehe ich Amerikaner wurde. Amerikaner bin ich mein ganzes Leben lang gewesen. Aber Jude bin ich seit 4000 Jahren",

dann hat dieser „Fürst in Israel" ja doch selbst den Rasse- und Volkstumsgedanken höher gestellt als die zufällige Staatsbürgerschaft. Es gäbe gerade in der amerikanischen Geschichte noch viele ähnliche Beispiele. Es braucht nur an den Freiheitskampf Irlands erinnert zu werden, der von jeher durch die in USA. lebenden Irländer die größte Unterstützung erfahren hat, wie ja auch die Gründung der ersten tschecho-slowakischen Republik ohne die aktivste Förderung durch die amerikanischen Tschechen und Slowaken nicht denk-

bar ist. In der polnischen Haller-Armee kämpften während des Weltkrieges ganze geschlossene Abteilungen amerikanischer Staatsbürger polnischer Volkszugehörigkeit. Die Propagandazentrale für eine unabhängige Ukraine befindet sich seit Jahren in New York. Bekannt ist die enge Verbundenheit der Italiener in Nord- und Südamerika mit dem italienischen Mutterland und traditionell ist die Treue, die der Engländer zeitlebens dem britischen Inselreich bewahrt.

So zielt diese heute so oft genannte „amerikanische Doktrin" auf nichts weiter hin, als eine Ausnahmegesetzgebung für den mit seiner alten Heimat verbundenen Deutschen zu schaffen, die ihm das Recht nehmen soll, sich die großen geistigen Strömungen seines Vater- und Mutterlandes zu eigen zu machen und aus ihnen Kraft für die Erhaltung seines Volkstums zu schöpfen. Die „amerikanische Doktrin" soll den Deutschen der Neuen Welt wurzellos machen und damit gefügig für die jüdische Kriegshetze: weiß der Jude doch aus Erfahrung, daß oft gerade diese entvolkten Elemente dann zu den schlimmsten Chauvinisten werden und das beste Kanonenfutter für die Machtpläne des Weltjudentums abgeben. Indessen, das Beispiel des Weltkrieges wird sich nicht wiederholen, solange noch deutsche Menschen in Übersee um ihr Recht zu kämpfen wissen.

Walter Kappe

Als Sendbote in Amerika

Es gibt viele Gebiete, die einer Einwanderung heute praktisch verschlossen sind. Und es gibt keinen Grund, diese Gebiete, wo ein Nachschub im eigentlichen Sinne nicht mehr hineingelangen kann, aufzugeben. Hier müssen Sendboten zu vorübergehendem Aufenthalt hingesandt werden, die der Anfeuerung des Deutschtums zu dienen haben.

Für die Wahrung der geistigen Verbindung zwischen dem Überseedeutschtum und uns ist die Arbeit der Auffrischung und der Anfeuerung ebenso wichtig wie die der zahlenmäßigen Verstärkung, die nur in wenigen Gebieten noch möglich ist. Bis heute hat man in der Nachkriegszeit über dem Nachschubproblem die Hälfte des bodenständigen Überseedeutschtums vergessen. Alle Teile des Überseedeutschtums brauchen Männer, die ihnen vom Neuen Deutschland und seinen neuerschlossenen geistigen Quellen berichten. Gerade jetzt ist der Augenblick gegeben, um auch solche Gruppen aufzusuchen, die bisher von der Deutschtumsarbeit als nicht vorhanden betrachtet wurden, die man für verloren hält, weil kein Nachschub mehr dorthin zu bringen ist. Heute ist nicht der Zeitpunkt, Gelände in Übersee aufzugeben: heute ist der Zeitpunkt, Gelände zurückzugewinnen.

„Sendboten sollten hinausgehen nach Ontario, Südaustralien, Nord-Dakota, Nebraska, Texas usw."

Diese Anregung gab im Jahre 1934 unser Mitarbeiter Heinz Kloß in seinem grundlegenden Aufsatz in den Mitteilungen der Deutschen Akademie über „Die Eigenständigkeit des Überseedeutschtums als Erbe und als Aufgabe". Der Anregung des Wissenschaftlers, die einer umfassenden Kenntnis besonders des ländlichen Deutschtums in Nordamerika entsprang, folgte drei Jahre später die Tat, als der Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen und Präsident des DAI., Karl Strölin, den Stuttgarter Ratsherrn Karl Götz als Sendboten zu den Deutschen Amerikas schickte.

Karl Götz war wie kaum ein anderer vorbereitet für eine solche Sendbotenreise: durch eine harte Jugend in der schwäbischen Heimat, durch schwere Jahre als stellenloser Junglehrer in Nordamerika, durch seine Schulmeister- und Schriftleitertätigkeit im Reich und in Palästina, durch seinen Einsatz als Redner und in der Deutschtumsarbeit. Die Verleihung des Volksdeutschen Schrifttumspreises der Stadt Stuttgart an ihn für sein erstes Buch „Das Kinderschiff" (1935) hatte überdies seinen Namen in weiten Kreisen des Deutschtums vor den Grenzen und über den Meeren bekannt gemacht.

Der Sendbote Karl Götz hat die ihm gestellte Aufgabe mit echt schwäbischer Gründlichkeit angepackt und mit außerordentlicher Zähigkeit und Energie durchgeführt. Mir ist kein deutscher Vortragsreisender bekannt, der im Laufe eines knappen Jahres das nördliche, mittlere und südliche Amerika durchreist, der aber nicht nur Vortragsredner ist, sondern vor allem das Deutschtum und seine Umwelt studiert und zugleich Verbindungsfäden knüpft zwischen den versprengten Gliedern von Sippen und Familien in Nordwestkanada, in Mexiko, in Brasilien oder Paraguay, im deutschen Mutterland oder in irgendeinem Gebiet des europäischen Außendeutschtums.

Nur wer selbst monatelang Siedlungen Deutscher im Ausland durchwandert, jeden Tag an einem anderen Tisch Gastfreundschaft genossen, auf tausend gleiche und ähnliche Fragen Rede und Antwort stand, immer wieder und wieder von Deutschland erzählt, dabei aber auch die Kunst des geduldigen und verständnisvollen Zuhörens geübt hat — der allein vermag ganz zu ermessen, wie groß die körperliche und geistige Leistung solchen Reisens ist.

Fast noch größer erscheint mir die Tat zu bewerten, neben dem eigentlichen Beruf und einer Fülle ehrenamtlicher Arbeit und dazu in dem Jahre gewaltigster politischer Ereignisse das Erlebnis einer solchen Reise in zwölf Kapiteln eines einzigen, nicht zu umfangreichen Buches zusammenzufassen. Dieses Buch ist gegen Ende des Jahres 1938 erschienen und heißt: Karl Götz, Brüder über dem Meer — Schicksale und Begegnungen (in der Reihe „Lebendige Welt / Erlebnisbücher und Tatsachenromane", J. Engelhorns Nachf. Verlag in Stuttgart).

Es ist ein kühnes Wagnis, das Deutschtum fast der ganzen amerikanischen Erdhälfte in seiner Verstreutheit und Verschiedenartigkeit, in seiner geschichtlichen Leistung und heutigen Arbeit, im Aufsteigen zu höchstem Erfolg wie im Absinken zu tiefem Leid, vor allem aber auch in dem durchschnittlichen Mittelmaß zahlloser einfacher Menschen in Stadt und Land erlebnismäßig so einzufangen und in Form eines Reiseberichts so darzustellen, daß das Ganze nicht in tausenderlei Einzelheiten auseinanderfällt und weder überladen noch ermüdend wirkt, sondern anregt, in Spannung versetzt, packt und erschüttert. Karl Götz ist dieses Wagnis gelungen.

Sein Buch ist im Rahmen des Schrifttums über das Deutschtum in Übersee und im besonderen über das Amerikadeutschtum als einzigartig zu bezeichnen.

Sein Buch ist der Erlebnisbericht eines Dichters. Denn Götz besitzt in gleicher Weise die Gabe, das Einfache und Alltägliche im menschlichen Leben einfach und natürlich zu schildern — die auf den folgenden Seiten abgedruckte Textprobe aus dem Buch zeigt dies besonders eindringlich — genau so wie er das Erhabene und Überwältigende einer durchreisten Landschaft ungemein klar und plastisch darzustellen vermag.

Indem ich dies ausspreche, bekunde ich zugleich, daß Götz der rechte Mann war, als Sendbote nach Amerika zu gehen. Sein Buch beweist, daß seine Sendbotenreise gelungen ist.

Aus der Reise und dem Erleben des einen Mannes werden nun Tausende und Abertausende von Sendboten, die in Gestalt dieses Buches in die Städte und Dörfer der Heimat wandern, die über das Meer ziehen zu den Deutschen im Norden und Süden der Neuen Welt, Brücken schlagend zwischen hüben und drüben, zerrissene Verbindungen belebend und neue Fäden knüpfend, überall aber aufklären, aufrütteln und zeugen von deutscher Leistung drinnen und draußen, von dem fanatischen Glauben an Deutschland und an die Blutsgemeinschaft aller Deutschen. Hermann Rüdiger

Karl Götz:

Bei den Deutschen im kanadischen Busch

Ich wußte, daß dieser gedrungene feste Mann in der hochgeschlossenen Wollweste Hugo Schilling war, daß er einmal eine Druckerei und viele Ehrenämter in Bad Berka in Thüringen gehabt hatte und daß er dort auch Kurdirektor gewesen war.

Seine Frau war auch noch auf; denn sie schlief hier in der Stube, da ich zu ihrem Mann in die Kammer kam. Ich mußte noch etwas essen. Da knarrte über

---

Entnommen: Karl Götz, Brüder über dem Meer — Schicksale und Begegnungen. J. Engelhorns Nachf. Verlag, Stuttgart.

uns die Holzdecke und dann eine Treppe. Der Sohn, der in der oberen Kammer schlief, kam, nur in Hose und Schlappen, herunter. Wir saßen am Tisch. Die Frau fragte: „Wie ist es in Deutschland?“ Aber da schluchzte sie auch schon auf und fuhr sich mit der Schürze an die Augen.

Als wir nachher schon unter den Decken steckten, sagte Hugo Schilling: „Sie müssen uns viel erzählen.“ „Ja“, sagte ich, „viel. Wir haben ja viele Tage lang Zeit.“

An einem Morgen, an dem der Regen aufgehört hat und die Sonne so hell scheint, daß auch durch die kleinen Scheiben des Baumstammhauses helles Licht fällt, sehen sich alle Dinge anders an, als nach Mitternacht, wenn der Regen herpeitscht und die Lampe rußig flackert. Wir saßen alle um den Tisch und waren für eine so frühe Stunde recht gut aufgeräumt. Es war noch die blutjunge Sohnsfrau dabei, die auch als Schulmädchen aus Thüringen mitgekommen war. Ihr Kindchen lag frisch gebadet in einem Waschkorb, der auf zwei Stühlen stand.

Dieses Haus war eines der guten und geräumigen Häuser. Es hatte neben dieser großen Stube die Kammer und eine Küche mit einem richtigen großen Herd. „Ein guter Herd“, meinte die Frau, „ist das halbe Leben. Denn es ist ja nicht nur Essen darauf zu kochen und Schweinefutter, sondern auch das Badwasser für das Enkelkind und dann sind ja auch die großen Wäschen da. Die alten Sachen werden schneller schmutzig. Es geht jetzt übrigens alles aus, was man so mitgebracht hat.“

Dieses Haus stand auch auf einem Sockel und hatte nicht wie viele andere die bloße gestampfte Erde, nein, es hatte richtige glatte Bohlen zum Boden. Sie hatten sich zwar etwas verzogen und gaben knarrend nach, wenn man darüber ging. „Aber das schadet nichts. Eine Musik muß der Mensch ja haben“, meinte Hugo Schilling. Unter den kleinen Fenstern waren Bretter, auf denen Blumenstöcke standen. Die Decke bestand aus vierkantig behauenen Balken. Die Stämme der Wände waren innen abgeschält, und die Fugen glatt verstrichen. Aber es war doch gut, wenn man jetzt schon immer wieder überall die innere Handfläche gegen die Wand hielt, wo etwa ein Zug zu spüren wäre. Wenn es anginge, wollten sie in diesem Jahr übrigens die innere Nordseite noch verbrettern. An diesem Tag machten sie von außen mit Moos und Lehm die Fugen zwischen den dicken berindeten Stämmen dicht. Dies mußte man vor jedem Winter tun.

An das Haus stieß ein Garten, in dem, wie in den Gärten in Thüringen, Kopfsalat und Stangenbohnen, Kohlrabis, Schnittlauch, Petersilie und Rosenkohl wuchsen. Die Endivienstöcke waren mit weißen Schnüren schon zusammengebunden. Um die Beete waren Ringelblumen und Nelken gepflanzt. Den Samen hatten sie aus Erfurt kommen lassen. An dem Lattenzaun wuchsen Stachel- und Johannisbeerbüsche. In diesen Garten sah das kleinen Bodenfenster herunter, über das sie, in den Giebel hinein, ein Elchgeweih genagelt hatten.

Es waren nun an einem solchen Haus doch allerlei Dinge, die Geld kosteten. Der Erlaubnisschein zum Stämmeholen auf Bahn- oder Regierungsland kostete ein paar Dollar, die Bretter kosteten zwölf Dollar, die Nägel fünf, die Fenster zwanzig, die Schindeln zwanzig, bessere Bretter für die Türen nochmals zwanzig. Das lief so zusammen. Man könnte natürlich alles auch feiner haben. Man könnte die Bretter gehobelt nehmen, man könnte weiß Gott was alles verbrettern, man könnte Teerpapier nehmen. Aber so was ließ man bald bleiben; denn man mußte ja auch einen Brunnen graben, dessen Wände ausgestützt sein wollten, man brauchte eine Welle mit Eimer und Seil darüber, man brauchte einen Vieh-

stall, man brauchte Schweine- und Hühnerställe; hier tat's freilich das Gröbste. Das Fruchthaus, dieser kleine Stolz jedes Heimstätters, mußte schon besser gebaut sein, denn das Korn will trocken liegen. Ja, dann brauchte man Milchkühe, Jungvieh, Schweine, Hühner und Pferde, Pflüge, Eggen, Werkzeug, Ofen, Herd, Lampen, Eßbesteck. Ja, es war doch recht viel, was man so haben mußte. Dabei hatten die wenigsten Geld mitgebracht, als sie gekommen waren.

„Das ist ein Wetter in diesem Jahr", sagte Hugo Schilling. „In der Prärie drunten sind die Felder nun längst leer, und bei uns stehen die aufgestockten Garben noch draußen. Wir haben das Schneiden verschoben und verschoben, um dem Korn immer wieder noch einen Tag dieses kurzen Sommers dazuzugeben. Wenn es gut geht, können wir in der nächsten Woche zusammenführen. Dann muß man die Haufen noch ausschwitzen lassen, und dann kann die Dreschmaschine kommen. Sie wird wieder wie im letzten Jahr neben die Grainery fahren, wie auch wir Deutsche den Fruchtspeicher nennen, so daß die Körner aus den langen Rohren gleich dort hineinfließen können. Wir werden dieses Jahr mit sechs Gespannen fahren müssen. Mit vieren war im letzten Jahr nicht durchzukommen. Wir mußten nur so hinjagen an die Maschine, abladen und wieder wegjagen, so daß wir alle nur so von Schweiß tropften. Aber es ging nicht anders, denn der Drescher wollte weiterfahren, und der Winter ist mit einem Male da. Es wird dieses Jahr ohnehin wieder bei vielen auf die Stucks schneien.

Es ist kein gutes Jahr. Es werden keine acht Bushel aus dem Acker herauskommen, in den man zwei gesät hat. Einmal waren es auf Neubruch vierunddreißig und beim Hafer sogar einmal sechzig. Man muß hinnehmen, was wächst. Das Heu hat wenigstens ausgegeben, besonders in den Schluhs, wie wir die sumpfigen Tiefen zwischen dem Busch nennen. Wir werden den ganzen Winter von den hohen festgetretenen Haufen, die an den Grasplätzen aufgeschichtet sind, Futter holen können."

Wir gingen in den Busch. Die Siedler hatten sich schmale Pfade durchgehauen. Ein köstlicher frischer Duft von feuchtem Moos, von Rinden und Beeren lag in der Luft. Das war ein wildes nordfrisches Wachsen: Haselbusch, Birken, Weißpappeln und Balsampappeln, rotschalige Weiden, wilde Kirschen, Saskatoonsträucher, an denen die Beeren in großen Dolden hingen, Büsche, deren Namen sie nicht kennen, wilde Rosen, Preiselbeeren, Heidelbeeren, Himbeeren, Zweibeeren. Die Erdbeerblätter hatten sich schon verfärbt. Die wilden Stachelbeerbüsche hingen voll kleiner rotgrüner Früchte. Schon mischten sich braune und gelbe und rote Farben zu den dunklen und hellgrünen und zu dem mannigfach spielenden Silber und Grau und Rot der Rinden. Bald würde vor den tiefen grünen Wänden der hohen Tannen ein Feuer von Farben aufbrennen. Dann würden die kalten Nordstürme kommen, die in wenigen Nächten alles Farbenfeuer der Wälder zusammenwirbelten und die den Schnee brachten, der dieses Land dann eine lange Zeit weiß und still machte.

Jetzt konnten wir fast nicht mehr durchkommen. Modernde Bäume am Boden brachen wie Zunder, wenn man auf sie trat; andere waren zerfallen, daß nur noch ein brauner Streif vermoderten Holzes anzeigte, wo einmal ein Baum gelegen war.

Mit einem Male hörte der Busch auf, und da lag, leicht hingewölbt, das Feld, auf dem die Garbenmandeln standen. Mein Begleiter zeigte mit weitgestrecktem Arm darüberhin und sagte: „Man sieht so einem Stück Land nicht an, was es von den Menschen verlangt, bis es so daliegt, wie dieses hier. Da stand der Busch genau so dicht, wie er hinter uns noch steht. Die Axt muß die

Stämme und Büsche alle packen. Man muß am Abend zusammenschleifen, was man geschlagen hat; die guten Stämme, die zum Bauen und Heizen taugen, muß man beiseite tun, und die Buschhaufen muß man anzünden. Dann stehen aber die Stumpen noch, wer weiß, wie viele tausend Stumpen, deren Wurzeln man bloßlegen muß, bevor sie nachgeben. Dann sieht das Land wild und böse aus; es ist voller Löcher, und tausend abgerissene Wurzeln sehen daraus hervor. Über dieses Land, das den Menschen zu zürnen scheint, muß der schwere Brechpflug fahren, an dem sechs Pferde ziehen. Das Land sträubt sich und bäumt sich, und der Mann am Pflug braucht Riesenfäuste, die Pfluggriffe, die ihm immer wieder gegen die Brust stoßen wollen, zu regieren. Dann gehen sie alle, Frauen und Kinder, mit über das aufgerissene Feld, hängen sich, die Füße gegen die groben Schollen stemmend, an die Wurzeln und ziehen sie heraus. Die Erde staubt, daß einem bald die Augen brennen und die Hände unter den dicken Fäustlingen bluten. Aber wenn es einmal soweit ist, ist das Land besiegt. Die tausend zähen Klammern, mit denen es sich gegen den Menschen zusammengekrallt hatte, sind zerspalten; die braunen rauhen Stricke des Netzes, das es gewoben, ihn abzuhalten, liegen am Wege, um verbrannt zu werden. Jetzt muß man die Steine noch zusammenlesen, und dann kann die Scheibenegge kreuz und quer fahren, so daß die großen Schollen zerbrechen. Dann werden schwere Balken über dies Land geschleift, daß es sich ebnet und glättet. Es werden nochmals Wurzeln gelesen, und dann fällt wohl der erste Schnee.

Wenn dann nach dem langen Winter ein warmer Wind kommt, wenn es regnet und wenn es an allen Hängen und in allen Wegen schon anfängt zu rieseln, dann treten sie in den Häusern an die Fenster und horchen und sagen zueinander: ‚Hört, hört, der Frühling!' Sie machen die Fenster auf, daß die linde Luft hereinkommt. Dann geht man hinaus, aber die Wege sind noch Bäche, und die feuchten Grasplätze sind Seen. Man lauert jeden Tag, ob man noch nicht pflügen kann; und dann fährt mit einem Male die Sämaschine über das Land. Die Reisigäste an einem breiten Balken schleifen die Körner in die Erde. Vier Jahre lang wächst dann in den paar Monaten, schneller als auf anderen Feldern der Welt, Weizen und Hafer, und dann muß man das Land einmal auch im Sommer liegen lassen zum ganzen Ausruhen.

Der Busch wird immer weiter hinausrücken, bis er auf einer Seite vielleicht überhaupt nicht mehr zu sehen sein wird, und mit einem Male wird man von hier aus das Blockhaus sehen können, wenn wir nicht vorher all der Mühsal und der Einsamkeit erliegen und fortziehen. Denn auf einem einzigen Acker stehen unzählige Bäume und Büsche, die alle Wurzeln und Stumpen haben, und der Sommer ist so kurz und der Winter so lang. Da kommt es über viele: sie reden nicht mehr und sitzen herum, den Kopf in den Händen. Wenn aber viele gehen aus einem Wald, dann können auch die andern nicht mehr bleiben. Dann wird die Bahn nicht hinkommen und keine Straße. Dann müssen sie vielleicht alles verlassen; denn es ist keiner, der nach ihnen auf ihr Land möchte; und was dann aus ihnen wird, das weiß niemand."

Am Abend saßen wir um die Lampe beisammen. Da erzählten sie, wie sie hierhergekommen sind und wie sie hier angefangen haben.

Hugo Schilling hätte nicht fort müssen, wenn er es fertiggebracht hätte, Schulden zu machen, wenn er die Herrschaft im eigenen Geschäft aufgegeben und wenn ihn nicht alles angewidert hätte. Der Redner, der damals auch in Thüringen nicht ohne lohnenden Auftrag das Lob des Landes Kanada gesungen, hatte das so geschickt getan, daß selbst Leute, die an die fünfzig waren und vier

und fünf Kinder hatten, auszuwandern beschlossen. Dazu auch junge Leute aus Weimar, Erfurt, Gotha, eine besondere Zahl aus Bad Berka. Dazu kamen sie dann aus Magdeburg, Wernigerode, Heiligenstadt, Haßforth, Oldenburg, aus Klausdorf in Mecklenburg-Schwerin und aus anderen Orten. Einige Bauern, dann aber ein Schriftsetzer, ein Schuhmacher, ein Schneider, zwei Tischlermeister, Kaufleute, von denen einer einmal das schönste Stoffgeschäft in einer großen Stadt und ein schönes Reitpferd gehabt hatte, ein Bankbeamter, zwei Ingenieure, ein Seemann, ein Maler und ein Gemüsehändler. Dazu kamen zwei baltische Freiherren aus Estland.

Aus den Einwandererhallen bis auf die Heimstätten war ein weiter Weg. Sie fuhren tagelang, nächtelang im Auswandererzug nach Westen, durch unwirtlichen Krüppelwald, in die Weizenlandstädte, nach Winnipeg, nach Regina, nach Saskatoon.

Dort waren sie immer noch voll guter Hoffnung, denn sie hatten ja auf den Feldern die Traktoren fahren gesehen und sechs und acht Pferde vor den Pflügen. Aber die Fahrt ging weiter, nordwärts, Tag für Tag. In einem armseligen Bretterstädtchen stiegen sie endlich aus und fuhren mit dem Fuhrwerk nochmals nordwärts, tagelang, nächtelang, tagelang.

Sie suchten dann mitten im Busch die Zeichen der Landmesser: einen eisernen Pfahl in der Mitte der Sektion, woran die Nummern der Landviertel waren, über deren eines sie nun Herr sein sollten. Vier Löcher rund um den Pfahl wiesen nach den vier Richtungen.

Zuerst hatten sie Zelte, dann Hütten und schließlich Häuser. Dazwischen lag aber manches. Denn vor der ersten Ernte und nach den andern, die nirgends hinreichten, mußten sie ja auch essen und mußten Petroleum und Vieh kaufen. Deshalb fuhren die Männer auf den Frachtzügen in die Ernten nach dem Süden, zum Ausarbeiten, wie sie sagen. Und davon konnten sie den ganzen Winter über erzählen.

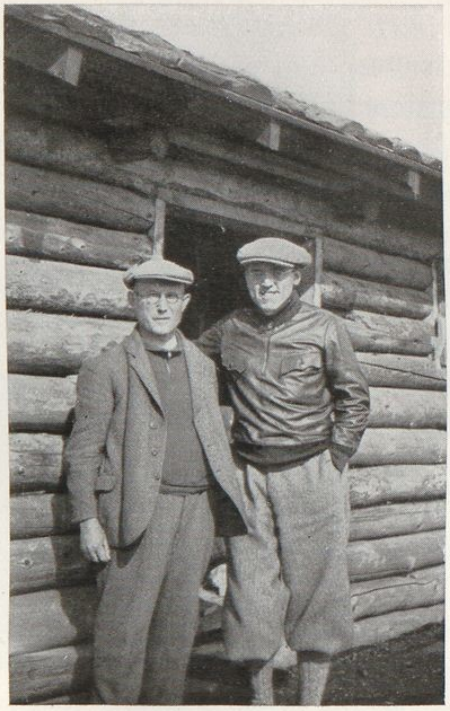
Thaddäus Haenke

Ein sudetendeutscher Forscher in Südamerika

Der nachstehende Aufsatz Professor Dr. Josef Gicklhorns von der Deutschen Karls-Universität in Prag (Zoologisches Institut) bietet eine ausgezeichnete Ergänzung zu den im Septemberheft 1938 unserer Zeitschrift veröffentlichten Aufsätzen über „Deutsche Naturforscher und Ärzte im Ausland". Darüber hinaus entreißt er das Wirken eines der hervorragendsten sudetendeutschen Forscher, der seine ganze Lebensarbeit in Südamerika geleistet hat, der Vergessenheit.

Unter der großen Zahl jener Deutschen, die ferne ihrer Heimat für ihr Land und Volk Überragendes geleistet haben, ist der Name eines Mannes viel zu wenig bekannt, zu dessen Andenken wir heute manches gutzumachen haben. Es ist Thaddäus Haenke, unter den sudetendeutschen Forschern ebenbürtig einem Mendel, dem Begründer der Erbwissenschaft, und dem genialen Physiker Loschmidt. Ein tragisches Schicksal hat es gewollt, daß das überreiche Lebens-

Karl Götz bei den Deutschen im kanadischen Busch



Hugo Schilling und Karl Götz

Haus eines deutschen Siedlers am Loon River

Im kanadischen Heimstätten-Gebiet

„Kaufhaus" eines Deutschen in Loon River, Kanada

werk Haenkes so lange vergessen blieb, noch immer unter den Deutschen daheim und im Auslande viel zu wenig bekannt ist und daß Haenke in der Geschichte der deutschen Wissenschaft noch nicht jene Stelle einnimmt, die ihm gebührt. Es ist hier weder möglich noch beabsichtigt, unseren Haenke in aller seiner unbegreiflichen Vielseitigkeit und Großartigkeit der Leistungen so zu würdigen, daß ein vollständiges Bild dieses Mannes sich ergäbe; aber schon einige grobe Striche als Umriß dürften die wahre Bedeutung Haenkes erkennen lassen.

Haenke ist am 5. Dezember 1761 zu Kreibitz (unweit Rumburg) im heutigen Sudetengau geboren. Er war das siebte Kind (unter zwölf!) einfacher aber angesehener Bürger, unter deren Vorfahren wir Soldaten, Priester und Kaufleute, vornehmlich solche im Glashandel, finden. Eine ungewöhnliche Musikbegabung, ein Erbteil väterlicherseits, schien ihn zum Musiker zu bestimmen, seine echte Frömmigkeit und schöne Glaubensstärke, ein Erbteil mütterlicherseits, zum Missionar. Aber sein Wissensdrang führte ihn doch zum Studium der Naturwissenschaften, das er in Prag begann, wo er mit einer Doktorarbeit über ein mathematisches Thema den Doktorgrad erwarb. In Wien setzte er seine Studien als Mediziner fort, aber auch hier noch blieb er seiner Vorliebe für Botanik treu und außerdem vervollkommnete er sein Wissen in der Physik, Chemie, Mathematik und Heilkräuterlehre. Einen Wendepunkt in seinem Leben bedeutete es, als er durch eine Empfehlung des berühmten Botanikers Nikolaus Jacquin in Wien zur Teilnahme an einer Weltreise verpflichtet wurde, die von der spanischen Regierung unter Kommando von Kapitän Malaspina ausgerüstet wurde und 1789 Europa verließ. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei gleich vermerkt, daß er nicht wieder mit der Expedition nach Spanien zurückkehrte, sondern in Südamerika als Arzt und Naturforscher verblieb. 1795 ließ er sich in der Nähe von Cochabamba (heute Bolivien) nieder, um von hier aus immer wieder im Auftrage der Kolonialregierung und durch seinen Forschungseifer getrieben, weite Reisen zu unternehmen. Es ist sicher, daß er neben Felix von Azara und Alexander von Humboldt zu den besten Kennern von Südamerika in der Zeit von 1790—1850 gehört und seine drei größeren Werke: „Beschreibung von Peru", „Beschreibung des Königreichs Chile" und „Naturgeschichte von Cochabamba" zu den klassischen Arbeiten über Lateinamerika zu rechnen sind. Diese Arbeiten, deren Handschriften ein geradezu romanhaftes Schicksal erfahren haben, werden derzeit in Prag aus dem Spanischen erstmalig ins Deutsche übersetzt und einer wissenschaftlichen Bearbeitung unterzogen, die nicht nur unser bisheriges Wissen um Haenke vertiefen konnte und neue Verdienste in der Lebensarbeit aufdeckte, sondern auch zu einer gerechten Würdigung dieses Mannes beitragen soll. — Bis an sein Lebensende ist Haenke in Südamerika verblieben, wo er hochgeehrt — bis die Unabhängigkeitskriege mit allen ihren Schrecken ausbrachen — eine zweite Heimat gefunden hat. Er hat aber darüber seine erste deutsche Heimat nie vergessen und seine ausgeprägte Heimattreue, zusammen mit seiner Sorge um die alternden Eltern und jüngeren

Geschwister ist einer der vielen schönen Charakterzüge im Leben Haenkes. Als Todesjahr dürfte 1817 höchstwahrscheinlich richtig sein, über den Todestag, die Todesart und das Grab wissen wir bis heute nichts. Über sein rätselhaftes Sterben gibt es zwar bestimmte Meinungen, doch ist keine so sicher begründet, daß sie als historisch feststehend gelten könnte.

*

Es gibt kaum ein Gebiet kulturellen Wirkens im weitesten Sinne, in dem Haenke nicht Bedeutendes geleistet hätte, und zwar unter Arbeitsbedingungen, die den vollen Einsatz an Wissen und Opferbereitschaft erforderten und wo es oft genug notwendig war, gegen Vorurteile und Hemmungen aller Art, Bosheit und menschliche Schwächen mutig anzukämpfen. Unter seinen Verdiensten, die man erst dann richtig einschätzen kann, wenn man bedenkt, daß Haenkes Arbeiten in die Zeit von 1790—1810 fallen, können hier nur einige eigens hervorgehoben werden:

Als Botaniker steht Haenke nicht nur in der ersten Reihe der Erforscher der Pflanzenwelt des Riesengebirges und der österreichischen Alpen, sondern er ist auch einer der besten und ersten Kenner der hochalpinen Flora der Anden und der Pflanzenwelt in den Landschaften der heutigen Staaten Peru, Bolivien, Chile und Argentinien. In weiten Kreisen weiß man meist nur, daß er (und nicht andere!) der Entdecker der Victoria regia ist; aber der Fachmann staunt über die Reichhaltigkeit und den Umfang seiner Herbarien, die eine Unzahl neuer Pflanzenformen aufweisen. In Prag allein liegen 15 000 Herbarblätter und die berühmte „Flora peruviana et chilensis" von Ruiz y Pavon ist zum Gutteil auf das Sammlungsmaterial von Haenke gestützt.

Als Chemiker hat sich Haenke einen bleibenden Namen dadurch geschaffen, daß er als einer der ersten Gesteine, Mineralien, Erden und Salze Südamerikas gründlich analysierte. Er ist auch der Begründer der Salpeterindustrie Chiles, denn er erkannte nicht nur die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung und den unschätzbaren Wert der natürlichen Salpeterlager, sondern führte auch erstmalig die Umwandlung von natürlichem Natronsalpeter in Kalisalpeter durch. Er zeigte die ergiebige und lohnende Herstellung von „Konversionssalpeter"; die Bedeutung seines Verfahrens kann nicht besser gekennzeichnet werden als dadurch, daß seine Arbeitsweise unverändert bis 1855 in der Salpeterindustrie angewendet wurde.

Als Mineraloge und Geologe lieferte er hervorragende Beschreibungen der Gebirge, vor allem der berühmten südamerikanischen Bergwerke mit Gold, Silber, Kupfer und Quecksilber; er übersah aber auch nicht die natürlichen Lager von Alaun, Kochsalz, Glaubersalz, Soda, verschiedene Arten von Tonerde, Eisen- und Kupfersalze usw. Gerade auf die „Erden und Salze" hat er erstmalig als wichtige Rohstoffe des Landes und der besten Art ihrer Auswertung nachdrücklich aufmerksam gemacht.

Als Geograph und Forschungsreisender hat Haenke Grundlegendes für die Erforschung von halb Südamerika geleistet, das er mit geringen Unterbrechungen bis zum Aufenthalt in seinem geliebten Cochabamba kreuz und quer bereiste. Die Kenntnis wichtiger Nebenflüsse des Marañon geht auf ihn zurück; seine Landschaftsschilderungen und Reisebeschreibungen sind wahrhaftig denen eines Darwin oder Humboldt ebenbürtig, die, viel besser ausgerüstet und ganz anders gefördert und unterstützt, seine Nachfolger waren.

Für die Völkerkunde hat Haenke ungemein aufschlußreiche und fesselnde Beschreibungen von den Sitten, Gebräuchen und der Kultur vieler Indianerstämme gegeben, vornehmlich der Aymara und Chaco-Indianer, Mojos, Chiriguanos, Huilliches und Pehuenchen, aber auch kleinerer Stämme, die heute ausgestorben sind. Wir wissen, daß er eifrig Lieder und Erzählungen aus der Geschichte der Indianerstämme sammelte und auch einige Indianerdialekte beherrschte.

Als Arzt hat Haenke unter den Einwanderern und Eingeborenen erstmalig in ganz Südamerika die Blatternschutzimpfung in Peru durchgeführt (1806) und durch sein überlegenes Wissen viel Gutes unter den Eingeborenen getan. Zur Senkung der hohen Kindersterblichkeit hat er vernünftige Vorschläge gegeben.

Als Musiker hat Haenke in den Städten der spanischen Kolonie von damals eifrig für die Verbreitung klassischer deutscher Musik gearbeitet und immer wieder bestellte er von seinem Bruder Musikalien aus Leipzig und Dresden. Mozart, Haydn, Bach und Gluck standen im Vordergrund seiner unermüdlichen Werbung für deutsche Musik.

Das Erstaunlichste aber an Haenkes Arbeiten, und zwar besonders ausgeprägt in einem von uns erstmalig in deutscher Sprache veröffentlichten und bearbeiteten Werk, ist der visionäre Weitblick in Fragen der Volkswirtschaft, Siedlungspolitik, Handels- und Verkehrswesen, Geldwirtschaft des Landes, der Landwirtschaft und der Bedeutung einer Unzahl natürlicher Rohstoffe Südamerikas. Man glaubt bei einer Durchsicht der zwei größeren Werke von Haenke unter Hervorhebung seiner Pläne, Anregungen, Kritiken über Arbeitsweisen und Arbeitskräfte im Lande usw. eine vollendet klare Auseinandersetzung zur Planwirtschaft von heute zu lesen. Dabei ist trotz aller Großzügigkeit im Denken und Planen alles mit geradezu pedantischer Genauigkeit durch Zahlen belegt, jeder seiner Vorschläge ist zielsicher und klar, niemals Utopie oder Phantasie. Gibt es noch einen deutschen Naturforscher, der nicht nur fremde Länder und Völker beschrieben, fremdartige Tiere, Pflanzen und Mineralien gesammelt hat, sondern auch das kulturelle Schicksal und Wirken zu seiner Zeit und auf eine ferne Zukunft hin mit solcher prophetischen Sicherheit erkannt hätte? Es dürfte wenige Männer in der Geschichte der deutschen Wissenschaft und Kultur geben, von denen man sagen kann: Alles, was

Haenke gesagt und vorausgesagt hat und Südamerikas Länder und Völker auch befolgt haben, hat zum kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg geführt; aber alles, was Haenke vergeblich verlangt und geraten hatte, und das auch spätere Jahrzehnte nicht erfüllten, ist noch heute die Quelle politischer Machtkämpfe, wirtschaftlicher Schwierigkeiten, sozialer Fragen, brennender politischer Probleme für ganz Lateinamerika. Josef Gicklhorn

Deutsch als Weltsprache

Als Ergebnis langjähriger gründlichster Arbeit legt Franz Thierfelder[1]) den 1. Band seines umfangreichen Werkes „Deutsch als Weltsprache" vor. Er zeigt in übersichtlicher Weise die Grundlagen der deutschen Sprachgeltung in Europa auf und kommt dabei zu der klaren Erkenntnis, daß die deutsche Sprache heute mehr denn je dazu berufen ist, im Ringen um die Weltgeltung in vorderster Linie zu stehen. „Der geistige Kampfplatz der Welt ist Deutschland geworden." Durch die nationalsozialistische Revolution rückte Deutschland mit einem Schlag in das öffentliche Interesse der Welt, und die breiten Schichten der Völker haben es als eine Notwendigkeit erkannt, sich mit dem deutschen Wesen auseinanderzusetzen. Der gefährlichste Rivale Deutschlands im friedlichen Kampf um die Sprachgeltung in Europa, Frankreich, hat seine unbestreitbar starke Stellung eingebüßt und mußte gerade in den letzten Jahren große Verluste in Europa verzeichnen. Im selben Maße rückte die deutsche Sprache an seinen Platz und hat ihre Stellung als Verständigungsmittel der europäischen Völker sicher behauptet. Die englische Sprache wird vorwiegend in den außereuropäischen Ländern, im britischen Weltreich ihre Vormachtstellung behalten, obwohl auch in einigen europäischen Ländern das Englische auf Kosten des Französischen (z. B. in Jugoslawien) und auf Kosten des Deutschen (z. B. in den nordeuropäischen Staaten und im Baltikum) vorgedrungen ist.

Eine hervorragende Rolle in Europa spielt die deutsche Sprache seit langem auf dem Gebiet der Wissenschaft. So mußte selbst in den schlimmsten Jahren nach dem Kriege, als die Deutschen bei den internationalen Tagungen zum größten Teil nicht anwesend waren, die deutsche Sprache weitgehend zu den Verhandlungen herangezogen werden. So sprachen auf wissenschaftlichen internationalen Kongressen in den Jahren 1923 bis 1930 65 % der Redner deutsch, 18 % französisch und 17 % englisch.

Am einfachsten läßt sich die Anwendung der deutschen Sprache im Ausland auf Grund einer Betrachtung des fremdländischen Unterrichts ermitteln. So hat

---

1) Thierfelder, Franz: Deutsch als Weltsprache. Bd. 1. Berlin: Kurzeja (1938). 1. Grundlagen der deutschen Sprachgeltung in Europa. 221 S.

Dr. W. Fränzel im Anhang zu dem Thierfelderschen Buch eine statistische Übersicht über den fremdsprachigen Unterricht in Europa gegeben. Durch die Einschaltung des Deutschen als Pflichtfremdsprache in den einzelnen europäischen Ländern wird ermöglicht, daß ein erstaunlich großer Hundertsatz der Völker Europas das Deutsche als Verständigungssprache anwenden kann. Deutsch, Französisch und Englisch halten sich ziemlich genau die Waage, und man kann von einem geradezu auffälligen „europäischen Gleichgewicht" der drei Sprach-Großmächte sprechen. Dabei ist zu beachten, daß die deutsche Sprache in Europa die die verschiedensten Sprachstämme verbindende Hauptverkehrssprache bildet.

In einer sehr anschaulichen Karte wird die Verbreitung des Deutschen in Europa in der Form dargestellt, daß Deutsch als Pflicht- oder Wahlfach in die einzelnen Länder eingezeichnet wird; man nimmt an, daß beim Pflichtfach jeder 20. Nichtdeutsche Deutsch kann, während bei Deutsch als vorwiegendes Pflichtfach jeder 30. Nichtdeutsche und bei Deutsch als Wahlfach jeder 100. Nichtdeutsche sich in dieser Sprache verständigen kann. Man kann aus diesem Kartenbild sofort erkennen, in welchem Land man in Wirtschaft und Verkehr ohne Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache durchkommt.

Wenn wir nun auf Grund der Thierfelderschen Untersuchungen einen Rundgang durch die europäischen Staaten machen und die Verbreitung der deutschen Sprache verfolgen, so erhalten wir folgendes Bild. Der südosteuropäische Sprachkreis, zu dem die Staaten Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Türkei und Albanien zu rechnen sind, erlebte durch die Ereignisse des vergangenen Jahres eine neuerliche Zuwendung zum Deutschen. Wohl hat im Laufe der Zeit das Französische unter der gebildeten Schicht der südosteuropäischen Bevölkerung eine bevorzugte Stellung errungen, doch ist in Wirtschaft und Alltag der Donauvölker das Deutsche auch heute noch viel stärker verankert als das Französische und bildet in dem gesamten Raum die allgemeine Verständigungssprache. Im einzelnen ist die Haltung der südosteuropäischen Staaten zum Deutschen je nach ihren politischen und staatlichen Verhältnissen sehr verschieden. Im nördlichen Teil Jugoslawiens ist das Deutsche auch heute die nichtamtliche Landessprache. Deutsch wird zur Zeit von rund 111 000 Schülern in jugoslawischen Schulen gelernt. Das deutsche Buch spielt bei der Sprachwerbung in diesem Land eine große Rolle, beträgt doch die Einfuhr deutschsprachiger Bücher etwa 60 % der Gesamtbucheinfuhr in Jugoslawien. In Bulgarien hat das Deutsche die französische Sprachgeltung überflügelt. Im Jahre 1938 lernten an den bulgarischen Schulen in Warna 3174 Schüler Deutsch, während nur 1977 Schüler Französisch als Fremdsprache betrieben. In Rumänien spielt die deutsche Sprache wegen der großen deutschen Volksgruppe eine besonders bedeutende Rolle und wird in Wirtschaft und Handel vorherrschend gebraucht. In Griechenland ist es der deutschen Sprache gelungen, auf die gleiche Stufe wie das Französische

zu gelangen. So ist z. B. heute Deutsch verbindlicher Lehrgegenstand an der Hochschule. Dasselbe erfolgreiche Vordringen des Deutschen gegen das Französische ist in der Türkei zu verzeichnen, wo z. B. an der landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara Deutsch einzige Unterrichtssprache ist. In Albanien überwiegt das Italienische. Für ganz Südosteuropa gilt, daß das Deutsche heute wie einst für alle Völker die verbindende Verkehrssprache ist und seine überragende Stellung auch weiterhin behalten wird.

Im mittel- und osteuropäischen Sprachkreis (Ungarn, Tschecho-Slowakei, Polen und Rußland) herrscht Deutsch ohne Nebenbuhler als fremde Sprache. So gilt in Rußland seit jeher in der breiten Bevölkerung Deutsch als notwendiges Übel, während die Bedeutung des Französischen besonders in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. In der Tschecho-Slowakei ist der französische Einsatz völlig verunglückt und das Deutsche hat seine Vormachtstellung behauptet. In Polen lernen noch immer etwa 60 % der Schüler Deutsch. Die Bedeutung des Deutschen wird hier vor allem durch deutsche Rundfunksendungen und durch den deutschen Tonfilm wesentlich gefördert.

Einen merklichen Verlust hat das Deutsche im baltischen Sprachkreis zu verzeichnen; hier hat das Englische immer mehr Fuß gefaßt. So ist heute in Lettland Englisch die erste Fremdsprache, und auch in Estland ist eine Wendung zum Englischen hin festzustellen, obwohl hier die Anwendung der deutschen Sprache in der Wirtschaft noch bevorzugt wird. Auch Finnland neigt immer mehr zum Englischen hin, obwohl heute noch an 200 höheren und mittleren Schulen Deutsch als erste Fremdsprache gelehrt wird.

Im skandinavischen Sprachkreis ist das Deutsche stark verankert und hat als Sprache der Wissenschaft eine große Überlieferung. Doch dringt auch hier das Englische immer stärker vor und hat besonders in Schweden der deutschen Sprachgeltung einen erheblichen Verlust zugefügt, während in Norwegen und Dänemark Deutsch als Unterrichtssprache noch vorherrscht (bis zu 50 % der Schüler lernen Deutsch!).

Eine gewisse sprachliche Spannung ist im angelsächsisch-dietschen Sprachkreis spürbar; so herrscht in England das Französische vor, während andererseits in Belgien noch kein inneres Verhältnis zum Deutschen gefunden wurde. In Luxemburg nimmt das Deutsche in Form des Dialekts zu, was besonders in Zeitungen und Zeitschriften auffällt.

Der romanische Sprachkreis blieb lange Zeit den Fremdsprachen verschlossen; er hat sich erst im Zeitalter der Technik der germanischen Welt zugewandt. An den französischen Volks- und Mittelschulen trat an Stelle des Deutschen als erste Fremdsprache das Englische, doch blieb an den höheren Schulen Deutsch immer noch die erste Fremdsprache. In Italien hat — nicht zuletzt auf Grund der politischen Verhältnisse — der deutsche Unterricht sehr zugenommen. Das „Istituto Italiano di Studi

Germanici" in Rom, das am 100. Todestage Goethes durch Mussolini eröffnet wurde, legt beredtes Zeugnis ab für die Bedeutung des Deutschen in der italienischen Kulturwelt. Am 10. September 1938 hat die spanische Regierung von Burgos die Einführung des Deutschen oder Italienischen als erste verbindende Fremdsprache beschlossen, was eine Vernichtung der französischen Vorzugsstellung bedeutet. Dadurch erfuhr das Deutsche eine weitere Steigerung seiner Geltung im romanischen Sprachkreis, da es ja zudem in dem schon lange Deutschland freundlich gesinnten Portugal eine Vorrangstellung innehat. Hier bildet Deutsch im Austausch mit Englisch die wahlfreie Pflichtsprache.

Thierfelder ist es gelungen, den entscheidenden Wendepunkt in der europäischen Kultur aufzuzeigen: Das Französische, einst uneingeschränkte Sprachmacht in Europa und zwischenstaatliche Verkehrssprache, scheidet langsam aus im Kampf um die Vorherrschaft, um völkisch ausgerichteten und technisch bestimmten Mächten Platz zu machen. Die neuen großen Aufgaben und Leistungen Deutschlands haben die deutsche Geltung in Europa unerhört gesteigert und haben zumindest bedingt, daß sich sämtliche europäischen — ja auch außereuropäischen — Völker und Staaten wohl oder übel mit den deutschen Ideen auseinandersetzen müssen. Zu einer Auseinandersetzung und gründlichen Kenntnis Deutschlands ist jedoch die Beherrschung der deutschen Sprache notwendig. Aus diesem Grunde ist es berechtigt, vom Deutschen als Weltsprache zu reden und die deutsche Sprachgeltung besonders zu untersuchen. So kommt dem vorliegenden Buch weit über seinen gesteckten Rahmen hinaus die große Bedeutung zu, den tatsächlichen Bestand der deutschen Sprachgeltung in Europa festgestellt und damit ein Dokument geschaffen zu haben, das als Grundlage für einen weiteren systematischen Ausbau der deutschen Sprachwerbung und für eine Steigerung der Geltung des deutschen Wortes im Ausland dienen kann.

Otto Digel

Länder-Berichte

Ein „Vorwort" an den Leser

Von jeher bilden die Länderberichte das Rückgrat und den eigentlichen Kern unserer Zeitschrift. Dieses einmal besonders auszusprechen, halten wir uns gegenüber dem jetzt erweiterten und sich erweiternden Kreise unserer Leser für verpflichtet. Wir tun dies zugleich auch aus dem Gefühl dankbarster Verbundenheit mit den Männern, die sich seit vielen Jahren, ungenannt und uneigennützig, der schwierigen Aufgabe des Länderberichterstatters unterziehen.

In dem vorliegenden Heft findet sich eine verhältnismäßig große Zahl von Berichten sowohl aus Europa als auch aus dem Überseedeutschtum

vereint. Die Verfasser der Europa-Berichte sind ausnahmslos Angehörige der betreffenden deutschen Volksgruppe, dagegen werden die Übersee-Berichte sämtlich von Mitarbeitern des DAI. im Hause des Deutschtums auf Grund eines langjährigen Auslandsaufenthaltes und -studiums verfaßt. Das bedingt einen weiteren Unterschied: Die Berichte über die meisten europäischen Volksgruppengebiete erscheinen mit einer monatlichen oder zweimonatlichen Regelmäßigkeit, die über das Überseedeutschtum in weit größeren Abständen; denn außer der räumlichen Entfernung muß hier ein gewisser zeitlicher Abstand gewonnen werden, um die Einzelereignisse richtig einreihen und die Entwicklungstendenzen beurteilen zu können. Das Überseedeutschtum befindet sich heute in einem großen Umbruch; es beginnt — wir haben in der Einleitung zu unserem Heft „Deutsche in Übersee" (August 1938) erstmalig darauf hingedeutet — an die Stelle der überwiegend Privatwirtschaftlichen, Individualistischen und Vereinsmeierischen der völkische Gemeinschaftsgedanke und der volkspolitische Kampf zu treten. Wir sind uns der hohen Verantwortung bewußt, diese Entwicklung zu erkennen und dem übrigen Deutschtum davon Kunde zu geben. H. R.

Europa

Nordschleswig

Wahljahr 1939 — Starkes Anwachsen der NSDAP. Nordschleswig — Erfüllung deutscher Schulforderungen — Ernste Bevölkerungssorgen — Der Bodenverlust eines Kirchspiels — Zehn Jahre „Nordschleswigsche Zeitung"

Zum Jahresanfang ist in der deutschen Presse Nordschleswigs und in den Aufrufen führender Männer darauf hingewiesen worden, daß das Jahr 1939 in erster Linie ein entscheidendes Wahljahr sein wird. Die dänische Verfassungsänderung, die im Januar als Gesetzentwurf eingebracht ist und zu der merkwürdigerweise die Sozialdemokraten und die Konservativen Pate stehen, wird im Laufe des Jahres drei verschiedene Wahlgänge nötig machen. Der erste Wahlgang wird bereits Mitte April stattfinden. Die deutsche Volksgruppe geht diesen Wahlkämpfen mit großer Zuversicht entgegen, weil sie jetzt nach Jahren inneren Kampfes die innere Einheit unter Führung Dr. Möllers erlangt hat. Dieser deutschen Einheit steht eine weitgehende dänische Zersplitterung gegenüber. Allein bei der nächsten Wahl werden drei neue dänische Parteien auftauchen, deren Zahl sich damit auf zwölf erhöht. Die Parteizersplitterung macht den Dänen in Nordschleswig große Sorgen, weil sie die deutschen Chancen vermehrt. Es ist von dänischer Seite bereits der Vorschlag gemacht worden, die Parteien im Grenzgebiet wegfallen zu lassen, lediglich eine dänische Liste aufzustellen und die Mandate entsprechend der früheren Stimmenzahl zu verteilen. Dieser Vorschlag ist aber von den alten Parteien als undurchführbar bezeichnet worden. Der Egoismus ist im Lager der alten dänischen Parteien doch zu groß, als daß er sich zu der großen Konzession einer Niederlegung der Parteischranken entschließen könnte. Gleichzeitig macht man sich auf dänischer Seite durchaus klar, daß die dänische Zersplitterung dazu führen könnte, daß die Deutschen ein zweites Mandat erobern.

*

Die ersten Wochen des neuen Jahres haben ein außerordentlich starkes Anwachsen der NSDAP. Nordschleswig mit sich geführt. Mehrere hunderte neuer Anmeldungen sind in der letzten Zeit bei den Ortsgruppen rings im Lande abgegeben worden, so daß die Hauptgeldverwaltung, die in Apenrade ihren Sitz hat, sich zu der Bekanntmachung genötigt sah, daß die Erledigung der vielen Neuanmeldungen eine geraume Zeit erfordern würde. Der starke Zustrom zur Partei ist ein Zeichen dafür, daß die neugewonnene Einheit den Willen zur aktiven Mitarbeit in allen Lagern gestärkt hat. Das wird auch für die beginnende Wahlarbeit von großer Bedeutung sein.

*

Einige wesentliche Zugeständnisse sind der deutschen Volksgruppe in letzter Zeit gemacht worden. Seit Jahren hat der deutsche Abgeordnete, Pastor Schmidt-Wodder, gemeinsam mit dem Leiter des Deutschen Schulvereins, Rektor Koopmann, dafür gekämpft, daß die Deutschen eigene Schulkommissionen erhielten. Bisher war es so, daß in all den Gemeinden, wo eine dänische Mehrheit war, auch die Schulkommission zur Hauptsache aus Dänen bestand. Dänischem Einfluß waren also die deutschen Schulen in bezug auf den Lehrplan, die Lehrbücher und die Auswahl der Lehrkräfte unterworfen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Pflege des Volkstums nur von Vertretern des Volkstums selbst erfolgen kann, ist unablässig die Forderung erhoben worden: Gebt uns eigene Schulkommissionen! Dieser Forderung will die dänische Seite jetzt entgegenkommen, und außerdem soll gleich eine zweite Forderung erfüllt werden: das deutsche Schulwesen soll einen eigenen Schulkonsulenten erhalten. Durch diese Zugeständnisse werden in Zukunft viele Reibungen aus dem deutsch-dänischen Verhältnis entfernt werden. Sie bedeuten einen wichtigen Beitrag zur zwischenvolklichen Verständigung.

*

Die Anmeldungen für die deutschen Schulen, die am Ende des alten Jahres erfolgten, haben gezeigt, daß die Nachwuchsfrage kein glänzendes Bild aufweist. Auch die Jahresstatistik über die Taufen, Trauungen und Beerdigungen des verflossenen Jahres hat gezeigt, daß die Bevölkerungsbewegung in Nordschleswig auf deutscher Seite nicht den Fortschritt aufweist, der entsprechend der Bevölkerungszahl vorhanden sein müßte. In vielen Orten hat es sich gezeigt, daß der deutsche Hundertsatz der Beerdigungen außerordentlich hoch ist im Gegensatz zum Hundertsatz der Taufen und der Eheschließungen. In Sonderburg betrug z. B. der deutsche Anteil an Beerdigungen 45,4 v. H., der Anteil an den Eheschließungen dagegen nur 5,6 v. H. Als Begründung hierzu kann angeführt werden, daß junge dänische Paare leichter in Nordschleswig eine Existenz finden als deutsche, und daß die wirtschaftliche Not in den deutschen Kreisen besonders groß ist. Damit wird aber die deutsche Volksgruppe nicht von der Verantwortung der Zukunft gegenüber befreit, und es ist daher auch von leitender Stelle betont worden, daß alle mithelfen müssen, um den verhängnisvollen Lauf in dieser alle angehenden Frage zu hemmen. Vor allem hat die Jugend, so erklärte kürzlich Parteiführer Dr. Möller auf einer Versammlung in Abel bei Tondern, die Pflicht, der Heimat treu zu bleiben. Die Verarmung Nordschleswigs sei eine Tatsache. Aber eine Abwanderung würde ein Aussterben der Volksgruppe mit sich bringen. Deshalb müsse jeder auf seinem Posten aushalten.

*

Am stärksten tritt die Einengung des Lebensraumes der deutschen Volksgruppe in den Kreisen des Bauerntums zutage. Unablässig bemüht sich der dänische Gegner, deutschen Boden zu erwerben, um dadurch Raum zu gewinnen für dänische Siedlerstellen. Gegenüber diesen Bestrebungen gilt es, die bäuerliche Bevölkerung an ihre große Verantwortung zu erinnern. Das geschah auch auf einer großen Bauernversammlung, die am 18. Januar in Rapstedt stattfand. Es wurde dabei mitgeteilt, daß das Kirchspiel Rapstedt seit dem Jahre 1920 bereits 500 Hektar deutschen Boden verloren hat. Die Dänen sind in den Grenzgebieten besonders tätig, weil hier das Deutschtum noch über 50 % des Bodens in Händen hat. Um so mehr wird hier an jeden Bauern die Forderung gestellt, auf seinem Hof zu bleiben, wenn die seelische und wirtschaftliche Not auch noch so groß ist.

*

Am 1. Februar konnte die Zeitung der deutschen Volksgruppe Nordschleswigs, die „Nordschleswigsche Zeitung", auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde am 1. Februar 1929 in Apenrade gegründet, nachdem die damals bestehenden Einzelzeitungen zusammengelegt worden waren. Die Zeitung ist das Organ der NSDAP. Nordschleswig. Sie hat besonders in den letzten Jahren, die in Nordschleswig scharfe weltanschauliche Auseinandersetzungen brachten, dadurch Bedeutung gewonnen, daß sie den deutschen Standpunkt vor der dänischen Öffentlichkeit vertrat und Kunde gab von dem großen deutschen Aufbauwerk, das ein Teil der dänischen Presse zu bekritteln und zu verkleinern suchte. H. K.

Elsaß-Lothringen

Weiter Vertrauen zur Regierung Daladier — Mahnungen im Senat

In den wesentlichen Sonderfragen des elsaß-lothringischen Grenzlandes ist immer noch alles in der Schwebe. Die französische Öffentlichkeit steht viel zu sehr im Banne ihrer außenpolitischen Sorgen mit allen Begleiterscheinungen (wie Daladiers Korsika- und Nordafrikareise, die leidenschaftlichen Erörterungen über das Verhalten gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg) sowie der großen innerpolitischen Debatten, als daß sie Zeit und Neigung hätte, sich auch nur mit den vordringlichsten Forderungen der drei östlichen Departements zu befassen. Man fühlt sich — trotz aller „Enthüllungen" über eine angebliche geheime „ausländische" Propaganda — im allgemeinen der Loyalität der vor 20 Jahren „wiedergefundenen Provinzen" sicher. Am 29. Dezember haben im französischen Senat ja der Elsässer Brom und der Elsaß-Minister Chautemps nochmals übereinstimmend die nationale Zuverlässigkeit der Bevölkerung bekundet. Allerdings ist es auf elsaß-lothringischer Seite überwiegend die seit dem Schreck der Septemberkrise lebendige Angst vor neuen außenpolitischen Gefahren, die hier bestimmend ist. Am 18. Januar hat der Hagenauer Abgeordnete Michel Walter im Namen des Großteils der Volksvertreter der Grenzdepartements bei der Kammerdebatte über die Außenpolitik wiederum ausgesprochen, daß man Daladier und Bonnet das Vertrauen schenke, daß sie den Frieden Europas auch weiter bewahren werden.

Dies Vertrauen gilt auch immer noch dem Vizepräsidenten des Kabinetts, dem mit Elsaß-Lothringens Fragen betrauten Staatsminister Chautemps, obgleich immer klarer wird, daß es auch ihm trotz allem guten Willen nicht gelingt, den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten oder gar zu wenden. Der Enttäuschung darüber hat Senator Brom von der Tribüne des Senats deutlichen Ausdruck verliehen und nochmals dringend verlangt, daß sich die französische Nation ihrer Pflichten gegenüber ihrem „Glacis" im Osten bewußt werde. Anzeichen dafür fehlen jedoch vorerst völlig, wenn man nicht die verschiedenen Chautemps-Zusagen als solche betrachten will. Vielleicht ist auch in der Tat die gesamtfranzösische Staats- und Sozialkrise zu schwer, als daß eine Provinz auf eine Sonderhilfe hoffen dürfte.

Andererseits ist aber auch wieder die besondere elsaß-lothringische Wirtschaftskraft zu schwer geschädigt, als daß die im vorigen Frühjahr und Sommer bestehende Zuversicht auf Selbsthilfe aus eigener Kraft Bestand behalten hätte. Man glaubt, daß eine Rettung überhaupt erst mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann, wenn die äußeren Gefahren verschwunden sein werden. Deshalb wendet man sich auch mit steigender Erbitterung gegen alle Kriegshetze und fordert von der französischen Regierung, daß sie derartige Treibereien mit allen Mitteln zum Schweigen bringe. Es ist bemerkenswert, daß es gerade lothringische Kreise sind, die in dieser Hinsicht besonders eindringlich betonen, daß man hier an der Grenze nicht gewillt ist, die eigene Zukunft und die seiner Kinder dauernd gefährdet zu sehen, nur weil „internationale Kreise" keine Ruhe in Europa einkehren lassen wollen.

Autonomistische Blätter meinen, daß es mit dem dauernden Unterstützen des Kabinetts Daladier um außenpolitischer Gründe willen nicht getan ist, Elsaß-Lothringens heimattreue Abgeordnete sollten als Gegenleistung einen wirklichen Kurswechsel in Paris fordern, der eine Abkehr von der Assimilationspolitik und eine Anerkennung des (deutschen) Volkstums Elsaß-Lothringens bewirken würde.

Memelgebiet

Neues Direktorium — Memeldeutscher Führerrat — Der Aufbau der Organisationen — Ordnungsdienst und Sicherheitsabteilung — Maßnahmen zur Wiederherstellung des Rechtszustandes — Immer noch Streitpunkte — Der 15. Januar — Nochmals das Wahlergebnis

Nach dem glänzenden Wahlsieg bei den Landtagswahlen am 11. Dezember sind die führenden Männer des Memeldeutschtums sofort an den Aufbau nach nationalsozialistischen Grundsätzen herangegangen. Eine ganze Reihe von Maßnahmen sind durchgeführt worden, wobei der Führer der Memeldeutschen, Dr. Neumann, für eine Ausrichtung und Erziehung der Bevölkerung im nationalsozialistischen Geiste Sorge trug, während die obersten Landesbehörden auf die Wiederherstellung der dem Gebiet im Laufe der Jahre verlorengegangenen autonomen Rechte bedacht war.

Das Direktorium Baldschus ist am 7. Januar zurückgetreten. Seinen Platz hat am 23. Januar das Direktorium Bertuleit eingenommen. Baldschus und seine Mitarbeiter haben drei Jahre lang an der Spitze der autonomen Verwaltung gestanden und dabei bis in die letzte Zeit hinein manchen Strauß mit den Litauern, mit dem litauischen Gouverneur und der Kownoer

Regierung auszufechten gehabt. Das Direktorium Baldschus hat gerade in den letzten Wochen sowohl bei den Wahlen als auch bei der Sicherung der memelländischen Wirtschaft und bei der Wiederherstellung wenigstens eines Teils der verlorengegangenen Rechte eine große Arbeitslast zu tragen gehabt. Wenn jetzt das Direktorium Bertuleit an seine Stelle getreten ist, so einmal, um neuen Männern Platz zu machen, dann aber auch vor allem, um auch hinsichtlich der Zusammensetzung der Landesregierung dem bei den Landtagswahlen zum Ausdruck gekommenen Volkswillen Rechnung zu tragen. Bertuleit und seine Direktoren — der Rechtsanwalt Böttcher, der bisherige Landtagsvizepräsident Monien und der schon im Direktorium Baldschus tätig gewesene Landesdirektor Sziegaud — stellen die Verkörperung der heute im Memelland allein maßgebenden memeldeutschen nationalsozialistischen Volksbewegung dar.

Mit Willi Bertuleit ist zum erstenmal ein Deutscher an die Spitze der memelländischen Landesregierung gestellt worden, ohne daß die Litauer den Versuch gemacht haben, durch langes Feilschen und Verhandeln den Volkswillen zu hintertreiben oder Gegenvorschläge zu machen, die für das Memeldeutschtum unannehmbar waren. Bisher waren noch vor jeder Direktoriumsbildung monatelange Verhandlungen nötig, bis es gelang, sich mit dem jeweiligen litauischen Gouverneur über die Ernennung des Direktoriumspräsidenten zu einigen, wobei die Verhandlungen sehr oft mit einem für die deutsche Landtagsmehrheit wenig erfreulichen Kompromiß endeten. So ist kennzeichnend dafür, wie die Litauer früher den Volkswillen zu achten pflegten, daß von den fünfzehn Direktorien vor Bertuleit nur drei das Vertrauen des Landtags besaßen. Darunter befand sich auch das Direktorium Baldschus. Das Direktorium Baldschus kam aber auch erst nach monatelangen Auseinandersetzungen zustande. Am 29. und 30. September 1935 fanden damals die Landtagswahlen statt. Die Deutschen hatten vierundzwanzig, die Litauer fünf Abgeordnetensitze erhalten. Trotzdem versuchte der damalige litauische Gouverneur der deutschen Mehrheit zunächst einen Litauer als Direktoriumspräsidenten aufzuzwingen. Und erst, nachdem auch dieser Versuch scheiterte, fand sich der Gouverneur schließlich bereit, am 28. November — also zwei Monate nach den Wahlen — seine Zustimmung zur Bildung des rein deutschen Direktoriums Baldschus zu geben, das bis jetzt amtiert hat.

Der neue Präsident Willi Bertuleit ist am 29. Mai 1900 in Kruken-Görge, einer Ortschaft im Kreis Memel, geboren. Er entstammt einer alteingesessenen memeldeutschen Bauernfamilie. Seine Schulbildung erhielt er im Gymnasium in Memel. Den großen Krieg hat er im letzten Kriegsjahr einige Monate an der Westfront mitgemacht. Bei einem der größten Memeler Bankunternehmen genoß er seine Ausbildung als Bankbeamter und arbeitete sich zum Bankdirektor empor. Infolge seiner ausgezeichneten Kenntnis sämtlicher memelländischer Wirtschaftszweige gilt er als einer der führenden Memeler Wirtschaftler überhaupt. Politisch gesehen ist er einer der engsten und rührigsten Mitarbeiter des Memellandführers Dr. Neumann. Bertuleit wurde ebenso wie Dr. Neumann im Frühjahr 1935 im Kownoer Kriegsgerichtsprozeß zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt und erst im Februar 1938 begnadigt. An der Seite Dr. Neumanns und als dessen Stellvertreter baute er 1933 die Sozialistische Volksgemeinschaft des Memelgebiets mit auf, und ebenso hat er nach der Entlassung aus dem Zuchthaus mit Dr. Neumann zusammen am nationalsozialistischen Aufbau in Memel mitgewirkt und zu dem glänzenden Wahlsiege des Memeldeutschtums am 11. Dezember in hohem Maße beigetragen. Von den

neuen Direktoren ist auch Rechtsanwalt Böttcher durch die harte Schule der litauischen Zuchthauszeit gegangen, während sich die Direktoren Monien und Sziegaud als bewährte Kämpfer für das Memeldeutschtum ebenfalls einen Namen gemacht haben.

Inzwischen ist auch der volkspolitische Aufbau im Memelland vollendet worden. Ihre Krönung und einheitliche Ausrichtung haben die bisher geschaffenen Organisationen in dem von Dr. Neumann berufenen memeldeutschen Führerrat erhalten. Der Führerrat umfaßt neben Dr. Neumann rund fünfzehn Personen und es gehören ihm neben den führenden Persönlichkeiten der einzelnen Organisationen auch Direktoriumspräsident Bertuleit sowie mehrere Abgeordnete des neuen Landtags an. Damit ist eine Zusammenfassung und ein einheitlicher Einsatz aller Kräfte des Memeldeutschtums von vornherein sichergestellt. Zur Zeit bestehen als die großen tragenden Säulen des Memeldeutschtums einmal der Kulturverband und dann der Sportbund. Beide Organisationen unterstehen Dr. Neumann. Außerdem gibt es den uniformierten Ordnungsdienst und die jetzt neu aufgestellten, ebenfalls uniformierten Sicherheitsabteilungen. Weiter sind zur Pflege des alten Soldatengeistes überall Kriegskameradschaften eingerichtet worden und als eine der letzten Einrichtungen ist von Dr. Neumann die nationalsozialistische Arbeiterorganisation geschaffen worden, die aus den alten Memeler Gewerkschaften hervorgegangen ist und die künftig die Vertretung der schaffenden Bevölkerung übernehmen wird. Dem Kulturverband fallen, wie schon sein Name besagt, ausschließlich kulturelle Aufgaben zu. Mit ihren etwa 60 000 Mitgliedern stellt diese Einrichtung wohl die größte Organisation des Memeldeutschtums überhaupt dar. Der Kulturverband sorgt dafür, daß durch Vorträge deutscher Wissenschaftler und Dichter, durch Konzerte und Gastspiele namhafter deutscher Künstler die kulturelle Brücke zur großen deutschen Kulturgemeinschaft aufrechterhalten und gefestigt wird. Durch die Einrichtung von Büchereien und Kindergärten, durch Schaffung von Singgemeinschaften und die Aufführung von Volkstänzen und Laienspielen wird deutsches Kulturgut gepflegt und der Jugend wertvolle Anregung gegeben. Und die materiellen Nöte und Sorgen der Bevölkerung sucht der Kulturverband durch die ebenfalls seinem Wirkungsbereich unterstehende Winterhilfe zu mildern. Im Memeldeutschen Sportbund wiederum ist die gesamte memeldeutsche Jugend zu einer großen, alle Gebiete der Leibesübungen umfassenden Gemeinschaft zusammengeschlossen.

Als die erste uniformierte Organisation wurde bereits vor den Landtagswahlen der Ordnungsdienst ins Leben gerufen. Der Ordnungsdienst untersteht Dr. Neumann persönlich und hat die Aufgabe, bei Aufmärschen und Kundgebungen die notwendigen Absperrungen durchzuführen und für eine ordnungsmäßige Abwicklung der Veranstaltungen zu sorgen. Im ganzen Gebiet stehen zur Zeit 1200 Mann uniformierter Ordnungsdienstmänner zur Verfügung. Auf dem Lande sind vielfach auch Reiterstürme gebildet worden. Da in diese Organisation nur ausgesuchte, besonders zuverlässige und körperlich tadellose junge Männer aufgenommen worden sind, stellt der Ordnungsdienst sozusagen die Elitetruppe der memeldeutschen Volksbewegung dar. Die Aufstellung der Sicherheitsabteilungen ist noch im Gange. Diese Organisation soll die Männer umfassen, die die nationalsozialistische Idee in alle Schichten der Bevölkerung hineintragen und verankern sollen. Bisher sind im Gebiet bereits zwölf Stürme gebildet worden, darunter in der Stadt Memel acht. In Memel und ebenso in den Nehrungsorten werden aus den Sicherheitsabteilungen heraus auch

Marinestürme gebildet werden. Die Ausbildung der Stürme ist überall bereits im Gange, doch werden die Stürme öffentlich erst in Erscheinung treten, sobald die Uniformierung endgültig durchgeführt ist. Vorgesehen ist, daß die Sicherheitsabteilung das Braunhemd tragen wird, während der Ordnungsdienst bekanntlich den Dienst in schwarzer Uniform versieht. — Der Ordnungsdienst und auch der Sportbund werden übrigens am 30. Januar ihren ständigen Sitz in dem historischen Gebäude in der Grabenstraße in Memel aufschlagen, wo sich während der Zeit der französischen Besetzung kurz nach der Abtrennung vom Reich die französische Präfektur befand und wo beim Einmarsch der Litauer am 15. Januar 1923 die Franzosen die weiße Fahne hißten, worauf sie sich auf die im Memeler Hafen liegenden Schiffe flüchteten.

Von den Maßnahmen, die die litauische Regierung bisher zur Wiederherstellung des Rechtszustandes getroffen hat, muß vor allem die Abschaffung des Eides für die Abgeordneten des Landtags hervorgehoben werden. Laut einer Bestimmung des litauischen Wahlgesetzes war es Vorschrift, daß die Abgeordneten bei der Eröffnung des Landtags einen Eid oder ein feierliches Gelöbnis abzulegen hatten. Die Eidesformel hatte folgenden Wortlaut: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, daß ich der Republik Litauen treu sein werde, die Verfassung des Litauischen Staates, das Statut des Memelgebiets und andere im Memelgebiet geltenden Gesetze der Republik Litauen und des Memelgebiets bewahren und die Pflichten eines Mitgliedes des Landtags gewissenhaft erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe!" Die Abgeordneten des letzten memelländischen Landtags haben als erste und zugleich auch als letzte diesen Eid geleistet. Für die Abgeordneten des neuen Landtags stand es von vornherein fest, daß die Ableistung dieses Eides nicht in Frage kam, um so weniger, als die litauische Regierung immer wieder den Versuch gemacht hat, die Abgeordneten des alten Landtags unter Berufung auf den geleisteten Eid zu Statutverletzungen — also zur Auslegung des Statuts im litauischen Sinne — zu bewegen. Durch eine Verordnung im litauischen Staatsanzeiger hat die Kownoer Regierung diesen Eid nunmehr abgeschafft. Weiter hat die litauische Regierung Ende Dezember die sofortige Auflösung der litauischen Staatspolizei im Memelgebiet verfügt. Damit ist eine immer wieder im Zusammenhang mit der Aufhebung des Kriegszustandes erhobene Forderung endlich verwirklicht und eine der krassesten Verletzungen des Statuts beseitigt worden. Die litauische Regierung hat sich ferner veranlaßt gesehen, die Visagebühren für die Bewohner des Memellandes von 150 auf 10 Lit zu ermäßigen, wodurch eines der größten Hindernisse für Reisen vom Memelland in das Reich gefallen ist. Auch das seinerzeit von der Kownoer Regierung erlassene Enteignungsgesetz, das für litauische Heeres- und Verkehrszwecke die Wegnahme großer Landflächen bei Memel vorsah, ist fallengelassen worden; und die litauischen Staatsbehörden im Memelland haben Anweisung erhalten, sich auf das strikteste an den Grundsatz der im Statut vorgesehenen Gleichheit der deutschen und der litauischen Sprache zu halten.

Das Direktorium Baldschus hat von sich aus durch eine Verfügung die deutsche Unterrichtssprache in den Schulen wiederhergestellt. Litauische Memeldirektorien hatten entgegen den Statutbestimmungen verfügt, daß die Unterrichtssprache sich nicht nach dem Willen der Eltern, sondern danach richten sollte, welche Sprache die Eltern zu Hause sprechen. Da nun auf dem Lande vielfach ein stark mit litauischen Ausdrücken untermischter Dialekt gesprochen wird, wurde

für eine Reihe von Schulen das Litauische als Unterrichtssprache eingeführt. In der neuen Verfügung ist nun ausdrücklich bestimmt worden, daß bei der Festsetzung der Unterrichtssprache ausschließlich der Wille der Eltern maßgebend ist. Dadurch ist der langjährige Kampf um die Unterrichtssprache endlich im memeldeutschen Sinne entschieden worden und es ist jetzt die Gewähr gegeben, daß die Eltern ihre Kinder nun wieder ihrem Wunsche entsprechend in deutscher Sprache unterrichten lassen können. Weiter hat das Direktorium angeordnet, daß die Bilder des litauischen Staatspräsidenten und die litauischen Hoheitszeichen aus den Räumen der deutschsprachigen Schulen zu entfernen sind. Die Bilder und Hoheitszeichen sind — wie es in der Verordnung des Direktoriums heißt — bis auf weiteres in gute Verwahrung zu nehmen. Auf der gleichen Linie bewegt sich eine Verfügung an die Landespolizei, wonach die Polizeibeamten an ihren Dienstmützen nur die Kokarde mit den memeldeutschen Farben grün-weiß-rot zu tragen haben. Die zweite obere Kokarde in den großlitauischen Farben gelb-grün-rot mit dem litauischen Reiter ist abgeschafft und durch das bekannte Elchschaufelabzeichen ersetzt worden.

Trotz dieser an und für sich selbstverständlichen Einräumung und Wiederherstellung verbriefter Rechte gibt es doch noch eine ganze Reihe von Punkten, in denen die litauische Regierung und auch der neue litauische Gouverneur Gailius ihre alte Taktik glauben beibehalten zu können. Dabei handelt es sich vor allem um die Wiederherstellung der Rechte der von den litauischen Behörden im Memelgebiet zu Unrecht entlassenen memeldeutschen Beamten. Den Beamten ist zwar das Versprechen der Wiedereinstellung gegeben worden, aber der litauische Gouverneur will die Einstellung nur dann vornehmen, wenn jeder der 400 Entlassenen auf die Ansprüche verzichtet, die er aus der widerrechtlichen Entlassung ohne weiteres herleiten kann. Der Gouverneur weigert sich auch, mit dem zur Vertretung ihrer Rechte gebildeten Arbeitsausschuß der Beamten zu verhandeln, sondern er fordert, daß jeder Beamte einzeln sich mit einem Wiedereinstellungsgesuch an ihn wendet. Die Beamten halten natürlich ihre Ansprüche aufrecht, wobei sie darauf hinweisen, daß sie infolge der jahrelangen Arbeitslosigkeit zum Teil ganz erhebliche Schulden haben machen müssen, um mit ihren Familien überhaupt leben zu können, und daß es sich bei der Wiedereinstellung nicht um einen Gnadenakt, sondern um die Erfüllung eines selbstverständlichen Rechtsanspruchs handelt, der in Artikel 28 des Statuts ausdrücklich festgelegt ist. — Weiter muß bemängelt werden, daß das litauische Staatsschutzgesetz für das Memelland immer noch nicht aufgehoben ist, daß immer noch Memeldeutsche politischer „Delikte" wegen in litauischen Zuchthäusern sitzen, und daß in letzter Zeit immer wieder Fälle bekannt werden, daß junge Memelländer, die im litauischen Heer ihrer Dienstpflicht genügen, ihrer deutschen Sprache wegen verfolgt und in einer geradezu menschenunwürdigen Weise von ihren litauischen Vorgesetzten behandelt werden. Diese Tatsachen lassen die immer wieder litauischerseits betonte Verständigungsbereitschaft jedenfalls in einem sehr merkwürdigen Licht erscheinen. Und ebenso muß es nicht geringes Befremden hervorrufen, wenn auch jetzt noch gewisse Stellen in Kowno und im übrigen Litauen die — gelinde gesagt — Geschmacklosigkeit begehen, anläßlich des 15. Januar, dem Jahrestag des litauischen Handstreichs auf Memel (1923), Feste zu feiern und Kundgebungen zu veranstalten, in denen von den angeblichen Rechtsansprüchen Litauens auf das Memelgebiet die Rede war.

Im Memelgebiet selbst haben die Litauer wohlweislich auf die sonst an diesem Tage üblich gewesenen sogenannten Befreiungsfeiern verzichtet. Man

hätte sich aber auch eine größere Provokation unmittelbar nach den Landtagswahlen und angesichts der deutschen Ausrichtung der Bevölkerung kaum vorstellen können. Um so mehr, als das Wahlergebnis in der Tat ein hundertprozentiges für die deutsche Liste darstellt. Einige Feststellungen des „Memeler Dampfboots" zum Ergebnis des 11. Dezember verdienen hier festgehalten zu werden. „Die litauischen Parteien", so schreibt das memeldeutsche Blatt, „hätten nicht einen einzigen Abgeordneten in den Landtag hineinbekommen, wenn nur die Bevölkerung hätte wählen dürfen, die 1920 bei der Abtrennung des Memelgebiets von Deutschland oder auch 1923 bei der Besetzung des Gebiets durch Litauen hier wohnte. Würden die Bedingungen etwa der Saarabstimmung diesen Wahlen zugrunde gelegt worden sein, dann hätten praktisch hundert Prozent der Bevölkerung sich zum Deutschtum bekannt. Aber auch so hat diese Wahl schon einen Sieg gebracht, wie er schöner und eindrucksvoller gar nicht erwartet werden konnte. Das gesamte Memeldeutschtum bekannte sich in absoluter Geschlossenheit zum Deutschtum, zur nationalsozialistischen Weltanschauung und zu seinem Führer Dr. Neumann. Das muß vor allen Dingen immer wieder hervorgehoben werden, denn es ist ein Ergebnis, wie es in einem außerhalb der deutschen Reichsgrenzen liegenden Gebiet niemals und nirgends erreicht worden ist. Es ist das eindrucksvollste Bekenntnis, das überhaupt gedacht werden kann."

Weiter hebt das „Dampfboot" hervor, daß das Memeldeutschtum einen Abgeordnetensitz mehr erringen konnte, obwohl die großlitauische Zuwanderung in den letzten drei Jahren weiter angehalten habe und obwohl das Judentum geschlossen für die litauischen Listen stimmte. Außerdem haben die Litauer den vierten Abgeordnetensitz nur mit einem verhältnismäßig kleinen Stimmenrest erhalten. Und so kann man diese Feststellungen nicht treffender als mit folgender Erklärung Dr. Neumanns, die er unmittelbar nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses abgab, abschließen: „Die Wahl hat bewiesen, daß meine Bewegung die Bewegung des Memellandes ist und daß auch der letzte Memeldeutsche in ihren Reihen steht. Wenn heute politische Grenzen mit dem Reich bestehen, so können völkische Grenzen von uns nicht mehr hingenommen werden. Wir werden mit allen Mitteln die Verbindung mit unseren deutschen Brüdern jenseits der Memel anstreben und unsere Bewegung weiter im nationalsozialistischen Sinne ausrichten und aufbauen."

Dr. Neumann ist übrigens als Spitzenkandidat der memeldeutschen Liste auch mit der größten Anzahl der Stimmen gewählt worden. Die Kandidaten werden nämlich nicht in der Reihenfolge des Stimmzettelblocks gewählt, sondern es geht auch nach der Anzahl der Stimmen, die auf jeden einzelnen Kandidaten entfällt. So erhielt Dr. Neumann insgesamt 63 108 Stimmen. Als zweiter folgte der Landwirt Lorenz mit 63 037 Stimmen und als dritter der Landwirt Rademacher mit 63 030 Stimmen. Im Vergleich dazu mutet das Ergebnis des litauischen Spitzenkandidaten Gailius, der nur 4727 Stimmen erhielt und infolge des merkwürdigen litauischen Wahlsystems ebenfalls als gewählt gilt, als geradezu kläglich an. Dr. Neumann, Lorenz und Rademacher sind übrigens zusammen im großen Kownoer Kriegsgerichtsprozeß zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Und es ist gewiß kein Zufall, wenn das Memeldeutschtum gerade in diesen memelländischen Kämpfern die berufensten Vertreter ihres Volkstums erblickt und ihnen ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen hat.

Litauen

Reges Leben in der deutschen Volksgruppe

Der seit einem Jahr begonnene Aufstieg der deutschen Arbeit in Litauen hat jetzt auch die entlegensten Provinzorte erreicht. Als der Druck der litauischen Behörden gegen die deutsche Volksgruppe im Jahre 1937 nachließ, begann man die Arbeit zunächst in den größeren Städten zu ordnen. Nach den für diese größeren Gruppen festgelegten Richtlinien ist jetzt die Arbeit auch auf das flache Land ausgedehnt worden. Diese Arbeit wird planmäßig vom Kulturverband der Deutschen Litauens und seinen Unterabteilungen, dem Kulturamt, dem Landamt, dem Handwerkeramt und dem Jugendamt geleitet. Für wirtschaftliche Fragen besteht noch ein Wirtschaftsrat.

Rein äußerlich kann der Aufstieg der Deutschtumsarbeit aus den zahlreichen Neuanmeldungen beim Kulturverband festgestellt werden. Im Laufe der letzten sechs Monate hat sich die Zahl der Mitglieder der größten Ortsgruppe des Verbandes, in Kowno, fast verdoppelt. In den übrigen Ortsgruppen hat die Zahl der Mitglieder um 50 % und mehr zugenommen. Die zahlreichen Versammlungen, die in letzter Zeit von verschiedenen Ortsgruppen einberufen worden sind, zeigen heute ein ganz anderes Bild wie früher. Zu den Versammlungen kommen nicht nur vollzählig alle Mitglieder der Ortsgruppen, sondern auch sehr viele solcher Volksgenossen, die dem Verband noch nicht angehören, und erklären ihren Beitritt zum Kulturverband, so z. B. in Tauroggen, Meldekwirschen und anderen Orten. Es ist eine besonders erfreuliche Tatsache, daß auch die deutschen Landwirte, die sonst verhältnismäßig schwer für die Arbeit gewonnen werden konnten, jetzt ohne besondere Aufforderung ihre Mitarbeit anmelden. In der Entwicklung der deutschen Arbeit in Litauen sind die Einflüsse der letzten großen politischen Vorgänge unverkennbar. Die meisten deutschen Volksgenossen in Litauen konnten dort, wo deutsche Lesehallen bestehen (ihre Zahl zählt zur Zeit 29), am Rundfunk die gewaltigen Vorgänge miterleben. In vielen Orten fehlen allerdings noch Rundfunkgeräte, aber es besteht die Aussicht, daß auch dort bald solche in Anbetracht der Zunahme der Opferfreudigkeit angeschafft werden. Gerade der Rundfunk und die deutschen Zeitungen und Zeitschriften haben in den letzten Monaten sehr viel zur Aufrüttelung auch der Gleichgültigen und Flauen beigetragen. Als die Leitung des Kulturverbandes im November 1938 zum ersten Male die Möglichkeit hatte, die Deutschen Litauens zum Eintopfsonntag aufzurufen, glaubte sie noch nicht an den Riesenerfolg, den der Aufruf hatte. Alle Ortsgruppen ohne Ausnahme führten den Eintopfsonntag durch. Selbst auf dem Lande, wo das Deutschtum zerstreut siedelt, wurden Eintopfsonntage mit Erfolg veranstaltet. Die Einnahmen der Eintopfsonntage und der Winterhilfssammlungen wurden zum Teil schon während der Weihnachtsfeiertage an Kinder notdürftiger Familien im Rahmen von Weihnachtsbescherungen verteilt. Im ganzen Lande fanden im Laufe einer Woche über 30 Gemeinschaftsfeiern mit einem Weihnachtsbaum statt. Neben diesen Weihnachtsfeiern fanden in der zweiten Hälfte des Dezember bis Anfang Januar sehr viele deutsche Familienfeste statt. In vielen Orten wurden die Gemeinschaftsfeiern anläßlich der Jahreswende veranstaltet. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß all diese Veranstaltungen zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühles beitragen. Von diesem Gemeinschaftsgefühl beseelt, haben zahlreiche Vereinigungen geschlossen den Beitritt zum Kulturverband erklärt. So hat der Vorstand des Kownoer deutschen Sport-

vereins „Olympia" auf seiner Sitzung am 10. Dezember einstimmig beschlossen, seinen Mitgliedern nahezulegen, dem Kulturverband der Deutschen Litauens beizutreten, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß deutsche Sportler in die Reihen der zentralen Volkstumsorganisation gehören. Auf Grund dieses Beschlusses wurden zwischen Vertretern des Sportvereins und dem Kulturverbande Richtlinien für eine Zusammenarbeit festgelegt. Alle aus dieser Vereinbarung sich ergebenden Aufgaben und Fragen werden in ständiger engster Fühlungnahme zwischen den Vorständen beider Organisationen im Sinne der Förderung des deutschen Sportes in Litauen erledigt. Dem Beispiel des Kownoer Sportvereins Olympia ist der deutsche Sportverein in Kybarty und der deutsche Frauenbund dortselbst sowie der deutsche Frauenbund in Wirballen und der dortige christliche Jugendverein gefolgt. Auch diese Vereine sind geschlossen dem Kulturverbande beigetreten. Es ist zu erwarten, daß demnächst auch alle übrigen deutschen Organisationen in Litauen sich in den Kulturverband einreihen. Dadurch wird die Geschlossenheit des Deutschtums in Litauen endgültig erreicht sein.

Angesichts dieses Einigungsvorganges innerhalb der deutschen Volksgruppe in Litauen erweitert sich auch von Tag zu Tag die Arbeit des Kulturverbandes und seiner Unterabteilungen. Einen besonderen Umfang hat die Arbeit auf dem Gebiete der Jugenderziehung und der Handwerkerausbildung angenommen. Die deutsche Jugend, die bis vor kurzem hauptsächlich in kirchlichen Vereinigungen organisiert war, steht jetzt fast geschlossen in den Reihen der Kulturverbandjugend. Für die Ausbildung von Handwerkern ist ein ganzes Netz von handwerklichen Musterbetrieben ausfindig gemacht, in die planmäßig die Lehrlinge verteilt werden. Im Hinblick auf das große Durcheinander, das immer noch auf dem Gebiete des Handwerks besteht, bedeutet dieses Netz eine große Stütze für das deutsche Handwerkerwesen und wird für die weitere Entwicklung des Handwerkertums der Deutschen in Litauen von großer Bedeutung sein. Allerdings fehlen für verschiedene Berufe noch Ausbildungsmöglichkeiten in Litauen, so z. B. für Braumeister, Weberfärbemeister sowie für andere Fachgebiete des Textilgewerbes. Ebenso planmäßig erfolgt die Ausbildung von Fachkräften für die Landwirtschaft.

Trotz dieses erfreulichen Aufstieges auf den erwähnten Gebieten sind die Verhältnisse auf dem Schulgebiete nach wie vor trostlos. Abgesehen davon, daß keine der seinerzeit geschlossenen deutschen Schulen eröffnet worden ist, ist jetzt überall in den staatlichen Schulen auch für deutsche Kinder die litauische Sprache im evangelischen Religionsunterricht eingeführt worden. Die Kinder deutscher Eltern, die im Elternhause das erste Gebet in deutscher Sprache gelernt haben, sind jetzt gezwungen, die Gebete litauisch zu lernen. Die Empörung der Eltern darüber ist außerordentlich groß. Die Schulbehörden erhalten täglich Klagen von ihnen. Im Laufe einer Woche sind vier Vorstellungen seitens der Eltern beim litauischen Innenminister erfolgt. Bisher sind diese Schritte der deutschen Eltern erfolglos geblieben. Die litauischen Behörden stützen sich auf die Paßeintragungen und erklären, daß nur denjenigen das Recht auf Religionsunterricht in deutscher Sprache zusteht, die in den Pässen als Deutsche eingetragen sind. Wie diese Eintragungen in den Pässen der Deutschen erfolgt sind, ist allen bekannt. Die Beamten schrieben in die Rubrik der Volkszugehörigkeit die Staatszugehörigkeit ein und machten somit einen großen Teil der Deutschen zu Litauern. Seitens des Kulturverbandes sind schon unzählige Male energische Protestschritte dagegen erfolgt. Auch jetzt wird die Lage vom Kultur-

verbande eingehend untersucht, um zu gegebener Zeit energische Proteste zu erheben.

Auch von anderer Seite wird die loyale Aufbauarbeit der Deutschen in Litauen zu stören versucht. Die jüdische Pressehetze versucht die Deutschen in Litauen als Staatsfeinde hinzustellen. Die jüdische Hetze scheint auch auf verschiedene litauische Behörden nicht ohne Wirkung zu bleiben. So wurde am 3. Dezember der stellvertretende Vorsitzende des Kulturverbandes der Deutschen Litauens auf der Straße beim Verlassen seiner Wohnung von vier litauischen Geheimpolizisten verhaftet und mit einem Auto in das Gebäude der Staatssicherheitspolizei gebracht. Dort wurde er drei Stunden lang von Beamten in Zivil verhört. Während des Verhörs stellten die Beamten die Forderung, daß er in der Staatssicherheitspolizei mitarbeiten solle, andernfalls ein ihn belastendes Dokument veröffentlicht werde. Dieses Dokument, das die Beamten selber als Fälschung bezeichneten, bestand in einer photographischen Aufnahme eines Schreibens, das besagte, daß der Endesunterzeichnete in der litauischen Staatssicherheitspolizei mitarbeite. Unter dem Text stand die Unterschrift des Verhafteten.

Diese eigenartige Methode der litauischen Staatssicherheitspolizei veranlaßte den Präsidenten des Kulturverbandes, einen Vorstoß beim litauischen Ministerpräsidenten zu unternehmen. In einem an ihn gerichteten Protestschreiben verurteilt er solche Maßnahmen mit aller Entschiedenheit und verlangt, in der Annahme, daß sie auch keine Würdigung beim Ministerpräsidenten selbst finden können, eine sorgfältige Untersuchung des Zwischenfalles und eine Unterbindung ähnlicher Vorfälle. Weiter weist der Präsident v. Reichardt darauf hin, daß sich auch früher ähnliche Vorfälle, und vor allem in einer vollkommen unzulässigen Weise mit minderjährigen Schülern des Deutschen Gymnasiums, zugetragen haben. Es ist anzunehmen, daß es sich in dem oben geschilderten Falle um die Maßnahme untergeordneter Beamten handelt, die keine Billigung des Ministerpräsidenten finden und daher sich wohl in Zukunft nicht wiederholen werden.

Es ist selbstverständlich, daß das Deutschtum in Litauen mit großem Interesse und mit stolzer Freude auch die Entwicklung im Memellande verfolgt. Trotzdem die Aufhebung des Kriegszustandes für Altlitauen auch keinerlei Erleichterungen gebracht hat, wird die Befreiung des Memeldeutschtums von diesem Druck von allen deutschen Volksgenossen in Altlitauen im tiefen Innern miterlebt. Durch die Zugehörigkeit des Memellandes zu Litauen sind bereits verschiedene Bande zwischen dem Deutschtum in Altlitauen und dem Memeldeutschtum entstanden. Anläßlich des großen Wahlerfolges der Memeldeutschen während der letzten Wahlen zum Landtag richtete der Präsident des Kulturverbandes der Deutschen Litauens, v. Reichardt, an den Führer der Memeldeutschen, Dr. Neumann, folgendes Glückwunschtelegramm: „In meinem und im Namen aller deutschen Volksgenossen in Altlitauen beglückwünsche ich Sie zu dem großen Wahlerfolge, den das Memeldeutschtum unter Ihrer Führung erzielt hat."

Das Deutschtum in Litauen hat nach der eingesetzten Erneuerungsbewegung, die ihren Anfang bereits 1931 genommen hat, im Laufe der Jahre trübe und helle Zeiten durchgemacht. An der Schwelle des neuen Jahres denkt es mit großer Genugtuung an das für das gesamte Deutschtum ereignisreiche Jahr 1938 zurück, mit der festen Hoffnung, daß die Ereignisse auch des neuen Jahres eine weitere Stärkung Großdeutschlands und damit auch aller Deutschen im Auslande bringen werden.

Lettland

Auch hier Angriffe auf die deutsche Volksgruppe — Der Wechsel in der Leitung der Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft — Feier des Herder-Instituts — Volksdeutsche in den lettischen Kulturkammern

Wie alle Volksdeutschen in der Welt hat auch die deutsche Volksgruppe in Lettland in starkem Maße Anteil genommen an den großen außenpolitischen Geschehnissen der zweiten Hälfte des Jahres 1938, die für das ganze deutsche Volk von so entscheidender Bedeutung geworden sind. Man war stolz darauf, an der großen Freude des deutschen Volkes teilhaben zu können. Aber es war auch noch etwas anderes: die politischen Ereignisse in der Zeit vor und nach dem Münchener Abkommen zeitigten auch in Lettland Auswirkungen, teils in positiver, teils in negativer Hinsicht; in jedem Fall bestärkten sie bei allen Deutschen Lettlands das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem großen deutschen Volk.

Als in der letzten Zeit vor dem Tage von München die Spannung immer mehr zunahm, war das Deutschtum in Lettland den verschiedensten Angriffen ausgesetzt. Infolge einer von der lettischen Presse jahrelang betriebenen Deutschenhetze, die in diesen Tagen wieder ganz besondere Ausmaße annahm, war die Verhetzung gegen alles Deutsche so weit gegangen, daß deutsche Schüler immer wieder von starken Banden lettischer und jüdischer Halbwüchslinge überfallen und verprügelt wurden. Ebenso erfolgten zahlreiche Überfälle und Mißhandlungen von Erwachsenen, die auf der Straße deutsch gesprochen und damit die Wut des verhetzten Mobs erregt hatten. Auch noch lange nach dem 1. Oktober ist es immer wieder zu derartigen Ausschreitungen gegen Deutsche gekommen und erst ganz allmählich bequemte sich die lettische Polizei zu einem etwas energischeren Einschreiten. Andererseits hat die lettische Regierung zu erkennen gegeben, daß sie, der neuentstandenen politischen Lage Rechnung tragend, auf einzelnen Gebieten die deutschen Wünsche mehr zu berücksichtigen bereit ist. Die nächste Zeit dürfte bereits zeigen, ob lettischerseits tatsächlich der ernste Wille vorhanden ist, die bisher dem Deutschtum gegenüber verfolgte Politik aufzugeben und völlig neue Wege einzuschlagen.

Von den die deutsche Volksgruppe in Lettland betreffenden Ereignissen verdient der Ende November vorigen Jahres erfolgte Wechsel in der Leitung der „Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Lettland" ganz besonderer Erwähnung. Durch den Rücktritt des bisherigen Präsidenten E. Mündel und einiger anderer Präsidiumsmitglieder dieser umfassenden deutschen Volkstumsorganisation in Lettland war eine Neuwahl notwendig geworden, die auf einem Delegiertentag am 26. November 1938 in Riga erfolgte. Zum neuen Präsidenten wurde mit 98 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen der Rigaer Großkaufmann Alfred Intelmann gewählt; die Neuwahl brachte auch einige Veränderungen im Bestande des Präsidiums. Die ganze Tagung stand unter dem Zeichen eindrucksvoller Geschlossenheit. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen des neugewählten Präsidiumsmitgliedes, Dr. Erhard Kroeger, der als langjähriger Vorkämpfer der völkischen Erneuerungsbewegung sich entscheidendes Verdienst um die einheitliche Ausrichtung der deutschen Volksgruppe in Lettland auf dem Boden der deutschen Weltanschauung erworben hat. Erhard Kroeger wies darauf hin, daß die Volksgruppe sich heute zu einer Einheit entwickelt habe, die auf weltanschaulicher Geschlossenheit beruhe, und daher heute auch niemandem das Recht eingeräumt werden

könne, Unterschiede innerhalb des Deutschtums zu machen. Unter großem Beifall erklärte Kroeger: Wie wir unsere Volksgemeinschaft nach innen ausgestalten wollen, das bestimmen wir selber und niemand anders. Als geschlossene Volksgruppe ist das Deutschtum in Lettland jeden Tag bereit, mit jedem zusammenzugehen und loyal zu arbeiten, der die Hand dazu reicht. Es gebe aber andererseits keine Macht der Erde, die das Deutschtum aus der Geschichte des Landes ausradieren oder ihm seine Zukunft hier streitig machen könne.

Der neugewählte Präsident Alfred Intelmann ist durch seine langjährige Tätigkeit in zahlreichen deutschen Organisationen Rigas bekannt geworden und genießt in weitesten Kreisen des Deutschtums Vertrauen. Er ist seit 1920 Ältester der im Jahre 1936 von der lettischen Regierung aufgelösten und enteigneten St.-Marien-Gilde zu Riga gewesen, er hat an der Spitze verschiedener anderer deutscher kaufmännischer Organisationen gestanden, er ist Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde und Förderer des Herder-Instituts" und a. o. Senator der Deutschen Akademie in München.

Im Zuge dieser Neuordnung in der Leitung der „Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Lettland" fand bald darauf auch eine Reihe von Neubesetzungen in den Ämtern derselben statt: Leiter des neugeschaffenen Schulamtes wurde M. v. Radecki, der zugleich Referent für deutsche Bildungsangelegenheiten beim lettländischen Bildungsministerium ist. Leiter des Kulturamtes wurde Dr. Wilhelm Lenz, Leiter des Turn- und Sportamtes Erich Faber, Leiter des Amtes für Jugendberatung Waldemar von Radetzky und Leiter des neugeschaffenen Jugendamtes der bisherige Jugendführer Otto Kraus. Ein neugeschaffenes Pressedezernat wird bis auf weiteres vom Syndikus der „Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Lettland", A. Lutter, geleitet. Die „Deutsch-baltische Volksgemeinschaft in Lettland" steht damit vor einem neuen Abschnitt ihrer Arbeit, um mit neuen Kräften neue Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Am 18. Oktober beging die private deutsche Hochschule in Lettland, das „Herder-Institut", unter reger Beteiligung maßgeblicher Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland den 17. Jahrestag ihres Bestehens. An der Feier nahmen u. a. der deutsche Gesandte in Riga, v. Schack, sowie Staatsminister Dr. Wacker vom Reichserziehungsministerium, die Führung der deutschen Volksgruppe, sowie zahlreiche reichsdeutsche und volksdeutsche Wissenschaftler teil. Ferner waren der italienische Gesandte in Riga, D. Rogeri, der lettische Bildungsminister und zahlreiche höhere lettische Beamte erschienen. Der Vorsitzende der „Herder-Gesellschaft", Dr. Karl Keller, sowie der Leiter des „Herder-Instituts", Rektor Prof. Klumberg, gaben in ihren Ansprachen eine Rückschau über das bisher Geleistete und wiesen auf die Ziele und Aufgaben des Herder-Institutes in Lehre und Forschung hin. Den Festvortrag hielt der Dozent des „Herder-Instituts", Mag. J. Forßmann, über „Neue Probleme der Runenforschung". Das Arbeitsgebiet des Herder-Instituts, das sich bisher vorwiegend auf die Lehre erstreckte, ist jetzt durch den Neuaufbau mehrerer wissenschaftlicher Forschungsstellen stark erweitert worden.

In volksgruppenrechtlicher Hinsicht hat eine Entscheidung der Administrativ-Abteilung des Rigaer Bezirksgerichts für die deutsche Volksgruppe in Lettland erhebliche Bedeutung gewonnen. Der gerichtlichen Entscheidung lag folgender Fall zugrunde: Die Frau eines Volksdeutschen, die aber einen lettischen Mädchennamen hatte, wurde bei der Anmeldung der Geburt ihres Sohnes auf dem Rigaer Standesamt nicht als Deutsche, sondern auf

Grund ihres lettischen Mädchennamens als Lettin in das Register eingetragen. Diese Eintragung war insofern von besonderer Bedeutung, als nach den neuen lettischen Bestimmungen Kinder aus Mischehen, bei denen ein Elternteil lettischer Volkszugehörigkeit ist, als Letten anzusehen sind und demnach auch die lettische Schule besuchen müssen. Gegen diese Eintragung erhob die Frau, die sich als Deutsche bekannte, Einspruch. Nach einer langwierigen Prüfung der ganzen Angelegenheit traf das Rigaer Bezirksgericht die grundsätzlich sehr bedeutungsvolle Entscheidung, daß kein Grund vorliege, die betreffende Frau nicht als Deutsche in die Register des Standesamtes einzutragen. Selbst wenn ihr Vater Lette gewesen sein sollte, so hätte sie doch das Recht auf Eintragung als Deutsche, wenn sie sich öffentlich als Deutsche bezeichnet und zum Deutschtum bekennt. Damit hat sich eine lettländische Gerichtsinstanz zu dem Grundsatz bekannt: Für die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volkstum ist das eigene Bekenntnis entscheidend.

Um die Jahreswende erfolgten in Lettland die Berufungen der Mitglieder in die neugegründeten Kulturkammern, und zwar in die „Kammer für Schrifttum und Kunst" und in die „Kammer für die freien Berufe". In beide Kammern wurden auch einige Deutsche berufen. Der Umstand, daß die Berufung von deutschen Vertretern in die „Kammer für Schrifttum und Kunst" ohne jede Fühlungnahme mit der Führung der deutschen Volksgruppe oder den zuständigen deutschen Organisationen erfolgte, wurde von der reichsdeutschen Presse zum Anlaß genommen, die lettischen Methoden im Verhalten zur deutschen Volksgruppe einer entsprechenden Kritik zu unterziehen. Die unverschämten Erwiderungen einiger lettischer Blätter zeigten das völlige Unverständnis dieser Kreise für eine richtige Volkstumspolitik. Die Tatsache, daß die lettische Presse in diesem Zusammenhang nach dem 1. Oktober 1938 noch von „einer unzulässigen Einmischung in innerlettländische Angelegenheiten" schreibt, ist als ein bedenkliches Zeichen dafür zu werten, wie wenig man in maßgeblichen lettischen Kreisen zuzulernen gewillt ist.

Tschecho-Slowakei

Noch ist kein grundlegender Gesinnungswandel bei den Tschechen festzustellen — Keine wesentliche Besserung der Lage der deutschen Volksgruppe — Reichshilfe lindert ärgste wirtschaftliche Not — Arbeitslosigkeit, Boykott und Steuerlasten — Fortschritte auf kulturellem Gebiet — Die deutschen Schulforderungen

Nach den Zwischenfällen im Osten der tschecho-slowakischen Republik, die zu Weihnachten eine neue Krise der Beziehungen mit Ungarn und Polen mit sich zu bringen schienen, ist wieder eine Beruhigung eingetreten. Es hat jedoch nicht den Anschein, als ob der jetzt sichtbarer einsetzende Konsolidierungsprozeß im tschechischen Volke jenen Gesinnungswandel auslösen würde, den man vielfach erwartet hatte. Im Gegenteil, es scheint, als ob diejenigen Kräfte, die man mit dem Namen Benesch in Verbindung zu bringen pflegt, in letzter Zeit neue Regsamkeit entfalten würden. Es geht diesen Kräften in der Hauptsache darum, den Prozeß der geistigen Abrüstung des tschechischen Volkes zu verhindern. Nach der Septemberkrise und dem Abflauen der Leidenschaften schien es, als ob dieser Prozeß auf gutem Wege sei. Die systematische Wühlarbeit dieser Kreise

jedoch, die nicht nur mit Flüsterpropaganda, sondern auch mit systematischer Verbreitung scheinbar unschuldig aussehender Pressenachrichten arbeiten, haben besonders in der bürgerlichen Intelligenz und zum Teil auch in der Arbeiterschaft beachtliche Erfolge aufzuweisen, während die bäuerlichen Kreise von dieser Infektion ziemlich verschont zu sein scheinen. Es kam daher keineswegs zu einer Auflockerung in der tschechischen Einstellung zum Deutschtum, eher ist eine Stockung zu verzeichnen, die am sichtbarsten in der dauernd hinausgeschobenen Lösung der Judenfrage und in der Aufrechterhaltung des hohen Militärbudgets der Beneschära zum Ausdruck kommt. In der Judenfrage wird seit Monaten von Gesetzen gesprochen, die kommen sollen. Bis heute aber ist es den Linkskreisen gelungen, alles zu verhindern, was irgendwie eine Lösung dieses brennenden Problems vortreiben könnte. Ganz offiziell wird die sichtbar gewordene Bremswirkung dieser Arbeit mit Rücksicht auf den westeuropäischen und überseeischen Export begründet, obwohl dieser bei der gegenwärtigen Struktur der Republik nur eine ganz untergeordnete Rolle spielt. Es ist auch gelungen, die zeitweise sehr lebhafte antisemitische Färbung der Rechtspresse erheblich zu verwässern, so daß bei der jetzigen doppelten Pressezensur (Regierungskommissäre in den Schriftleitungen und außerdem noch Zensurstaatsanwälte) eine Aufklärung des tschechischen Volkes über die Judenfrage als Rasseproblem unterbunden erscheint. Selbstverständlich werden auch die Informationen über die Hintergründe des wieder stärker angewachsenen jüdischen Einflusses auf die tschechische Politik unterdrückt. Wenn auf der andern Seite der Einfluß der Linken in dem dauernd hohen Rüstungsbudget, in der Art der vormilitärischen Erziehung und tausend anderen Dingen zum Ausdruck kommt, rundet sich das Bild eines gewissen Rückfalles in die Atmosphäre vor der Septemberkrise ab.

Unter diesen Verhältnissen kann es nicht wundernehmen, daß in der Lage der deutschen Volksgruppe keineswegs eine Wendung zum Besseren eingetreten ist. In wirtschaftlicher Beziehung hat zwar die Reichshilfe die ärgste Not dieses Winters gebannt. Die Zahl der arbeitslosen deutschen Angestellten jedoch hat durch Entlassungen zum Jahreswechsel neuerdings eine Vermehrung erfahren und viele waren gezwungen, jenseits der Reichsgrenze Arbeitsmöglichkeiten zu suchen. Als Ersatz für die bei jüdischen und tschechischen Unternehmern verlorengegangenen Arbeitsplätze neue Arbeitsmöglichkeiten bei deutschen Unternehmen zu erschließen, bzw. neue deutsche Unternehmungen ins Leben zu rufen, ist bisher in nennenswertem Ausmaße nicht gelungen. Im Gegenteil, Absatzmangel und Steuerdruck haben die verzweifelte Lage der deutschen Arbeitgeber noch verschärft. Der tschechische und jüdische Boykott der deutschen Gewerbetreibenden und sonstiger Unternehmungen ist fast lückenlos. Die Steuerbehörden versuchen das ihre dazu beizutragen, um ihnen vollends die Lebensmöglichkeiten zu entziehen. Da und dort mußte daher auch die Abwanderung deutscher Gewerbetreibender ins Reich verzeichnet werden. Im laufenden Jahre dürfte infolge der neuen Erhöhung der Einkommensteuer und der zu erwartenden Erhöhung der Erwerbsteuer die Lage noch kritischer werden. In der Bauernschaft, die noch stark unter den Nachwirkungen der Maul- und Klauenseuche zu leiden hat, ist die plötzliche Sperre der Roggenabnahme von schwerwiegender Wirkung. Da das tschechische Getreidemonopol den deutschen Genossenschaften die Getreideabnahme erschwert, war z. B. die Lagerhausgenossenschaft Iglau gezwungen, den Roggenankauf vor Weihnachten auf unbestimmte Zeit einzustellen. Wie es heißt, haben die Bauern vor März keine Aussicht, ihren Roggen zu verkaufen. Nun hat sich heuer infolge der Mobilisierung im Herbst der Drusch stark ver-

zögert, so daß die meisten Bauern ihren Roggen noch nicht gänzlich verkauft haben. Während auf der einen Seite Steuerexekutoren pfändend von Hof zu Hof ziehen, kann das Getreide in den Scheuern nicht zu Geld gemacht werden. Die tschechischen Landwirte jedoch können bei ihren Genossenschaften anstandslos verkaufen. Überdies hat auch der Preissturz auf dem Buttermarkt den mit allen Mitteln des Boykotts geführten Konkurrenzkampf gegen die deutsche Molkereigenossenschaft noch verschärft. Offenbar soll durch die Benachteiligung der deutschen Genossenschaften im Zusammenhange mit dem Steuerdruck eine Verkaufsbereitschaft der deutschen Bauern erzwungen werden. Bisher ist nämlich noch nicht ein einziger Fall eines Verkaufes an die hohe Preise bietenden tschechischen Flüchtlinge aus dem Sudetengebiet bekannt geworden. Da die erwartete Preisgabe deutschen Bodens nicht erfolgt ist, beginnt die Arbeit der „Pošumavská jednota" genau so wie unter Benesch in der Iglauer Sprachinsel wieder mit Kolonisierungsplänen. Da und dort hört man davon, daß auf Grundstücken, die bei der Bodenreform deutschen Besitzern enteignet wurden, tschechische Kolonien errichtet werden sollen, um nach dem bekannten Prinzip der „Herausekelung" die deutschen Bauern doch von ihrer Scholle zu vertreiben.

In kultureller Beziehung ist durch die Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebes an den deutschen Hochschulen ein beachtlicher Fortschritt zu verzeichnen. Auf der andern Seite ergab sich jedoch im Volks- und Mittelschulwesen keine Wandlung der unerträglichen Zustände. Es mangelt vor allem an deutschbewußten Lehrkräften. In zahlreichen Volksschulen unterrichten immer noch Tschechen oder aus dem Sudetengebiet geflüchtete Marxisten. Die ungenügende Zahl deutscher Volksschulen wird jetzt besonders fühlbar, weil sich teilweise die Kinderzahl erhöht hat. Durch die zahlreichen Entlassungen von Deutschen ist der wirtschaftliche Terror, der viele Familien gezwungen hatte, ihre Kinder in tschechische Schulen zu schicken, wirkungslos geworden. Da auch von Staats wegen eine Arbeitslosenunterstützung nicht gewährt wird, haben sich viele deutsche Eltern entschlossen, ihre Kinder wieder deutsch unterrichten zu lassen. Die Schulbehörden machen dieser Rückkehr zur volkseigenen Schule zwar Schwierigkeiten, doch ist immerhin festzustellen, daß trotz der Abwanderung zahlreicher Familien ins Reich die Zahl der deutschen Schulkinder zwar nicht in Prag, dafür aber in manchen Orten der deutschen Siedlungsgebiete eine Erhöhung erfahren hat. Es gibt aber immer noch z. B. in deutschen Dörfern für sechs ortsansässige tschechische Kinder eine eigene tschechische Staatsschule mit Kindergarten, nicht aber für siebzehn deutsche Kinder eine deutsche Schule. Die Forderung nach vollständiger Selbstverwaltung des Schulwesens und der kulturellen Belange des Deutschtums in der Tschechoslowakei, die der Volksgruppenführer Abg. Kundt erhoben hatte, ist daher nur allzu berechtigt.

Unhaltbar sind auch die Zustände auf dem Gebiete der Krankenfürsorge. Die unter dem Einfluß der Linkskreise stehenden öffentlichen Krankenversicherungsanstalten haben zum Jahreswechsel die Verträge mit sämtlichen Ärzten gekündigt, die mit tschechischen und jüdischen Ärzten jedoch stillschweigend erneuert. Auf diese Weise sollten die deutschen Ärzte ausgeschaltet werden. Unter der deutschen Bevölkerung hat diese Maßnahme, die sie zwingen sollte, tschechische oder jüdische Ärzte aufzusuchen, eine gewaltige Empörung ausgelöst und seitens der Volksgruppenführung erfolgte auch in dieser Angelegenheit ein Schritt beim zuständigen Prager Ministerium.

Jugoslawien

Hauptversammlung des SDKB. im Zeichen der Volksgruppeneinheit

Die im Dezember in Neusatz stattgefundene 14. Hauptversammlung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes stand im Zeichen der wiederhergestellten Volksgruppeneinheit. Die Kampfstimmung der letztvergangenen Hauptversammlungen ist dem entschiedenen Willen zur einträchtigen Zusammenarbeit an den gemeinsamen Aufgaben gewichen. Die Losung „Ein Volk, ein Wille, ein Weg!" beherrschte die Versammlung und kehrte in allen Ansprachen wieder. Eindringlich klang daneben der Hinweis auf den Arbeits- und Leistungsgrundsatz als alleinigen Wertungsmaßstab auf. In einer grundlegenden Rede des Bundesobmannes J. Keks wurde außerdem die Notwendigkeit der Sicherung der erzielten Einigung hervorgehoben. Bundesobmann Keks führte hierzu u. a. folgendes aus: „Der zerstörende Kampf soll beendet sein und die Bruderhände, die jetzt ineinander ruhen, sollen sich nicht mehr lösen und schon gar nicht mehr zu Drohung oder Schlag erheben. Der Friede und die Zusammenarbeit sind beschlossen und verkündet. Dies allein genügt aber keineswegs. Zu ihrer dauernden Sicherung muß vielmehr volle Einigkeit über die Ziele und die Grundlinien unserer Zusammenarbeit vorhanden sein. Diejenigen, die den Grund zur brüderlichen Geschlossenheit gelegt haben, sind sich darüber vollkommen einig. Solange jedoch nicht alle, oder wenigstens die überwiegende Mehrheit unserer Volksgenossen von den gleichen Überzeugungen durchdrungen und vom besten Willen geleitet sind, sind erhebliche Störungen am Friedenswerke und damit vielleicht Rückfälle in überwunden geglaubte Verhältnisse möglich." Um auf den geschaffenen Grundlagen den Gemeinschaftsgedanken verwirklichen zu können, wurde daher nachdrücklich Disziplin und Einordnung gefordert.

Nebst der mit starker Zustimmung aufgenommenen Rede des Bundesobmannes stand die Ehrung der Kinderreichen im Mittelpunkt der im nunmehr bereits traditionellen Festrahmen abgehaltenen und zahlreich beschickten Versammlung. Der auf der Versammlung erschienene neugewählte Abgeordnete F. Hamm wurde von derselben herzlich gefeiert.

Durch Einsetzung der Gauobmänner für die bisher errichteten vier Gaue (Slawonien, Syrmien-Bosnien, Batschka und Banat) sowie durch die Aufnahme der Tätigkeit innerhalb der Gaue hat die Neuordnung des Kulturbundes im Geiste der Verständigung und der Einschaltung aller arbeitswilligen Kräfte weitere Fortschritte gemacht. Der gleiche Geist gelangt auch in einem Aufruf des neuen Landesjugendleiters J. Lichtenberger an die deutsche Jugend zum Ausdruck. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Die aktive deutsche Jugend hierzulande ist von einem Willen und von einem Geiste beseelt, woraus sie die Kraft und den Mut schöpft, freudig und zuversichtlich wieder die Arbeit auf ganzer Linie in Angriff zu nehmen, um die gesamte Jugend restlos für die Idee der völkischen Neuordnung zu gewinnen. — Ich erwarte in erster Linie von den aktiven Jugendlichen, daß sie sich sofort und nach besten Kräften in musterhafter mannschaftlicher Zucht und Einsatzbereitschaft an die Arbeit begeben und in kameradschaftlichem Geiste, jedoch in der Anschauung unnachgiebig daran gehen, Spannungen zu lösen, noch bestehende Gegensätze und Widerstände zu beseitigen, um darauf erstmalig eine neue und starke Volksjugend aufzubauen."

*

Zu Weihnachten erschien die erste Folge der „Deutschen Nachrichten" in Agram. Im programmatischen Leitartikel „Wir stellen uns vor" wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Wir sind ein Organ der geeinten und in sich geschlossenen deutschen Volksgruppe Jugoslawiens und sprechen zu den Volksgenossen im Westen des Landes.

Der Höchstwert, unter den wir uns stellen, ist die gottgewollte, durch Blut, Sprache, Kultur, gemeinsames Schicksal und freies Bekenntnis zusammengewachsene organische Einheit ‚Deutsches Volk'.

Volk ist uns mehr, als die geringe Zahl jener, die ein günstiges Schicksal in den Vordergrund des Geschehens zu stellen pflegt. Über Klassen und Berufsstände hinweg sehen wir vor allem die Vielzahl jener dem Volke zugehörig, die ihrem Deutschtum keinen wirtschaftlichen Nachdruck verleihen können und deren freies Bekenntnis zu deutscher Volksart oft überhört wurde.

In unseren Spalten soll sich das Schicksal unserer Volksgruppe spiegeln. Wir wollen unsere deutsche Volksgruppe nach innen zur wahren und lebendigen Gemeinschaft ausbauen und ein Organ der deutschen volkspolitischen Willensbildung sein. Wir sind der Überzeugung, daß nur eine einige und in ihren Ansprüchen befriedigte deutsche Volksgruppe dem jugoslawischen Staate in restloser Treue die loyalen Dienste leisten kann, die von ihr mit Recht erwartet werden.

Wir können und wollen eine Tageszeitung nicht ersetzen. Nicht brühwarme Sensationsmeldungen, Allerweltsnachrichten sollen unsere Spalten füllen. Auch nicht die wenigen Gebildeten und schöngeistigen Feinschmecker sollen mit gelehrten Aufsätzen befriedigt werden. In des einfachen Mannes Sprache wollen wir unserer gemeinsamen Sache das Wort reden.

Wir werben nicht um einzelne Bezieher, sondern wollen als das derzeit einzige Band, das sich um alle Deutschen unseres Gebietes schließt, das Blatt aller jener sein, die sich ihrer deutschen Volkszugehörigkeit bewußt sind. Die ‚Deutschen Nachrichten' müssen daher allsonntäglich auf jedem deutschen Familientische liegen."

Die zunächst einmal wöchentlich auf sechs Seiten Umfang erscheinenden „Deutschen Nachrichten" füllen eine in letzter Zeit immer empfindlicher spürbare Lücke aus. Nachdem die „Deutsche Zeitung" in Cilli ihr Erscheinen einstellen mußte, war bekanntlich nur die dreimal monatlich erscheinende „Gottscheer Zeitung" als einziges deutsches — und nicht bloß deutschsprachiges! — Presseorgan verblieben. Obwohl sich die „Gottscheer Zeitung" in dem Rahmen, der ihr gelassen wurde, tapfer für die deutschen Volksgruppenrechte einsetzte, konnte sie das Erbe der „Cillier Zeitung" doch nicht übernehmen, da ihr Wirkungsbereich auf die Gottschee beschränkt ist.

Der Mangel an einem Organ für die deutsche Bevölkerung in den westlichen Teilen des südslawischen Staates machte sich immer stärker bemerkbar. Hier sollen nun die „Deutschen Nachrichten", die Berichte aus allen wichtigen Orten in Slowenien sowie dem Erscheinungsort Agram enthalten, Abhilfe schaffen.

Rumänien

Die Eingliederung der deutschen Volksgruppe in die „Front der nationalen Wiedergeburt" — Anerkennung der deutschen Volksgemeinschaft — Versprechungen in der Schulfrage — Aus dem Wirtschaftsleben des Deutschtums

Vor einem Jahr, am 3. Februar 1938, hatte der damalige Ministerpräsident Octavian Goga in einer, im Namen seiner Regierung, verlesenen Erklärung folgendes gesagt: „Das deutsche Volk in Rumänien hat sich in das Leben des rumänischen Staates vom ersten Augenblick an aufrichtig eingefügt und sich stets als zuverlässig und treu erwiesen. Darum kann es für sich auch das Recht in Anspruch nehmen, daß seine völkische Eigenart voll gewahrt werde. Wir sind bereit, die freie Entfaltung seiner deutschen Kultur durch eigene kulturelle Einrichtungen sicherzustellen, das Recht, seine Muttersprache frei zu gebrauchen, zu verbürgen und ihm auf dem Gebiet der Wirtschaft, auf dem es stets als lebendiges Vorbild und als Träger des Fortschritts gewirkt hat, in keiner Weise Hindernisse in den Weg zu legen." Bekanntlich mußte Goga wenige Wochen nach dieser für die deutsche Volksgruppe in Rumänien so wertvollen Erklärung zurücktreten. Die neue autoritäre Regierung hat in den ersten zehn Monaten ihrer Amtstätigkeit keine Veranlassung gesehen, diese Zusagen für die Deutschen zu wiederholen. Jetzt aber ist auch hierfür wieder die Zeit gekommen, wo über stereotype Wendungen, wie sie von Regierungsmännern gelegentlich gebraucht werden, hinaus das Recht der Deutschen Rumäniens auf feste Grundlagen gelegt werden soll. Die Dinge haben sich in folgender Weise entwickelt:

Am 16. Dezember vor. Js. gab die Regierung ein Gesetz über die Gründung einer Staatspartei unter dem Namen der „Front der Nationalen Wiedergeburt" hinaus. Diese Organisation soll „das nationale Bewußtsein der rumänischen Staatsbürger in einem geschlossenen Vorgehen zur Verteidigung, zum Fortschritt und zur Festigung des rumänischen Staates in Bewegung setzen". Der Front können alle großjährigen rumänischen Staatsbürger beiderlei Geschlechts mit Ausnahme der aktiven Militärs und Richter angehören. Sie allein hat das Recht, Kandidaturen für das Parlament, die Verwaltungs- und berufsständischen Körperschaften aufzustellen. Jede politische Tätigkeit außerhalb der Front ist verboten und wird mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für zwei bis fünf Jahre bestraft. Diese neue Einrichtung erregte zunächst in der deutschen Volksgruppe Bedenken. Man befürchtete, sie werde dazu benützt werden, jede eigene Organisation des Deutschtums zum Zwecke der Behauptung seiner Volksrechte unmöglich zu machen. Aus diesem Grunde richtete der Obmann der Deutschen Volksgemeinschaft Rumäniens, Fritz Fabritius, sofort an alle Volksgenossen das Ersuchen, sich einstweilen eigenmächtiger Schritte zu enthalten, d. i. in die „Front" nicht einzutreten, bis sich das Verhältnis der Volksgemeinschaft zu der neuen Staatspartei geklärt habe. Diese Klärung wurde sofort angebahnt, indem die Vertreter der Deutschen mit der Regierung zum Zwecke der Unterhandlungen Berührung suchten. Gleichzeitig wurden auch die verschiedenen Fragen angeschnitten, in denen die Rechtslage des Deutschtums zum Ausdruck kommt. Infolge der Feiertage um Weihnachten und Neujahr verzögerten sich die Verhandlungen einige Zeit, bis endlich in den ersten Januartagen ein Abkommen mit der Regierung zustande kam, wonach den Deutschen eine eigene Abteilung innerhalb der Front der Nationalen Wie-

dergeburt zugestanden wurde, in deren Rahmen sie die ihnen durch die geltenden Gesetze zugesicherten Rechte ausüben können. Dieses Abkommen, veröffentlicht am 10. Januar d. J., stellt fest, daß überall, wo in Städten und Landgemeinden Deutsche wohnen, gesonderte deutsche Sektionen errichtet werden, die auch im obersten nationalen Rat und im Direktorium der „Front" durch Mitglieder vertreten sind. Auch die deutschen Berufsorganisationen werden in ähnlicher Weise eigenständig in die schon geschaffenen und noch zu schaffenden Berufsorganisationen eingefügt. Abgesehen von dieser politischen Organisation haben die Deutschen auch das Recht auf solche für kulturelle, wirtschaftliche und soziale Zwecke. Ferner wird durch eine Erklärung des Innenministers als Gesamtvertretung der Deutschen die schon bestehende Deutsche Volksgemeinschaft unter Fritz Fabritius anerkannt. Die Voraussetzung dieser Zusicherungen war der geschlossene Eintritt aller deutschen Volksgenossen in die Staatspartei. Diese wurde unter Aufbietung der strammen Volksdisziplin, die nun wieder bei den Deutschen Rumäniens herrscht, binnen wenigen Tagen, vom 13. bis 15. Januar, vollzogen. In den meisten Orten wurde dies so durchgeführt, daß die sog. Nachbarschaften die Beitrittserklärungen sammelten und den Behörden überreichten. Wo die Nachbarschaftseinrichtung noch nicht vollständig durchgeführt ist, erfolgte die Sammlung der Beitrittserklärungen in anderer Weise. Man kann annehmen, daß die Gesamtheit der großjährigen deutschen Männer und Frauen heute schon der Deutschen Sektion der rumänischen Staatspartei angehört.

Durch diese Veranstaltung ist im Wesen dasselbe erreicht worden, was vor Jahresfrist dem eingangs erwähnten Entgegenkommen Gogas zu verdanken war. Die rumänische Presse hat den Eintritt der Deutschen in die Staatspartei in teilweise überschwänglichen Worten gepriesen. Zunächst ist damit nur jene gewisse „günstige Atmosphäre" geschaffen, die besonders in Rumänien von großer Bedeutung ist. Es ist nun die Aufgabe der deutschen Volksführung, die Entwicklung der Dinge aus dem Zustand allgemeiner Leitsätze in den klar umschriebener Einzelbestimmungen überzuführen. Eine ganze Reihe von Fragen haben sich im Verlaufe der zwei Jahrzehnte, seit die verschiedenen deutschen Siedlungsgebiete, die ehedem zu Ungarn, zu Österreich und zu Rußland gehörten, an Rumänien angeschlossen sind, ergeben und bedürfen einer befriedigenden Lösung. Der freien Entwicklung des Deutschtums im Rahmen des rumänischen Staates stellen sich zahlreiche Hindernisse entgegen, die beseitigt werden müssen. Die bisherigen politischen Zustände des Landes haben diese Vereinigung erschwert. Es gab immer nur zeitweilige Zugeständnisse, wie sie die Parteibedürfnisse der jeweiligen Regierungen bewirkten. Eine allgemeine gesetzliche Regelung der Rechte der Volksgruppen ist nicht zustande gekommen. Wo einzelne Gesetze zugunsten der Volksgruppen verfügten, mangelte es häufig an der ehrlichen Durchführung. Dann verursachten auch nationalistische Schlagworte Störungen und Verwirrungen. Oft sind es auch nur ganz zwecklose Nadelstiche, die den Volksgruppen versetzt werden und maßlos verletzen und aufreizen. Oder aufgesteckte Geßlerhüte, die dieselbe Wirkung haben. Ernstere Beweggründe stecken hinter gewissen Maßnahmen wirtschaftlicher Natur: man muß dies anerkennen, auch wenn man davon unangenehm berührt wird. Die Erkenntnis, daß das Judentum die ganze Wirtschaft Rumäniens nahezu unbeschränkt beherrscht, ringt sich in der neuesten Zeit immer vollständiger durch. Die Regierungsmaßnahmen, die sich dagegen richten, werden immer häufiger. Es ist nur fraglich, ob

das Rumänentum die Kraft und Organisationsfähigkeit hat, den Kampf gegen die jüdische Weltmacht mit Erfolg durchzuführen, und da besteht die Gefahr, daß die angedeuteten Abwehrmaßregeln dann gegen die „Stelle des minderen Widerstandes", die nichtjüdischen Volksgruppen, gewendet werden, die im Rahmen ihrer altangestammten Siedlungsgebiete ihre bescheidene, nicht von Herrschaftsgelüsten geleitete Wirtschaftsarbeit verrichten. Darum verlangen die Deutschen Sicherheiten auch nach dieser Richtung.

Die Äußerungen, die von verschiedenen hervorragenden Persönlichkeiten in Neujahrsreden auch zur Minderheitenfrage getan wurden, haben fast mehr geschadet als genützt, da sie zu sehr nach abgenützter Schablone gehalten waren, und vor allem, weil sie den Anschein erwecken zu wollen schienen, als ob auch bisher schon den Volksgruppen ihr volles Recht zuteil geworden wäre. Dadurch wurde das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der gegebenen Zusagen erschüttert, und es fällt schwer, dem Durchschnittsleser begreiflich zu machen, daß eine solche, den Tatsachen nicht entsprechende Ausdrucksweise nur aus Prestigegründen gewählt zu werden pflegt. Und es wird leicht übersehen, daß sich nur zaghaft, man könnte fast sagen, verstohlen das Bestreben regt, im kleinen und einzelnen geschehenes oder geplantes Unrecht gutzumachen und abzuwenden. So, wenn die beabsichtigten berüchtigten Rechtsanwaltsprüfungen der Reihe nach abgesagt, widerrechtlich in den Ruhestand (ohne Altersbezüge!) versetzte öffentliche Beamte und Angestellte auf ihren Posten zurückversetzt, verfehlte Verordnungen früherer Regierungen außer Kraft gesetzt werden usw. Es gehört nur eben eine außerordentliche Geduld der Deutschen und der übrigen Volksgruppen dazu, die langsame Wiederherstellung des natürlichsten Rechtes abzuwarten, um so mehr, als bei der außerordentlichen Disziplinlosigkeit der unteren Beamtenschicht immer wieder unglaubliche Rückfälle in überwunden geglaubte Fehler vorkommen.

In diesem Zusammenhang muß kurz einer Angelegenheit gedacht werden, die in falscher Darstellung auch an die reichsdeutsche Presse gekommen ist. Zur Weihnachtszeit wurde berichtet, in Rumänien sei das Fällen und der Verkauf von Weihnachtsbäumen verboten. Das ist nicht richtig. Es wurde bloß von einer Seite in der Presse die Anregung zu einem solchen Verbot gegeben. Sie erregte in deutschen Kreisen großen Unwillen, wurde aber von der Regierung vernünftigerweise nicht aufgegriffen, um so weniger, als die deutsche Volksführung sofort dagegen auftrat. Der Verkauf von Weihnachtsbäumen konnte ungehindert vor sich gehen.

Die Deutschen Rumäniens sind derzeit bemüht, sich in das neue Gefüge der wirtschaftlichen Ordnung, wie es die autoritäre Regierung plant, einzupassen. Es handelt sich vor allem darum, daß die Berufsstände in den wiederauflebenden Zünften dort, wo Deutsche leben, ihren deutschen Charakter behalten können. Die Volksführung fordert die Volksgenossen auf, den Zünften geschlossen beizutreten, um dort ihre beruflichen und völkischen Rechte nachdrücklich wahren zu können.

Noch Mitte Dezember hat der Siebenbürgisch-sächsische Landwirtschaftsverein seine Jahresversammlung in Kronstadt abgehalten. In dem Tätigkeitsbericht des Vereinsdirektors Fritz Connert wurde der wiederhergestellte innervölkische Frieden begrüßt, der eine Zeitlang auch diesen wichtigen Verein bedroht hatte. In seinen Auseinandersetzungen über das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie in Rumänien hob der Berichterstatter hervor, daß sich der Verein gegen jede künstliche Übersteigerung

der industriellen Entwicklung und gegen den Aufbau von solchen Industrien wenden müsse, die in Rumänien keine Daseinsberechtigung haben. Da die heutige landwirtschaftliche Produktionslage Rumäniens durchaus unbefriedigend ist, muß die Forderung nach Produktionssteigerung der Landwirtschaft erhoben werden. Wichtig ist ferner die Förderung der Ausfuhr, deren bedeutendster Absatzmarkt Deutschland ist.

Ebenso große Bedeutung für das deutsche Bauerntum Rumäniens wie der erwähnten Tagung des Landwirtschaftsvereins kommt der am 16. und 17. Januar abgehaltenen 48. Jahrestagung des Verbandes der Raiffeisengenossenschaften zu. Dieser Verband, der heute 250 Genossenschaften zählt, ist im Begriff, sich mit den übrigen deutschen Genossenschaften aller Siedlungsgebiete zu vereinigen. Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft der genossenschaftlichen Organisationen beschlossen, die, wenn auch die noch nicht verbandsmäßig geeinten Einzelgenossenschaften dazutreten, rund 450 deutsche Genossenschaften Rumäniens mit nahezu 30 000 Mitgliedern vereinigen wird, ein neuer und bedeutungsvoller Schritt in der inneren Verknüpfung aller Deutschen des Landes.

Dasselbe Bestreben kommt auch zum Ausdruck in dem vor kurzem erfolgten Anschluß des deutschen Bankwesens Bessarabiens an den Revisionsverband deutscher Kreditanstalten in Rumänien.

In Bessarabien mehrt sich die Zahl der kleinen Wirtschaftsbetriebe, die von Deutschen gegründet werden. Bis vor wenigen Jahren war der ganze Kleinhandel Bessarabiens und auch die meisten gewerblichen Werkstätten in jüdischen Händen. Es ist zu hoffen, daß in nicht allzulanger Zeit die deutsche Gruppe Bessarabiens, die nahezu 100 000 Seelen zählt, auch eine selbständige, wenngleich dem bäuerlichen Charakter der Bevölkerung entsprechend bescheidene Wirtschaft haben wird.

Am 14. Januar ist in der siebenbürgischen Stadt Broos der pensionierte evangelische Pfarrer Dr. Albert Amlacher im hohen Alter von 91 Jahren gestorben. Er hat in jüngeren Jahren neben seinem Pfarramt eine wertvolle Tätigkeit als Geschichtsforscher entwickelt, sowohl durch Sammeln von Urkunden, als auch durch geschichtliche Einzeldarstellungen.

Nach längeren Verhandlungen ist am 19. Januar zwischen dem rumänischen Unterrichtsminister Andrei und der deutschen Volksgruppe eine Abmachung getroffen worden, die man als bedeutungsvolle Wendung in der rumänischen Schulpolitik bezeichnen kann. Der Minister hat zunächst zugesagt, daß in Zukunft der Errichtung von neuen konfessionellen Schulen keine Schwierigkeiten mehr gemacht werden. Die bisher schon vorliegenden Gesuche, die unerledigt gelassen worden waren, werden sofort genehmigt werden. Im Zusammenhang damit steht die Zusage, daß eine Reihe von Schulgebäuden, die der deutsch-evangelischen Kirche in Bessarabien vor zwei Jahren widerrechtlich enteignet worden waren, zurückgegeben werden sollen. Diese Zusage hatte schon zu Beginn des vorigen Jahres der damalige Ministerpräsident Octavian Goga gegeben, die gegenwärtige Regierung aber hatte die Erfüllung des Versprechens versäumt. — Der Unterricht in der deutschen Muttersprache, der in den Staatsschulen in den letzten Jahren widerrechtlich fast vollständig eingestellt worden war, soll nun, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, wieder eingeführt werden. Zu diesem Zwecke werden die deutschen Lehrer, die man in der letzten Zeit mit Vorliebe in rein rumänische Gegenden versetzt hatte, wieder in die deutschen Siedlungsgebiete

zurückversetzt werden. Für die Heranbildung von Lehrkräften deutscher Muttersprache an Staatsschulen wird Sorge getragen werden, gegebenenfalls auch durch Errichtung einer staatlichen Lehrerbildungsanstalt. — Die von den politischen Gemeinden auf Grund des neuen Verwaltungsgesetzes für Kirche und Schule aufzubringenden Unterstützungen werden nach gerechtem Schlüssel auch auf die nichtrumänischen konfessionellen Schulen und Kirchen aufgeteilt werden. In diesem Punkt sind von deutscher Seite seit vielen Jahren Klagen erhoben worden, die in der Regel vergeblich waren. — Die vom Staate den deutschen konfessionellen Schulen zu gewährende geldliche Unterstützung, die im letzten Jahr nur zwei Millionen Lei (50 000 RM.) betragen hatte, wird mit dem kommenden Haushaltjahr auf zehn Millionen Lei erhöht. Auch dies ist ein alter Beschwerdepunkt. Der rumänische Staat hatte, obwohl er seine Verpflichtung zur Unterstützung der nichtrumänischen Schulen grundsätzlich anerkannte, diese Unterstützung von Jahr zu Jahr herabgesetzt, bis sie schließlich mehrere Jahre lang ganz eingestellt wurde. Erst im letzten Haushaltjahr wurde der verschwindend geringe Betrag von zwei Millionen eingesetzt. Auch die jetzt versprochene Erhöhung auf zehn Millionen erreicht noch bei weitem nicht die Höhe des Betrages, der den deutschen Schulen nach richtiger Berechnung zukäme.

Am 19. Januar ist auch zwischen der madjarischen Volksgruppe in Rumänien und der rumänischen Regierung dasselbe Abkommen getroffen worden, wie einige Tage vorher mit der deutschen Volksgruppe. Auch die Madjaren treten geschlossen in die Front der nationalen Wiedergeburt ein.

Das deutsche Theaterwesen Rumäniens ist von einem schweren Mißgeschick betroffen worden. Das Deutsche Theater konnte in diesem Winter in Hermannstadt, seinem besten Spielort, nicht auftreten, weil gewisse Reparaturen am städtischen Theatergebäude ausgerechnet in der Spielzeit vorgenommen werden mußten. Die Gesellschaft zog nun in kleineren Orten herum und hatte Pech, daß in Temeschburg die Vorstellungen verboten wurden, weil kurz vorher während der Vorstellung eines jiddischen Theaters eine Bombe geworfen worden war und man, wenn auch ohne jeden Grund, eine Wiederholung des Anschlages auch während der deutschen Spielzeit zu befürchten für nötig befand.

*

Mit einer „musikalischen Gedenkstunde" hat am 20. Januar d. J. der Hermannstädter Musikverein „Hermania" die hundertjährige Wiederkehr der Vereinsgründung gefeiert, die im Laufe der kommenden Monate zu vier Veranstaltungen großen Formats den Auftakt bildet. Es war die erste Vereinsgründung in dem Aufbruch der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, da das wiedererwachte Gemeinschaftsgefühl in Hermannstadt auch auf anderen Gebieten zum Zusammenschluß der Kräfte führte: 1840 folgte der Verein für Siebenbürgische Landeskunde, 1841 die Hermannstädter Allgemeine Sparkasse, 1845 der Siebenbürgische Landwirtschaftsverein, 1844 der erste Turnverein. — Im Laufe des Jahrhunderts brachte der Musikverein das gesamte klassische Gut der deutschen Musikkultur hier im Südosten zum Erklingen. Generationen von Sängern und Musikern — Männer und Frauen — haben an diesem großen Werk geschaffen. Wenn die bescheidenen Mittel und die Enge der Verhältnisse berücksichtigt werden, hat der Musikbetrieb hier in erstaunlicher Weise mit dem musikalischen Leben der großen Welt Schritt gehalten. So wurden die Werke der großen Meister des 18. Jahr-

hunderts von Bach und Händel bis auf Brahms und Richard Wagner, ja sogar Richard Strauß und Pfitzner von dem hundertjährigen Vereine zur Aufführung gebracht.

Einen hervorragenden Platz in der Reihe der festlichen Veranstaltungen soll eine vom feiernden Verein mit Unterstützung des gesamten Deutschtums Rumäniens zu veranstaltende Musikausstellung in Hermannstadt einnehmen. Deutsches Musikleben und -schaffen in Siebenbürgen seit sechs Jahrhunderten — weiter zurück in die Vergangenheit reichen die Spuren nicht — wird die geplante Ausstellung vor Augen führen und damit völkisches Selbstbewußtsein und Lebenswillen stärken helfen. Einzelne aus diesem Boden erwachsene Musikgrößen sind über die Schranken der engeren Heimat bekannt geworden.

Die Reihe der musikalischen Veranstaltungen eröffnet ein Orchesterkonzert mit der Klaviervirtuosin Luise Gmeiner als Gast. Diesem folgt am 23. Februar Wilhelm Kempffs dramatische Kantate „Deutsches Schicksal", am 1. März Beethovens „Missa solemnis" und am 14. März ein Klavierabend von Prof. Wilhelm Kempf.

Die Festveranstaltungen erreichen ihren Höhepunkt mit der eigentlichen Hundertjahrfeier zu Pfingsten in den Tagen vom 25.—30. Mai, zu der die Vertreter aller deutschen Musik- und Gesangvereine Rumäniens als Gäste eingeladen sind. Dadurch soll diese Hundertjahrfeier zu einer Kulturfeier der deutschen Volksgemeinschaft in Rumänien ausgestaltet werden.

Übersee

Vereinigte Staaten von Amerika

Neuerliche Deutschenhetze hat alles Bisherige in den Schatten gestellt — Verschiebung der Fronten des amerikanischen Deutschtums — Gründung des „Amerikadeutschen Nationalverbandes", New York und der „Einheitsfront", Chicago — Der Amerikanische Turnerbund gibt seinen Namen auf — Sorgen der deutschsprachigen Presse

In fast jedem unserer Länderberichte ist seit anderthalb Jahren von einer weiteren Zunahme der Hetzaktion des in USA. konzentrierten Weltjudentums gegen Deutschland und die deutschbewußten Bürger der Ver. Staaten die Rede gewesen; eine weitere Steigerung dieser Hetze schien ausgeschlossen, weil einfach menschenunmöglich zu sein. Trotzdem hat sich im letzten Vierteljahr das Unglaubliche ereignet. Jener Sturm von Verleumdungen und Verwünschungen, jener Ausbruch eines geradezu tierischen Hasses, wie er am 10. November gegen Deutschland losbrach, hat alles bisher Erlebte, hat selbst die Greuelpropaganda des Weltkrieges und die Kriegshysterie der kritischen Septembertage noch in den Schatten gestellt.

Dem Deutschtum der Vereinigten Staaten hat diese Krisenzeit die schwerste Belastungsprobe seit 1917 auferlegt, wenn sie es diesmal auch nicht so unvorbereitet traf wie der Kriegsausbruch vor 22 Jahren. Indessen verhinderte damals wie heute das Fehlen einer starken Führung und einer in sich gefestigten Volksgruppenorganisation eine einheitliche und energische Abwehr. Wie zu Kriegsausbruch gingen unter dem Druck der öffentlichen Meinung oder aus anderen Rücksichten, in einzelnen Fällen auch aus freiem Willen ganze Verbände und

auch ein Teil der deutschsprachigen Presse mit fliegenden Fahnen zu dem Feinde über, während die große Masse des Vereinsdeutschtums sich unter den Schicksalsschlägen duckte und durch „Neutralitäts"erklärungen sich auf der berühmten Bindestrich-Linie zu halten versuchte und nur der völkisch und kämpferisch eingestellte Teil der Nachkriegseinwanderer den Mut fand, sich jetzt erst recht zur Weltanschauung des Nationalsozialismus zu bekennen und die Maßnahmen des Reiches zu verteidigen.

Wohl nie zuvor ist der Riß, der durch das Deutschtum der Vereinigten Staaten geht und dieses Deutschtum in die alteingesessenen Deutschamerikaner und die nach dem Kriege eingewanderten Amerikadeutschen spaltet, so kraß zutage getreten, wie in letzter Zeit. Das stellt auch der „Philadelphia Herold" in einem offensichtlich aus der Feder des greisen Kämpfers Pastor Georg v. Bosse stammenden Leitartikel fest, in dem es heißt:

„Es scheiden sich die sogenannten alteingesessenen Deutschamerikaner und die von dem Geist des neuen Deutschland beseelten Deutschamerikaner. Während erstere zufrieden sind, in Amerika eine neue Heimat gefunden zu haben und in ihrem engeren Kreise deutsche Sitten und Gebräuche, auch wohl die deutsche Sprache pflegen, bei deutschen Feiern und Festlichkeiten auch in schönen Reden mit Wohlgefallen vernehmen, was die Deutschen zur Entwicklung des Landes alles getan haben, sind letztere von einem ganz anderen Geist. Es ist ein Kampfesgeist, der sie erfüllt, gepaart mit ausgeprägtem Selbstbewußtsein und einem unbeugsamen Mut."

Diese weltanschauliche Spaltung habe sich noch vergrößert durch die Judenfrage. In den deutschen Vereinen, Logen und Gesellschaften hätten die Juden immer eine große Rolle gespielt, durch die Anzeigen ihrer Geschäfte hätten sie die deutsche Presse des Landes und alle deutschen Bestrebungen freigiebig unterstützt. Darum konnte sich das alteingesessene Deutschtum in den Kampf gegen das Judentum in Deutschland, dessen Ursachen man nicht recht verstand, nicht hineinfinden. Mochte man auch sonst dem Neuen Deutschland und seinem Führer wohlwollend gegenüberstehen — in diesem Punkte verhielt man sich ablehnend. Ganz anders zeigten sich die jungen Amerikadeutschen, die den unheilvollen Einfluß des Judentums auf ihre Heimat noch selbst miterlebt hatten und nun auch hier der von Haß und Rache geleiteten jüdischen Hetze entgegentraten.

Der Leitaufsatz stellt den Amerikadeutschen sodann das Zeugnis aus, daß sie um ihrer Ideale willen zu opfern verstünden, und schließt seine Feststellungen mit nachstehendem Urteil über die Lage des Deutschtums im verflossenen Jahre:

„Die alteingesessenen Deutschamerikaner suchten zu erhalten, was sie noch haben, sehen es aber als etwas unvermeidliches an, wenn wieder ein Stück Deutschtum dem Amerikanisierungsprozeß zum Opfer fällt, was am augenscheinlichsten und raschesten bei den deutschen Kirchengemeinden vor sich geht. Die vom Neuen Deutschland beseelten Deutschamerikaner stehen auf festerem Boden und haben auch im Jahre 1938 gezeigt, daß es ihnen mit der Erhaltung des Deutschtums ein heiliger Ernst ist und daß sie auch dafür große Opfer bringen können."

Im „America-Herold", sowie den übrigen, im Verlag der „National Weeklies" erscheinenden Wochenzeitungen nahm der Hauptschriftleiter Dr. H. E. Fritsch aus Anlaß der Jahreswende ebenfalls Stellung zur Lage des Deutschtums, die er als äußerst kritisch bezeichnete. Ausgehend von der während des Weltkrieges sowohl gegen das Deutsche Reich als auch gegen das Deutschtum des Landes plötzlich mit aller Schärfe einsetzenden Hetze, die sich kaum mehr von der gegenwärtig betriebenen Propaganda unterscheidet, fordert Fritsch eine Klärung und Festigung der Stellungnahme der Deutschamerikaner als Gesamtheit, denn:

„Soviel sollte jeder Deutschamerikaner schon aus der Zeit des Weltkrieges als Lehre der bösen Erfahrungen behalten haben: daß jeder Vorwurf, der erst nur gegen einen Teil des Deutschtums, oder auch nur gegen die momentane am Ruder befindliche Regierung in Deutschland, oder nur gegen die führende Persönlichkeit in der alten Heimat erhoben wird, letzten Endes auf alle Deutschen, auf das deutsche Volk als Gesamtheit zurückfällt."

Der Leitartikel formuliert abschließend den vom Deutschtum der Ver. Staaten einzunehmenden Standpunkt wie folgt:

„Jeder Deutschamerikaner, wie jeder andere Deutschstämmige. kann und muß auf seine Blutszugehörigkeit zum deutschen Volk stolz sein, an dessen weltgeschichtlicher und weltkultureller Leistung jeder Schmähungsversuch als lächerlicher Angriff mit Giftpfeilen gegen ein ehernes Riesendenkmal erscheint und daher wirkungslos abprallen muß. Wer das deutsche Volk als ‚Kulturfeind' und als ‚Feind der Zivilisation' zu bezeichnen wagt, beweist damit nur das eigene abgrundtiefe Unwissen um ‚Kultur' und ‚Zivilisation', zu deren Bestand das deutsche Volk so viel beigetragen hat, daß ein Ausscheiden der deutschen Leistungen unsere gesamte Weltzivilisation zum Einsturz bringen und zum Trümmerwerk machen müßte."

*

Der ins Maßlose gesteigerten jüdisch-marxistischen Hetze gegen Deutschland ist im Januar die unvermeidliche Reaktion gefolgt. Die amerikanische Öffentlichkeit ist offensichtlich des täglichen Rachegeschreis der Juden müde geworden, und auch im Deutschtum hat eine gewisse Beruhigung Einzug gehalten. Es läßt sich daher heute bereits übersehen, zu welchen innervölkischen Veränderungen das letzte Vierteljahr geführt hat.

Allgemein ist zu sagen: Es hat eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der rechten und der linken Gruppe stattgefunden und das nach wie vor dem goldenen Mittelweg huldigende deutschamerikanische Vereinsbürgertum läuft Gefahr, gänzlich von diesen beiden Gruppen aufgerieben zu werden.

Der Amerikadeutsche Volksbund als stärkster und aktivster Vertreter des auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehendem Amerikadeutschtums ist nicht nur ungeschwächt aus dieser Krisenzeit, die ihm die schwersten Anfeindungen brachte, hervorgegangen, sondern hat überdies einen beachtlichen Zuwachs an kämpferischen Kräften zu verzeichnen.

Die „antifaschistische" Gruppe des amerikanischen Deutschtums, die bis 1933 nur aus einem verhältnismäßig unbedeutenden Kreis von Sozialdemokraten, Freidenkern, Arbeitersportlern und Kommunisten bestand, dann aber durch den ständigen Zustrom jüdischer Intellektueller und politischer Emigranten erstarkte, hat ebenfalls die Zeit für sich und ihre dunklen Ziele zu nutzen verstanden.

Uns interessiert diese „antifaschistische" Gruppe des Deutschtums nur insofern, als sie unter bewußter Verschleierung ihrer wahren Ziele sich ein deutsches Mäntelchen zugelegt hat, unter dem Namen „Deutsch-Amerikanischer Kulturverband" auftritt, einen Thomas Mann, Stefan Zweig, Lionel Feuchtwanger und andere in Amerika für „die wahre deutsche Kultur" Reden halten läßt und sich nicht scheut, „deutsche Tage" zu veranstalten. Ihre Gefahr für die Gesamtheit liegt darin, daß sich aus ihr die intellektuelle Schicht des Deutschtums rekrutiert und daß mit wenigen Ausnahmen die Lehrer der deutschen Sprache und deutschen Geisteswissenschaften an den höheren Lehranstalten des Landes ihr entweder angehören oder unter ihrem Einfluß stehen. Eine Tatsache, die nicht weiter verwunderlich ist, wenn man bedenkt, daß im letzten Jahre 400 jüdische und politische Emigranten aus Deutschland Lehrstellen an amerikanischen Universi-

täten und anderen Lehranstalten erhalten haben. Die Bedeutung dieser Gruppe wird indessen immer nur in der Schädlichkeit ihrer mit Hilfe der nur zu willigen amerikanischen Regierungsstellen groß aufgezogenen Propaganda liegen. Im Deutschtum des Landes haben diese artfremden Elemente niemals fest Wurzel gefaßt, denn auch vor 1933 sind die deutschamerikanischen Marxisten immer ihre eigenen Wege gegangen.

Um so größere Aufmerksamkeit verdient daher jene Gruppe, die sich im bewußten Gegensatz zu den alteingesessenen Deutschamerikanern als die Amerikadeutschen bezeichnet und ihre Einsatzbereitschaft im letzten Vierteljahr erneut unter Beweis stellen konnte. Ein volksdeutsche Erneuerungsbewegung, hat der „Amerikadeutsche Volksbund", dessen Mitgliederzahl vom Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses auf 25 000 mit einer Anhängerschaft von über 100 000 Amerikadeutschen geschätzt wurde, den konzentrischen Angriff aller Gegner des Dritten Reiches und aller Widersacher der nationalsozialistischen Weltanschauung ausgehalten, ja er ist gestärkt aus diesem Kampf hervorgegangen.

Trotzdem in den Oktober- und Novembertagen jüdisch-kommunistische Überfälle auf Versammlungen des Bundes an der Tagesordnung waren, wobei der Bund eine Reihe von Verletzten zu beklagen hatte, trotzdem den Ortsgruppen des Bundes in New York und einer Reihe von Städten die Benutzung der bisherigen Versammlungslokale entzogen wurde und die Behörden auf jüdischen Druck hin durch Schikane aller Art seine Arbeit erschwerten, hat der Amerikadeutsche Volksbund an der Hauptfront — New York — einen Sieg auf der ganzen Linie davongetragen.

Nach dem Fiasko des letztjährigen „Deutschen Tages" in New York, der jährlichen Veranstaltung der „Vereinigten Deutschen Gesellschaften von Groß-New York", auf dem sich das Kompromißlertum der Bindestrich-Amerikaner in seiner ganzen inneren Hohlheit offenbart hatte, riß der Bund die Führung an sich und gründete mit den zu ihm stehenden Großverbänden und Vereinen den „Amerikadeutschen Nationalverband". Gegenwärtig noch auf New York und den Osten beschränkt, soll dieser Verband dem Deutschtum der Vereinigten Staaten jenes organisatorische Gefüge geben, das Voraussetzung zur Sammlung aller Kräfte ist. Schon kurz nach der Ende Oktober erfolgten Gründung konnte der neue Nationalverband mit einer wenn auch bitteren Genugtuung den Auflösungsprozeß seiner bisherigen Gegner erleben.

Die „New Yorker Staatszeitung", jenes Blatt, das dem New Yorker Deutschtum seit über hundert Jahren die weltanschauliche Haltung vorgeschrieben hatte und in dem ebenso lange jüdische Redakteure die deutschamerikanische Vereinspolitik leiteten, bekannte am 10. November 1938 endlich Farbe und ging mit fliegenden Fahnen zum Feinde — zum Juden — über. Es folgte die „Steuben-Gesellschaft", die dank der Unterstützung der „Staats-Zeitung" bisher, wenn auch fälschlicherweise, als die politische Organisation des deutschamerikanischen Bürgertums gegolten hatte, während sich die „Vereinigten Deutschen Gesellschaften" in Erkenntnis ihrer verfehlten Politik der mittleren Linie langsam auflösen. Damit sind die wesentlichsten Spitzenorganisationen des Deutschtums zerschlagen bzw. haben sich freiwillig außerhalb des Deutschtums gestellt und es dem jungen Amerikadeutschen Nationalverband ermöglicht, jene Kräfte um sich zu sammeln, die trotz aller Verfolgungen und Hetze nach wie vor den Mut zu aufbauender Arbeit besitzen.

Das New Yorker Beispiel hat eine Parallele in Chicago. Auch hier wurde — wenn auch ohne das Zerschlagen von Organisationen — eine „Deutschamerikanische Einheitsfront" gebildet, in der ebenfalls der Bund maßgebend vertreten ist. Auch hier ist die neue „Einheitsfront" an die Stelle der alten Spitzenorganisationen getreten und ist fest entschlossen, die Lebensinteressen des amerikanischen Deutschtums mit Energie zu vertreten.

Ein Beispiel der praktischen Deutschtumsarbeit des Amerikadeutschen Volksbundes waren die großen Weihnachtsmärkte seiner Wirtschaftsorganisation, des „Deutschen Konsumverbandes", die in allen größeren Städten des Landes abgehalten wurden und im Gedanken der Durchbrechung des jüdischen Boykotts deutscher Waren und der Unterstützung des deutschstämmigen Geschäftsmannes standen. So wies der New Yorker Weihnachtsmarkt eine Besucherzahl von insgesamt 400 000 Deutschen innerhalb sechs Tagen auf. Die Umsätze waren so groß, daß einzelne Aussteller ihre Waren bis auf den letzten Rest abgesetzt hatten.

Einen großen moralischen Sieg für den Bund und mit ihm für das gesamte Amerikadeutschtum bedeutete die Umstoßung des „Camp Siegfried"-Schandurteils. In höherer Instanz wurde das drakonische Urteil, durch dessen Vollstreckung der „Amerikadeutsche Siedlungsbund" tödlich getroffen wurde, für null und nichtig erklärt, da das Gericht überhaupt nicht zuständig gewesen sei, als es das Sommerlager „Camp Siegfried" mit einer Geldstrafe von 10 000 Dollar belegte. Bekanntlich hatte die Staatsanwaltschaft behauptet, die Mitglieder des Bundes hätten einen Treueid auf Hitler leisten müssen, ehe über ihre Aufnahme entschieden worden wäre, und diese Behauptung durch Meineide eines von Juden bestochenen Zeugen zu erhärten versucht.

*

Bei aller Würdigung des tapferen Verhaltens des Bundes und der ihm angeschlossenen Gruppen kann jedoch nicht verhehlt werden, daß es bergab geht mit dem Deutschamerikanertum. Der Amerikanisierungsprozeß nimmt unaufhaltsam seinen Fortgang: in den Städten schmelzen die Vereine immer mehr zusammen, ja in einzelnen Gebieten scheint das Deutschtum völlig einzuschlafen.

Endgültig der Amerikanisierung verfallen ist die einst so stolze deutsche Turnbewegung in Amerika. Eine um die Jahreswende vorgenommene Urabstimmung der dem Amerikanischen Turnerbund angeschlossenen Turnvereine hat ergeben, daß sich die Turner mit Zweidrittelmehrheit für die Abänderung des Namens „Turnerbund" in „American Turners" entschieden haben. Von den 98 abstimmenden Turnvereinen sprachen sich 30 einstimmig für den Namenswechsel aus, während neun Vereine sich einstimmig dagegen aussprachen.

Die Abstimmung geht auf einen Antrag des Ersten Bundessprechers Carl M. Weidemann zurück, der sie damit begründete, daß der Name „Bund" heutzutage zu oft mit nationalsozialistischen Verbänden in den Vereinigten Staaten in Verbindung gebracht werde und daher anrüchig sei. Auch müsse man den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und unter dem neuen Namen vor allem die amerikanische Jugend heranziehen.

*

Auf welch schwachen Füßen die deutschsprachige Presse in USA. steht, läßt sich an einem kleinen Beispiel ganz klar aufzeigen. Die seit 69 Jahren erscheinende „Troy Freie Presse", ein Wochenblatt von acht Seiten Umfang, ist in ihrer Existenz gefährdet, weil ihr deutscher Schriftsetzer in den Ruhestand getreten ist. Dieser Schriftsetzer stammte noch aus der alten Schule und hatte die Zeitung bisher mit der Hand gesetzt. Nun muß die Zeitung an die Anschaffung einer Setzmaschine denken, für die ihr jedoch die Mittel fehlen. Gelingt es nicht, das Geld hierfür aufzubringen, wird die Zeitung ihr Erscheinen einstellen müssen.

Um ein Haar hätte auch das Deutschtum der Stadt Detroit und damit des ganzen Staates Michigan seine einzige deutschsprachige Tageszeitung verloren. Nachdem Mitte November ein Feuer im Gebäude der „Detroiter Abendpost" ausgebrochen war, das einen beträchtlichen Sachschaden anrichtete, mußte kurz darauf der Inhaber der Zeitung seinen Bankrott anmelden, was unbedingt das Eingehen der Zeitung nach sich gezogen hätte, wären nicht im letzten Augenblick einige führende Männer des dortigen Deutschtums eingesprungen und hätten die seit 1854 bestehende Zeitung gerettet.

*

Im Verlauf einer Tagung des „Vereins deutscher Lehrer von New York und Umgegend" wurde von Professor Harry A. Pochmann (Universität Wisconsin) Mitteilung von der beabsichtigten Gründung eines „Deutsch-amerikanischen Instituts" durch die Carl Schurz Memorial Foundation gemacht. Das Institut soll sich planmäßig und unter wissenschaftlicher Leitung der Erforschung und Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern widmen.

Ferner kündigte die Staatsuniversität von Pennsylvanien an, daß sie beabsichtige, die „German-American Annals", eine der Erforschung des Deutschtums in USA. gewidmete Monatsschrift, die vor zwanzig Jahren ein spätes Opfer des Krieges wurde, wieder ins Leben zu rufen. Diese Ankündigung ist insofern mit Vorsicht aufzunehmen, da es durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegt, daß diese an und für sich außerordentlich wichtige Kulturarbeit Personen in die Hände gelegt wird, denen das Deutsche Reich vor nicht allzulanger Zeit das Bürgerrecht aberkannt hat.

Kanada

„Deutsche Zeitung für Canada" nimmt Stellung zur deutschfeindlichen Hetzpropaganda — Von der Arbeit des „Deutschen Bundes"

Auch über Kanada hat sich um die Jahreswende eine wahre Schlammflut deutschfeindlicher Hetze ergossen, die sich ganz besonders stark gegen die „Deutsche Zeitung für Canada", dieses tapfere volksdeutsche Kampforgan, richtet. Von nahezu der gesamten englisch-kanadischen Presse als ein „Nazi-Blatt" denunziert, das den Rassenkampf predige und die Nationalitäten gegeneinander hetze, ist der Druck der öffentlichen Meinung so stark geworden, daß sich die kanadische Regierung zu einer Untersuchung der Zeitung und ihrer Geldquellen entschlossen hat.

Die „Deutsche Zeitung für Canada" hat sich indessen in ihrer Haltung nicht im geringsten von dieser Hetze beeinflussen lassen, ja sie macht sich zum Sprecher

des gesamten Deutschtums in Kanada, wenn sie in ihrer Ausgabe vom 18. Januar folgendes feststellt:

„Gegen diese Vergiftung der kanadischen öffentlichen Meinung werden wir mit unverminderter Kampfkraft weiterhin auftreten, weil wir

1. **dadurch unsere Pflicht gegenüber den Kanadadeutschen erfüllen, die ohne die Führung und den Abwehrkampf der Zeitung allen Lügen, Verleumdungen und Gehässigkeiten schutzlos ausgesetzt wären, weil wir**
2. **es als erste kanadische Bürgerpflicht betrachten, einer schädlichen Hetze entgegenzutreten, die das gut nachbarliche Zusammenleben zwischen den deutschsprechenden und nicht deutschsprechenden Kanadiern in bedenklicher Weise stört und den inneren Frieden Kanadas gefährdet.**

Wie verwerflich und gemeingefährlich sich die Hetze auswirken kann, dafür haben wir untrügliche Beweise in Händen. Briefe deutscher Volksgenossen auf Farmen, in Städten und in einsamen Buschheimstätten bestätigen uns immer und immer wieder, wie sich die Kluft zwischen Englisch-Kanadiern und Deutsch-Kanadiern unter dem Einfluß der deutschfeindlichen Lügenpropaganda fortwährend erweitert.

Welch verheerende Wirkung der fortschreitende Vergiftungsprozeß ausübt, haben die Herausgeber der Deutschen Zeitung für Canada in den letzten Tagen wieder einmal selbst erfahren müssen. Für die Aufreizung einer uns feindseligen und sogar bedrohlichen Stimmung klagen wir hiermit öffentlich jene an, die sich in törichter Verblendung und aus übler Sensationsgier als die Anstifter erwiesen haben.

Es ist ungemein einfältig, uns ‚Nazi-Propaganda' nachsagen zu wollen. Aber wir Menschen von deutscher Abstammung in Kanada, wir kanadischen Bürger sind es, die unter der andauernden Hetze unmittelbar zu leiden haben. Deutsch-kanadische Arbeiter, kaufmännische Angestellte und Geschäftsleute gehören zu den Leidtragenden des Boykottunfugs. Deutsch-kanadische Farmer bekommen von Nachbarn, denen durch den unablässigen deutschfeindlichen Rummel die Köpfe verdreht sind, die unglaublichsten Dinge und Beleidigungen aller Art zu hören.

Wir kennen die verlogenen Phrasen der deutschfeindlichen Propaganda nur zu genau. Die Propaganda richtet sich — so möchte man uns gern einreden — nicht gegen das deutsche Volk, nicht gegen das ‚Volk der Dichter und Denker', auch nicht gegen den einzelnen deutschstämmigen Menschen, sondern nur gegen den ‚Nazismus'. Oh, die Deutschen seien gute kanadische Bürger heißt es weiter, und sie könnten wertvolle Charaktereigenschaften und Kulturgüter zum Aufbau Kanadas beitragen. Nein, gegen diese Deutsch-Kanadier habe man bestimmt nichts einzuwenden. Sie sollen nur brav und fleißig weiterhin große Strecken Landes urbar machen und bewirtschaften — dazu könne man sie schon brauchen — sollen ruhig zusehen, wie ihre Kinder und Kindeskinder die deutsche Muttersprache vergessen und in einem Völkerbrei aufgehen, sollen sich in Wahlzeiten von irgendwelchen Parteikandidaten Honig um den Mund streichen und väterlich wohlwollend auf die Schulter klopfen lassen, aber sich beileibe nicht einfallen lassen, eine eigene Meinung zu haben."

Die „Deutsche Zeitung für Canada" hat mit der Skizzierung der typisch angelsächsischen Einstellung dem Deutschen gegenüber den Nagel auf den Kopf getroffen. So war es früher und nicht nur in Kanada, sondern in ganz Nordamerika. Solange der Deutsche nur schuftete und die Politik und Meinungs-

bildung den anderen überließ, war er „all right"; nun er sich auf sich selbst und sein Volkstum besinnt, nun er sich zur Abwehr der niederträchtigen Verleumdung seiner Heimat zusammenschließt, stellt er eine Gefahr dar, müssen „nazistische Umtriebe" am Werke sein.

Indessen hat auch in Kanada wie in USA. die Front der völkisch eingestellten Nachkriegs-Einwanderer, die hier im „Deutschen Bund, Canada" zusammengeschlossen ist, sich durchzusetzen vermocht. Der „Deutsche Bund" hat im letzten Jahre in mehreren Provinzen seine Mitgliederzahl verdoppeln können und mit den übrigen Verbänden eine Arbeitsgemeinschaft aufgenommen, die zu der Hoffnung berechtigt, daß auch hier wie in anderen Teilen der Welt der Deutsche seinen Mann steht.

Brasilien

Nationalisierung oder Entvolkung? — Die Frucht der nordamerikanischen „Panamerika"-Propaganda — Die Nationalisierungsmaßnahmen der brasilianischen Regierung und ihre Auswirkung auf das Deutschtum — Deutschbrasilianische Verlustbilanz

Wenn man rückschauend das Trümmerfeld überblickt, das der sogenannte „Nationalisierungsfeldzug" in Brasilien bei seinem blinden Vernichtungswillen gegen jegliche nichtlusitanische Lebens- und Kulturäußerung hinterlassen hat, und wenn man zusehen muß, wie immer noch weiter zerschlagen und zertrümmert wird, was unter schweren Opfern von der deutschbrasilianischen Volksgruppe in mehr als hundert Jahren aufgebaut wurde, dann kann man sich eines lauten Einspruchs gegen solche Methoden der Volksvernichtung nicht erwehren.

Das Deutschtum Brasiliens hat sich im Verlauf seiner hundertjährigen Geschichte stets und auch heute klar und unzweideutig zur brasilianischen Nation bekannt, ohne jedoch darin einen Gegensatz zu seinem volksdeutschen Bekenntnis zu erblicken; gilt doch in Brasilien, wie überall in der neuen Welt, nicht der europäische Nationalbegriff, sondern heißt doch Nation hier nichts anderes als die Gemeinschaft aller aufbauwilligen Kräfte, denen Brasilien Heimat ist und für die ihr höchstes Gut einzusetzen sie letzthin bereit sind. Eine Nation zu sein, bedeutet aber in der neuen Welt nicht, einem ganz bestimmten Volkstum — sei es einem schon bestehenden oder einem neu zu schaffenden — anzugehören. Man kann in Brasilien nicht Nation gleich Volk setzen oder den Begriff Nation mit einer bestimmten Volkszugehörigkeit verquicken, denn die brasilianische Wirklichkeit zeigt uns, daß es zehn und mehr nationale Brasilianer gibt, die alle einem anderen Volkstum angehören. Ist doch Brasilien ein Einwandererland, in das jeder Einwanderer sein ihm angeborenes Volkstum mitgebracht hat. Wenn aber trotzdem eine Nation sich bilden konnte, ist es ein Trugschluß, heute als das einzig wahre nationale Brasilianertum das lusitanische anzunehmen und von allen anderen Volksgruppen die Aufgabe ihrer völkischen Eigenart zu fordern; denn auch die Portugiesen waren Einwanderer, und wenn sie das Glück hatten Brasilien zu entdecken, haben sie damit noch kein göttliches oder irdisches Recht, den andersvölkischen Einwanderern ihr Volkstum zu nehmen, zumal es doch nicht abgestritten werden kann, daß Brasilien seinen Aufschwung in erster Linie diesen letzteren zu verdanken hat. Allein die nüchternen Zahlen und Leistungsstatistiken der Siedlungsgebiete, die sich völkisch rein erhalten haben, können dafür den Beweis erbringen.

Wenn wir auf dieser Grundlage die Vorgänge in Brasilien betrachten, die unter dem Schlagwort „Nationalisierung des brasilianischen Lebens" jegliche völkische Regung, die nicht lusitanisch ist, im Keim zu ersticken beabsichtigt und alle schon geleistete völkische Arbeit vernichtet, so müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß wir es nicht mit einem Nationalisierungsprogramm, sondern mit einer zielbewußten Entvolkung zu tun haben!

Denn Entvolkung ist es, wenn lusitanische Lehrerinnen deutschbrasilianische Kinder vor ihren Kameraden öffentlich beschimpfen, nur weil diese Kinder blonde Haare und blaue Augen haben, wenn es als unpatriotisch gilt, daß deutsche Kinder deutsche Volkslieder singen! Entvolkung ist ferner das Zerschlagen des deutschbrasilianischen Schul- und Vereinswesens; die Forderung, daß die deutschen Pfarrer den deutschbrasilianischen Gemeinden portugiesisch predigen sollen; das Verbot der deutschen Sprache in einigen deutschbrasilianischen Siedlungsgebieten und was an weiteren Beispielen noch anzufügen wäre.

Dieser Entvolkungsfeldzug der brasilianischen Regierung gegen die deutsche Volksgruppe, der sich, wenn auch weniger kraß, ebenfalls gegen die italienische, polnische und japanische Volksgruppe in Brasilien richtet, ist direkt und indirekt die Frucht der von USA. ausgehenden Panamerika-Propaganda, der Brasilien verfallen ist. Brasilien fühlt sich heute als Glied der panamerikanischen Kette, die durch ihre Monroedoktrin die Probleme Europas von den Gestaden der neuen Welt fernhalten will. Deshalb lehnt es sich lieber an seine panamerikanischen Nachbarn an, auch wenn dies den eigenen Interessen zuwiderläuft, um den jahrhundertealten Traum der Eigenständigkeit und Souveränität gegen den vermeintlichen europäischen Imperialismus und Expansionismus zu erfüllen. Genau so ist Brasilien der von USA. ausgegebenen Parole der guten Nachbarschaft, des Kampfes für die Humanität und den Frieden, für Kultur und Zivilisation auf den Leim gegangen, in der Aufteilung der Welt in demokratische und autoritäre Staaten und schließlich auch dem Bemühen des in USA. zentralisierten Weltjudentums, eine gemeinsame Front gegen den „Faschismus" aufzustellen. Es ist bezeichnend für den Zusammenhang zwischen dieser „panamerikanischen" Politik und den sogenannten „Nationalisierungsmaßnahmen" in Südamerika, daß diese sich nicht auf Brasilien allein beschränken, sondern, wenn auch in bedeutend gemilderter Form, in Argentinien und Chile zu beobachten sind. In allen drei Ländern wurden und werden die eingewanderten Deutschen, Italiener, Polen und Japaner gewissermaßen als Enklave ihrer Heimatländer betrachtet, die einst für sich das Recht der „Minderheiten" in Anspruch nehmen und dadurch eine Gefährdung des Staates bedeuten könnten. Daß diese Gedankengänge von den in Südamerika wieder sehr rührigen Kommunisten und von den jüdischen Emigranten mit allen Mitteln gefördert werden, versteht sich von selbst.

Einen willkommenen Anlaß für die Aktionen dieser Hetzkreise bot die Sudetenfrage, wo man wieder erneut gegen den „imperialistischen Expansionismus" der totalitären Staaten den Schrei der „Deutschen Gefahr" im Süden Brasiliens ausstoßen konnte. Diese dunklen Kräfte versuchten die Kriegsnotwendigkeit als historischen Atavismus Europas hinzustellen, dem man die Friedenspolitik des amerikanischen Kontinents gegenüberstellte. Ebenso wurde das etatistische und formalrechtliche Denken des Brasilianers geschickt ausgenutzt, um mit dem Pochen auf das internationale Recht das völkische Ordnungsprinzip zu boykottieren. Dabei wurde der alte Trick in erhöhtem Maße angewandt, das völkische Ordnungsprinzip als imperialistischen Expansionis-

mus darzustellen, indem man bewußt den Schluß zog, daß die völkische Zusammengehörigkeit in der Idee des Nationalsozialismus auch den staatlichen Hoheitsanspruch in sich begreife, Hitler nun also, nachdem er in Europa keine territorialen Forderungen mehr habe, nach einem „antarktischen Deutschland" in Südamerika greifen würde. Indem man somit nach der alten Methode die europäische Krise als ideologischen Konflikt zwischen Demokratie und totalitären Staaten darstellte, versuchte man dadurch das demokratische Gewissen Brasiliens gegen den imperialistischen Expansionismus einzunehmen und zog daraus die Schlüsse: Schutz der europäischen Kultur durch den amerikanischen Kontinent! Unterdrückung der „brasilianischen Minderheiten"! Aufrüstung gegen den Expansionismus der totalitären Staaten!

Dabei ist in Brasilien bekanntlich jegliche Betätigung für eine ausländische Partei oder Organisation verboten, es kann also auch von einer Beeinflussung des Brasilianertums durch eine fremde Macht keine Rede sein, lediglich die kommunistische Wühlarbeit dauert in nationalistischer Tarnung nach wie vor an. Trotzdem aber sieht man in den Ausländern Exponenten ihres Ursprungslandes, gegen dessen politischen wie ideologischen „Imperialismus" man sich als souveräner Staat wehren müsse, und hat in diesem Sinne die brasilianische Ausländer-, Einwanderungs- und Schulgesetzgebung einer radikalen Änderung unterzogen. So hat die brasilianische Regierung sich das Recht vorbehalten, aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen die Einwanderung von Angehörigen bestimmter Rassen und Nationalitäten zu beschränken oder aufzuheben. Ein neues Quotensystem soll das weitere rapide Anwachsen einzelner Volksgruppen verhindern, auch soll die Zusammenballung und Bildung von „Minderheiten" durch gemischte Kolonisation vermieden werden. Wichtig sind weiterhin die Bestimmungen über die Konzentration und Assimilation der Einwanderer: Konzentration von Einwanderern einer einzigen Nationalität ist verboten, ebenso kann der Einwanderungsrat die Abgabe von Grundstücken an Ausländer in bestimmten Gegenden verhindern, wenn sie den brasilianischen Interessen entgegengesetzt sind. Jedes Koloniezentrum muß eine Mindestzahl von 30 % Brasilianern aufrecht erhalten und eine Höchstzahl von 25 % Ausländer derselben Nationalität ist zugelassen. Im Fall des Mangels an Brasilianern kann der Rat dieses Minimum durch Ausländer, vorzüglich Portugiesen, ergänzen.

Die einschneidendsten Wirkungen jedoch kommen den Bestimmungen über die Schulen in den Einwanderungszentren zu, weil damit die verfassungswidrige Einzelinitiative der Staaten durch die sogenannte „Nationalisierung" durch Bundesgesetz legalisiert wird: Alle Schulen in den Koloniezentren müssen von geborenen Brasilianern geleitet werden. In sämtlichen ländlichen Schulen Brasiliens wird der Unterricht in allen Fächern in portugiesischer Sprache erteilt. Auf diesen Schulen darf Minderjährigen bis zu 14 Jahren keine ausländische (nichtportugiesische) Sprache gelehrt werden. Lehrbücher in portugiesischer Sprache, Geschichte und Geographie Brasiliens in portugiesischer Sprache sind obligatorisch. Keine Kolonie oder Mittelpunkt der Gemeinschaft darf eine ausländische (nichtportugiesische) Bezeichnung führen. In den Landzonen Brasiliens ist die Veröffentlichung von Büchern, Zeitschriften oder Zeitungen in ausländischer (nichtportugiesischer) Sprache ohne Genehmigung des Einwanderungsrates verboten.

Mit diesen Bestimmungen greift die Ausländergesetzgebung auf die Brasi-

lianer deutschen Blutes über, indem sie ihnen ihre angestammte arteigene Kultur nimmt.

Man hat folgerichtig fünf Stützen des Volkstums erkannt: Das Heim, den Kindergarten, die Schule, den Verein und die Kirche. Während man der ersten noch machtlos gegenübersteht, sind die weiteren drei fast gestürzt und die vierte wird versucht, anzugreifen. Durch das „Comité Federal de Nacionalifação", die „Liga de Defeza Nacional" u. a. und die Schulgesetze der einzelnen Staaten wurde in geschickter Taktik durch verfassungswidrige einzelstaatliche Initiative, gestützt auf Offiziere des Heeres die „Nationalisierung" vorgetastet. Und als das staatstreue Element des Deutschbrasilianertums und die anderen Volkstümer sich nicht wehrten, war die Zeit gekommen, durch die Übernahme der Aktion durch die Polizei und die Innenstaatssekretariate und durch das oben genannte allgemeine Bundesgesetz das Vorgehen zu legalisieren und zu einer Aktion des Bundes zu machen.

Im letzten Halbjahr wurde die „Nationalisierung" rücksichtslos durchgeführt, besonders in den Staaten St. Catharina und Paraná, während Rio Grande do Sul durch die vornehme Haltung seines Bundesinterventors Coronel Cordeiro de Farias eine mäßigere Richtung einschlug. Bekanntlich zeichneten sich auch die Schulgesetze von St. Catharina und Paraná durch ihren blinden Nativismus vor dem Rio Grande do Suls aus, das noch den Unterricht in einer nichtportugiesischen Sprache und Unterstützungen von brasilianischen nichtlusitanischen Verbänden erlaubte. Auf das neue Bundesgesetz hin teilte der Unterrichtsstaatssekretär Rio Grande do Suls mit, daß keine Veranlassung bestehe, das riograndenser Schulgesetz umzuändern. Sämtliche Schulen in Rio Grande do Sul durften mit Einschränkungen weiter unterrichten, wenn sie sich registrieren ließen, was wohl nicht zuletzt auch dem tatkräftigen Einsatz der Verbände und Konfessionen zu danken ist. Fast 3000 Privatschulen wurden registriert, allein sieben italienische Schulen geschlossen, die sich nicht registrieren ließen. In Santa Catharina hingegen und Paraná wurden die Schulen reihenweise geschlossen und neue Staatsschulen errichtet. 79 Privatschulen in Santa Catharina haben bis Ende des Jahres zum festgesetzten Termin ihre Registrierung beantragt (es gab aber bisher dort allein 350 deutsche Privatschulen). 1936 hatte Santa Catharina 610 Privatschulen mit 25 200 Schülern. Ein kleiner Teil der restlichen 531 Schulen dürfte in Munizipalschulen umgewandelt worden sein, während die übrigen wohl geschlossen bleiben. Für Paraná liegen noch keine Zahlen vor. In Espirto Santo wurden im ersten Halbjahr 1938 insgesamt 228 neue Staatsschulen ins Leben gerufen, so daß jetzt 1468 Staatsschulen existieren, die von 64 000 Kindern besucht werden. Der Staat Rio Grande do Sul allein stellte 20 000 000 $ für Schulneubauten zur Verfügung mit einer weiteren Unterstützung von 700 000 $ Bundesbeihilfe. Die seit 1932 bestehende „Cruzada-Nacional de Educação" unter ihrem Präsidenten Gustavo Armbrust hat in den sechs Jahren bis heute 2400 Schulen ins Leben gerufen; am 13. Mai, dem Sklavenbefreiungstag, wurden allein über 1000 neue Staatsschulen von ihr errichtet, 500 davon allein in Santa Catharina.

Dies zeigt, daß der Staat mit allen Kräften bemüht ist, die Alphabetisierung in die Hand zu nehmen. Während man in Rio Grande do Sul die Schulen „nationalisieren" und nicht schließen will, zerschlägt man in den nördlicheren Staaten in blindem Nativismus ein blühendes Schulwesen, während Brasilien mit seinen 75 Prozent Analphabeten nur noch von China, Indien und

Ägypten übertroffen wird. Welch einen ungeheuren nicht zu übertreffenden Beitrag die deutschen und deutschbrasilianischen Schulen durch ihre freiwillige und für den Staat kostenlose Organisation geleistet haben, geht daraus hervor, daß in São Paulo, dem weitentwickeltsten Staat Brasiliens noch zwei Drittel der schulpflichtigen Kinder, das sind etwa 650 000, ohne Schulunterricht sind, während bereits seit einigen Jahren, abgesehen von einigen Hauptstädten, es acht von Deutschstämmigen bewohnte Munizipien im Süden sind, die hinsichtlich der Schülereinschreibungen und Besucherzahl an der Spitze des Volksschulunterrichtes stehen: São Leopoldo, Estrella, Montenegro, Joinville, Santa Cruz, Lageado, S. Sebastião do Cahy und Blumenau.

Am stärksten wurden daher auch die deutschen und deutschbrasilianischen Schulen, Vereine und Kirchen von diesen Maßnahmen betroffen. Während man auf der einen Seite die deutschen Verdienste anerkennt, indem man den 29. Juni als Gründungsfeiertag von Petropolis erklärt und in São Leopoldo den 25. Juli als städtischen Feiertag, beseitigt man auf der anderen Seite alles, was an deutsche Aufbauarbeit erinnern könnte. So wurde z. B. der 25. Juli, der in Rio Grande do Sul und Santa Catharina bereits zum Staatsfeiertag erhoben worden und 1936 sogar schon in der Bundeskammer in erster Lesung als Nationalfeiertag angenommen worden war, stillschweigend durch andere Gesetze abgeschafft. Trotzdem feierte das Deutschbrasilianertum seinen „Unser Tag" im Gedenken an seine deutschen Vorfahren und die nicht zu überbietenden Leistungen des deutschblütigen Elements am Aufbau seiner brasilianischen Nation. Das Sekretariat des Innern von St. Catharina ging sogar so weit, einen Registrierungsantrag einer Schule auf den Namen „25. Juli" abzulehnen, weil das eine „ausländische" Bezeichnung sei.

Besonders ging man gegen die Kindergärten vor. So wurden in Blumenau die vier Kindergärten endgültig geschlossen und sämtliches Lehrmaterial beschlagnahmt und in São Paulo, Paraná und St. Catharina ganze Reihen von Kindergärten neu eröffnet.

Das Gebiet der Schule dagegen ist das Zentrum der „Nationalisierung", weil man durch sie die Bildung von „rassischen Unruheherden" vermeiden will. Dazu wurde das Schulvereinsgesetz von Santa Catharina erlassen, große Aufwendungen für staatliche Schulneubauten von den Staaten wie vom Bund aufgebracht, überraschende Inspektionsreisen der Unterrichtssekretäre in Rio Grande do Sul unternommen, in St. Catharina bestimmt, daß Schulen auch von Kirchen unabhängig sein müssen, daß in manchen Gegenden nur portugiesisch gepredigt werden dürfe und durch Bundesgesetz der Schulunterricht nach dem Abkommen der Panamerikanischen Friedenskonferenz pazifistisch orientiert. Die Jugendbewegungen wurden entweder aufgelöst oder den staatlichen „Escoteiros" (Pfadfinder) unterstellt, mit Ausnahme Rio Grande do Suls.

Aber erst recht ging man gegen die Vereine an. So wurden in St. Catharina sämtliche Präsidenten der Vereine, die sich nicht „nationalisiert" hatten, von einem der Hauptführer dieser Kampagne, General Meira de Vasconcellos, durch Offiziere ersetzt. General Meira ist jetzt zum Kommandanten der 1. Militärregion Rio de Janeiro befördert worden und trägt sich mit dem Gedanken einer „Associação Civico-Popular", die die Ideen und Ziele eines Groß-Brasilien des Neuen Staates gegen fremde Ideologien propagieren soll. Selbst vor den Grabsteinen machte dieser völkische Haß nicht halt: In St. Catharina wurden in einem Munizip alle nichtportugiesischen Inschriften besei-

tigt, selbst die lateinischen. Ebenso wurden eine Zeitlang sämtliche nicht portugiesischsprachigen Zeitungen verboten, die jetzt ihren Druck wieder aufgenommen haben. Auch das Theaterwesen beabsichtigt man zu nationalisieren, indem nichtportugiesischsprachige Stücke, auch Opern, eingeschränkt werden und nur geborene Brasilianer Theater leiten dürfen. Auch die Nationalisierung der Flugzeugbesatzungen wird durchgeführt. In den Koloniegebieten beginnt man sich für die Feststellung der völkischen Mischehen zu interessieren und den alten Traum einer „brasilianischen" Sprache versucht man durch eine neue amtliche Orthographie zu erfüllen, die bis auf einen amtlichen Verweis nicht einmal vor den Eigennamen — besonders den nichtportugiesischen — halt machte. Auch die Vereinsversammlungen in Rio Grande do Sul dürfen nur nach vorheriger Registrierung stattfinden.

Auch die anderen Volkstümer wurden hart betroffen. Die Italiener hauptsächlich in Rio Grande do Sul durch die Schließung ihrer sieben Schulen und in São Paulo, Paraná und St. Catharina.

Die Japaner wurden besonders in São Paulo in Mitleidenschaft gezogen, wo 269 japanische Lehrer 1573 brasilianischen gegenüberstehen, ebenso durch das Verbot in Matto Grosso und Rio de Janeiro.

Die fast 300 000 zählenden Polen und Polobrasilianer verloren die meisten ihrer Organisationen. So löste sich der „Verband der Polobrasilianer", die „See- und Kolonial-Liga", der „Polnische Lehrerverband" im Zug der „Nationalisierung" auf und die Pfadfinderorganisation mit ihren 2500 Mitgliedern wurde der brasilianischen Pfadfinderschaft eingegliedert. Nicht alle nahmen diese Maßnahmen regungslos hin. In Lagoas, Paraná, zündeten die Polen einfach ein Schulhaus an, als es ihnen genommen werden sollte, und der ehemalige polnische Gesandte in Brasilien, Thaddäus Grabowsky, gab seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß die polnischen Auswanderer andere Länder bevorzugen würden, wenn Brasilien bei dem gegenwärtigen Kurs verbleibe.

In den Kreisen des Deutschbrasilianertums fehlte es nicht an aufrechten Männern, die die Rechte ihres Volkstums vertraten. Wie Markus Konder damals mannhaft auftrat, so stand der Hauptmann des brasilianischen Heeres, Heinrich Oskar Wiederspahn, für die Rechte der Deutschbrasilianer ein. Er wurde verhaftet. Weiter melden die Zeitungen, daß Friedrich Kopp, der Sekretär der „Federacão 25. Julho" in Rio de Janeiro verhaftet worden sei und im Gefängnis Selbstmord begangen habe und daß Direktor Franzmeyer vom Evangelischen Lehrerseminar in Rio Grande do Sul seines Amtes enthoben wurde. Die Kirchen beider Konfessionen traten immer und immer wieder ein und auch der Handel scheute sich nicht, klare Worte der Zurückweisung für begangenes Unrecht zu finden.

Aber noch weitere Kreise ziehen diese „Nationalisierungsmaßnahmen": Es beginnt die Rückwanderung. Immer und immer wieder melden die Zeitungen Rückwanderer aller Nationalitäten oder Auswanderung in andere südamerikanische Staaten. So wurde z. B. allein die Rückwanderung in Santa Catharina von November 1937 bis August 1938 auf 491 Rückwanderer gegenüber 563 Personen festgestellt, in der Hauptsache Bauern, Handwerker, Techniker und Kaufleute. Das sind gewiß bescheidene Zahlen, aber dazu ist zu bemerken, daß St. Catharina bis dahin überhaupt keine Rückwanderung aufzuzeigen hatte. Hinzu kommt, daß die Gesamteinwanderung Brasiliens in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist (12 700 im Jahre 1936 gegenüber

50 000 im Jahre 1934), so daß ein ernstes Problem für Brasilien durch die Abwanderung überaus tüchtiger Kräfte entsteht.

So erweisen sich die „Nationalisierungsmaßnahmen" als wirksames Mittel der panamerikanischen und internationalen Politik. USA. versucht mit seinem schleichenden Dollarimperialismus die nationalen Regungen eines erwachten Staates zu drosseln. Dazu scheut es keine Mittel. Durch geschickte Verdrehung lenkt es das Nationalgefühl der „Beschützten" auf den „expansionistischen Imperialismus" der totalitären Staaten, unterstützt durch jüdische und kommunistische Hetzkreise der Presse und Finanz, sowohl in USA. wie in Argentinien, Brasilien und Chile. So werden die aufrichtigen Gefühle lusobrasilianischer vaterlandsliebender Nationalisten gegen die eigenen Mitbürger innerhalb der eigenen Nation ausgespielt, die nicht merken, wie gewisse dunkle Kräfte sie in eine Xenophobie hineinsteigern wollen nach der alten Methode: Der Friede kann nur durch die Revolution erhalten bleiben. Es fehlt aber auch nicht an einsichtigen Nationalisten, die gerade in letzter Zeit die unweigerlichen Verdienste der noch nie anders als national gewesenen Deutschbrasilianer und ihr Brasilianersein anerkennen und es nicht verheimlichen, daß man in manchen Gegenden mit der „Nationalisierung" zu weit gegangen ist. An ihnen liegt der Aufbau eines wahren Brasilien.

Argentinien

Beschränkung der deutschen Schulrechte — Deutsche Gemeinschaftsleistungen — Eine deutsche Siedlung wird zur Stadt

Ein neues Werk deutschen Gemeinschaftsgeistes wurde vollendet und am 2. Oktober eingeweiht: das Ferienheim des Deutschen Krankenvereins von Buenos Aires in Rumipal (Provinz Cordoba). Das Heim steht auf einem 6 Hektar großen Gelände in schönster landschaftlicher Umgebung in einer der gesündesten Gegenden Argentiniens, 700 Meter über dem Meeresspiegel, am Ufer des fischreichen Stausees Dique Rio Tercero. Im Hintergrund erhebt sich die Sierra Grande mit den drei Gipfeln des Champaquis.

Auch die Inneneinrichtung des Heimes ist bis in alle Einzelheiten fertiggestellt. Das Werk, das dank des Opfergeistes und Zusammenhaltens aller Deutschen in Buenos Aires alle entgegenstehenden Schwierigkeiten überwinden konnte, ist ein sichtbarer Beweis dafür, daß unter den Deutschen am La Plata eine wirkliche Volksgemeinschaft besteht. —

„Villa Calamuchita." Die Siedlung „El Sauce" — gegründet von mutigen deutschen Siedler-Pionieren und bevölkert zu einer Zeit, als das schöne Calamuchita-Tal in den Córdobabergen noch ein vergessener Dornröschenwinkel war, mit einem halsbrecherischen Zufahrtsweg aus der guten, alten Ochsenkarrenzeit — liegt heute, dank einer großzügigen Wegebautätigkeit der Regierung, an einer ebenso guten wie landschaftlich schönen Touristenstraße und entwickelt sich rasch zu einem starken, deutschen Kultur- und Siedlungsmittelpunkt. Tausende von Obst- und Schattenbäumen sind in den letzten Monaten wieder hinzugepflanzt worden, neue schmucke Hausbauten sind entstanden. Nun soll die Siedlung planmäßig nach modernsten Gesichtspunkten erweitert und zur Munizipalitäts- (Amts-) Stadt erhoben werden. Da der bisherige nichtssagende Name „El Sauce" (= die Weide) zu Verwechslungen

mit anderen gleichlautenden Siedlungen Anlaß bot, wurde auf einer stark besuchten Versammlung der ortsansässigen deutschen Volksgenossen beschlossen, sie „Villa Calamuchita" zu taufen. Das deutsche Städtchen liegt am Fuße der Sierra Chica (Provinz Córdoba) und bietet herrliche Ausflüge in die Umgebung. —

In Posadas (Misiones) starb am 18. September im Alter von 85 Jahren der ehemalige deutsche Vizekonsul Theodor Kopf. Er war einer der ältesten in Misiones ansässigen Deutschen. Vor mehr als 65 Jahren kam er von Deutschland nach Argentinien und hat seitdem fast ausschließlich in Misiones gelebt, davon mehrere Jahrzehnte lang in Posadas. Von 1912—1926 versah er ehrenamtlich das deutsche Vizekonsulat in Poladas und hatte Gelegenheit, während der Kriegs- und Nachkriegszeit sehr viel Gutes für seine deutschen Volksgenossen zu tun. Dafür wurde er von der deutschen Regierung mit dem Zivilverdienstabzeichen ausgezeichnet. —

Am 15. September feierte der große, in ganz Argentinien und weit darüber hinaus bekannte Vortragskünstler und Rezitator Theodor Burgarth sein 50jähriges Bühnenjubiläum durch einen Vortragsabend von ganz eigenartiger Gestaltung. Er stellte seiner Zuhörerschaft sieben große Dramen der Weltliteratur zur Auswahl, von denen er dann das ausgewählte wortwörtlich, vollständig, frei aus dem Gedächtnis vortrug; eine staunenswerte Gedächtnisleistung, wenn man bedenkt, daß Burgarth nunmehr 75 Jahre alt ist. —

An der diesjährigen Hindenburg-Gedächtnisstaffel beteiligte sich der La-Plata-Gau des Reichsbundes für Leibesübungen mit 175 Teilnehmern (1937: 160). Die Laufstrecke betrug 5 Kilometer und führte von Anchorena bis Vicente Lopez. Dieser Staffellauf war ein großes sportliches Ereignis für Buenos Aires. —

Auf einer vom Nationalrat für Erziehung (Consejo Nacional de Educación) abgehaltenen Sitzung wurden neue Bestimmungen für die im Bereich der Republik bestehenden ausländischen Privatschulen erlassen. Da diese auch für unsere über 200 deutschen Schulen in Argentinien von einschneidender Bedeutung sind, sollen hier die wichtigsten dieser Bestimmungen bekanntgegeben werden.

Auf allen ausländischen Privatschulen muß von jetzt ab die Landesflagge (blau-weiß-blau) wehen. In den Schulräumen müssen Karten von Argentinien und Bildnisse der argentinischen Nationalhelden aufgehängt werden.

Im Sprachunterricht sind Gegenstände aus der argentinischen Geschichte und Erdkunde zu verwenden. Desgleichen ist den Schülern die Bedeutung der argentinischen Hoheitszeichen und der Wortlaut der Nationalhymne zu erläutern. Auch muß den Kindern das Vorwort und der Inhalt des ersten Teiles der argentinischen Verfassung verständlich gemacht werden.

In den ausländischen Privatschulen ist jede offene oder geheime Propaganda für politische und rassische Gedankengänge verboten. Auch Gewohnheiten und Überzeugungen, die im Gegensatz zur Verfassung und den Gesetzen Argentiniens stehen, dürfen den Kindern nicht beigebracht werden. Abzeichen, Grußformen, patriotische Veranstaltungen ausländischen Charakters, das Anbringen von Bildnissen ausländischer Staatsmänner ist demnach verboten.

Sehr streng sind auch die Bestimmungen über die Meldepflicht der einzelnen Schulvorsteher gegenüber den argentinischen Schulbehörden, um zu verhindern, daß ein schulpflichtiges Kind dem Schulzwang entzogen werde. Den Behörden ist alljährlich eine alphabetisch geordnete Liste der Schüler von der 1. bis zur

6. Klasse einzureichen, damit diese dann von der offiziellen Prüfungskommission geprüft werden können.

In den Morgenstunden ist der Unterricht dem offiziellen Programm der argentinischen Schulbehörden anzugleichen. Den eigentlichen argentinischen Unterricht in den Klassen 1 bis 6 dürfen lediglich geborene oder naturalisierte Argentinier erteilen.

Sämtliche argentinische Nationalfeiern müssen in genauer Befolgung der Bestimmungen des Nationalrates für Erziehung begangen werden.

Obwohl diese Bestimmungen nicht so radikal sind wie die der brasilianischen Nationalisierungsbehörden, so ist doch klar daraus ersichtlich, daß aus ihnen namentlich auch den kleineren und ärmeren deutschen Vereinsschulen in der Provinz erhebliche Schwierigkeiten erwachsen. Das Untersuchungsergebnis der Provinzbehörden (Pampa, Buenos Aires, Misiones) fiel zwar durchaus zugunsten der deutschen Privatschulen aus; trotzdem ist aus diesen neuen Bestimmungen ein deutlicher Teilsieg der deutschfeindlichen Pressehetze ersichtlich.

Bt.

Kolumbien

Aus dem Leben der deutschen Kolonie in Bogota

Aus einem Bericht an das DAI.: . . . Eben haben wir die Rede der Reichsfrauenschaftsführerin von Nürnberg gehört, haben mit der gleichen jubelnden Zustimmung ihren Worten gelauscht, wie sie durch den Lautsprecher zu uns drangen; und auch in uns klingt ihr Appell an die Hilfsbereitschaft und den Gemeinschaftssinn jeder einzelnen deutschen Frau, jedes Mädels, nach. Wir auslandsdeutschen Frauen sind dankbar, daß wir uns miteinreihen dürfen in die große deutsche Volksgemeinschaft, gern wollen wir mit unsern bescheidenen Kräften uns einreihen in die Schar der Helferinnen.

Du weißt, daß hier in Bogota eine Ortsgruppe der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Frau im Auslande" besteht, die zwar nicht sehr groß ist, da sie noch in der Entwicklung begriffen ist. Von ihr wurde im vorigen Herbst eine Kleidersammlung veranstaltet, die ein erfreuliches Ergebnis zeigte. Nachdem drei deutsche Familien hinreichend mit Kleidungsstücken versorgt worden waren, konnte noch eine recht große Kiste mit Kleidungsstücken nach Deutschland gesandt werden. Doch auch nach dem Abschicken der Kiste ging die Arbeit lustig weiter, so daß wir im März schon wieder zwei Pakete mit Kindersachen an das Hilfswerk „Mutter und Kind" schicken konnten...

Ebenso wie bei euch wird hier von Oktober bis März gemeinsam Eintopf gegessen, wobei tüchtig gespendet wird. Daneben läuft die Sammlung der freiwilligen monatlichen Spenden und auch dazu geben alle freudig ihr mehr oder minder großes Scherflein. Der größte Teil des Geldes bleibt hier im Lande und dient dazu, bedürftigen Volksgenossen die Heimfahrt nach Deutschland zu ermöglichen. So konnten gerade jetzt für verschiedene Ostmärker die Kosten bezahlt werden...

Im August fand die Vierhundert-Jahrfeier der Stadt Bogota statt. Dazu haben alle Angehörigen fremder Staaten, die innerhalb der Stadt geschlossene Kolonien bilden, der Stadt ein größeres Geschenk gemacht, das entweder Wohlfahrtszwecken oder der Ausschmückung der Stadt galt. Auch die deutsche Kolonie stiftete der Stadt ein schönes Geschenk, und zwar ein Denkmal Alexander von Humboldts. Dieses Denkmal wurde gegenüber dem Botanischen

Institut aufgestellt und bildet den Abschluß gärtnerischer Arbeiten. Am 4. August 1938 fand die Übergabe des Denkmals durch den deutschen Gesandten statt. Trotz des regnerischen Wetters hatten sich viele Deutsche zu diesem feierlichen Akt eingefunden. Der deutsche Gesandte übergab nach kurzen Ausführungen das Denkmal der Obhut der Behörden und ein Vertreter des Oberbürgermeisters pries in längerer Rede die unvergleichlichen Verdienste des großen deutschen Gelehrten.

Auch die alten Bräuche werden nicht vergessen. So feiern wir in Bogota auch die Sonnenwende. Freundlich scheint die Sonne, als wir uns vor der deutschen Schule treffen, um den dort wartenden Autobus zu besteigen. Schnell geht es aus der Stadt hinaus. Inzwischen ist es dunkel geworden. Nach einer kurzen Fahrt wird gehalten und der Marsch zum Berg, wo das Sonnenwendfeuer abgebrannt werden soll, beginnt.

Der deutsche Jugendring marschiert auf, die Mädchen in weißen Blusen, die Jungen im Braunhemd, während wir Älteren als Gäste der Jugend im Halbkreis um den Holzstoß stehen. Das erste Lied klingt auf, dann entzünden vier Jungen den Holzstoß. Erst zaghaft nur, dann immer kräftiger schlagen die Flammen heraus. Spruch und Lied erklingen im Wechsel, bald als Treueschwur für Heimat und Führer, bald zum Gedenken an die Helden des Großen Krieges und der Bewegung. Wir stehen schweigend, den Arm zum Deutschen Gruß erhoben. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP. weiht die neue Fahne des Deutschen Jugendringes. Ergriffen und feuchten Auges lauschen wir seinen Worten. So verbindet uns die Feier fester mit der Heimat, und durch das Ausüben dieses alten Brauches senkt unsre auslandsdeutsche Jugend ihre Wurzeln tief hinein in den Heimatboden und saugt aus ihm neue Kraft.

Afrika

Das südafrikanische Echo auf die deutsche Kolonialforderung — Der Abwehrkampf des Südwest-Deutschtums gegen die antideutsche Hetze.

Die Haltung der südafrikanischen Union zur Befriedigung des deutschen Kolonialanspruches ist im großen und ganzen negativ.

Die Bloemfonteiner Zeitung „Friend" veröffentlichte zwar eine Zuschrift, deren Verfasser erklärte, es werde ein großer Beitrag zum Weltfrieden sein, wenn Südwestafrika an Deutschland zurückgegeben werde, doch steht der „Friend" mit diesem Verständnis für die Vorbedingungen eines Weltfriedens vereinsamt da. Die übrigen südafrikanischen Zeitungen äußern sich durchweg ablehnend. Die von ihnen dabei angeschlagene Tonart wechselt je nach dem politischen Lager, in dem sie stehen.

„Die Burger", das Blatt der nationalen afrikanischen Opposition, macht wohl das „wilde Kampfgekräh" und „Säbelrasseln" der Gegner der deutschen Kolonialforderung lächerlich, erklärt aber anschließend, daß es für die Union „wünschenswert wäre, Südwest zu behalten".

Den gleichen Wunsch hegt der Johannesburger „Sunday Expreß" und erweitert ihn noch zugunsten Englands: „Südwestafrika 5. Provinz der südafrikanischen Union, Tanganyika unlösbarer Bestandteil des Britischen Bundes der ostafrikanischen Staaten." Als „besten Ausweg aus der Schwierig-

keit" sieht er es an, „wenn man Deutschland Togo und Kamerun zurückgäbe". Gemäß seiner probolschewistischen Einstellung glaubt das Johannesburger „Forum", die armen Eingeborenen vor dem Zugriff der „Nazifaust" schützen zu müssen und versteigt sich dabei zu der Behauptung, „daß namentlich die Hereros jeder Möglichkeit einer Wiederherstellung der deutschen Hoheit mit äußerster Besorgnis entgegensehen". Der Herausgeber des „Forum" scheint noch nicht in Südafrika gewesen zu sein, sonst würde er wissen, daß gerade die Hereros noch heute die einstige deutsche Schutzherrschaft dankbar anerkennen und sie zurückwünschen.

Der „Vereinigten Partei", der Regierungspartei Südafrikas, scheint diese antideutsche Pressehetze nicht erwünscht zu sein. Sie überreichte der Regierung auf dem Bloemfonteiner Parteitag jedenfalls den Antrag, zur Verhinderung falscher und entstellter Nachrichten ein südafrikanisches Pressegesetz einzubringen. Ein Beschluß, auf den der größte Teil der Unionspresse natürlich mit lebhaftem Angriff gegen die Regierungspartei antwortete!

Zu dieser Pressepropaganda gegen die deutschen Kolonialansprüche tritt die Hetze durch das gesprochene Wort. Was sogenannte, zumeist jüdische „Volksredner" an Schauergeschichten über Deutschland erfinden und erlügen und allsonntäglich abends in Kapstadt, Johannesburg, Durban und Bloemfontein von Markt- und Stadtplätzen aus in eine aus Buren, Engländern, Farbigen und Schwarzen bunt zusammengesetzte Zuhörerschaft hineingeifern, ist an Gemeinheit und Niedertracht kaum zu überbieten.

Daß Vertreter der jüdischen Rasse als Privatpersonen Stimmung gegen Deutschland zu machen versuchen, ist nicht weiter verwunderlich. Mit Erstaunen muß man aber feststellen, daß auch Abgeordnete sich in den Dienst der Hetze gegen den deutschen Kolonialanspruch stellen und dabei mit den plumpsten und einfältigsten Argumenten aufwarten. In Johannesburg malte der Abgeordnete Kentridge einer Frauengliederung der Regierungspartei die Rückgabe „irgendeiner Kolonie irgendwo in Afrika" an Deutschland als Bedrohung und Gefahr für die Union aus, da diese dann zu einem „Vasallenstaat" Deutschlands werden würde.

Auch der ehemalige Minister Hofmeyer stellt sich auf die antideutsche Seite. Er verquickte die Kolonialfrage mit der Lösung des Judenproblems in Deutschland, indem er in einer öffentlichen Versammlung erklärte, daß die Rückgabe der Kolonien abhängig sei von einer „Herzensänderung" der führenden Männer Deutschlands; denn man könne einem Land, das seine rassischen Minderheiten unterdrücke und auszurotten versuche, keine Gebiete mit schwarzer und farbiger, also andersrassischer Bevölkerung ausliefern! Das Judentum Südafrikas wird Herrn Hofmeyer hierfür Dank sagen, aber die in letzter Zeit in Johannesburg und Benoni erfolgten judenfeindlichen Kundgebungen, wobei es zu Straßenkämpfen mit Juden und einem Dynamitanschlag auf die Synagoge gekommen ist, müßten Herrn Hofmeyer eigentlich Anlaß zu einer Berichtigung seines Urteils über Deutschland sein. Außerdem hätte man gerade von ihm als rassebewußtem Bur mit deutscher Abstammung ein besseres Verständnis für die rassepolitischen Maßnahmen des Dritten Reiches und die „Herzensbeschaffenheit" seiner leitenden Männer erwarten können!

Vor dem Kongreß der Regierungspartei in Pietermaritzburg hat General Smuts, der einstige südafrikanische Premier und Erfinder des Mandatssystems, das als so wunderbar ausgeklügelt angesehen wurde und doch in seinem

Endzweck so durchsichtig ist, geäußert, Südafrika werde seine vitalen Interessen, einschließlich Südwests, bis zum äußersten verteidigen.

Neben Presse, Straße und Versammlungslokalen werden in Südafrika auch die Kinos in die Haßpropaganda gegen Deutschland einbezogen. In einer Wochenschau, die Szenen der internationalen Politik wiedergab, wurde die Lösung der sudetendeutschen Frage als „Vernichtung einer Nation" bezeichnet und durch entstellte Bildberichte versucht, Deutschland als ein Land erscheinen zu lassen, das nach Krieg dürste und seine Aufrüstung nur im Hinblick auf einen Angriffskrieg vornähme.

Gegen diese Vergiftung der öffentlichen Meinung nimmt „Die Burger", das Blatt des nationalen Afrikanertums, Stellung und verweist auf das südafrikanische Zensurgesetz von 1931, wonach „polemische Bildberichte über internationale Politik" verboten sind. „Die Burger" schließt mit den Worten, die Öffentlichkeit Südafrikas wünsche nicht, im Kino von einer rachsüchtigen Propaganda belästigt zu werden.

Feste organisatorische Formen hat die antideutsche Kolonialpropaganda erhalten durch die Gründung der Ligen in Ost- und Südwestafrika, die sich für den kolonialpolitischen Status quo einsetzen und die öffentliche Meinung gegen die Rückkehr der Kolonien zu Deutschland mobilisieren sollen. Der Hauptausschuß der „Ostafrikanischen Liga" besteht aus Engländern, Juden und Indern, Vorsitzender der „Südwestafrikanischen Liga" ist Lardner Burke, dem im Vorstand der Abgeordnete Taljaard hilfreich zur Seite steht. Wieder einmal haben sich diese beiden Männer Lardner Burke und Taljaard an die Spitze der antideutschen Propagandaarbeit in Südwest gestellt.

Aus all dieser im Vorstehenden angeführten antideutschen Propaganda spricht zum einen der hemmungslose Haß des Judentums gegen alles Deutsche, zum andern das schlechte Gewissen Südafrikas und eine gewisse Unruhe und Besorgnis über den Ausgang der kolonialen Vereinigung mit Deutschland.

Gegen diese Hetzpropaganda wehrt sich mit scharfer Klinge die „Swakopmunder Zeitung", das Blatt der Südwest-Deutschen. Sie kennzeichnet diese Hetze wohl am besten, wenn sie darin nicht nur eine Beleidigung und Herausforderung der deutschen Bevölkerung Südwestafrikas, sondern auch mit Recht einen Verrat an der Sache der weißen Rasse im afrikanischen Erdteil sieht. Sie schreibt hierzu:

„Die weißen Völker schaden sich nur selbst, wenn sie ihre politischen Kämpfe im Kolonialland in blindwütigen Haß und hemmungslose Hetze ausarten lassen. Mit gespanntester Aufmerksamkeit werden diese Auseinandersetzungen innerhalb der weißen Herrenschicht von den Unterworfenen verfolgt, und man kann sicher sein, daß derartige Produkte auf den Werften unserer angeblich so harmlosen Eingeborenen lebhafte Beachtung finden. Man braucht sich in Südafrika nicht zu wundern, wenn diese Art der Handhabung der Pressefreiheit in den Köpfen der Farbigen allerhand merkwürdige und unberechenbare Vorstellungen weckt, die sich vielleicht früher als man annimmt, gegen die Gesamtheit der weißen Rasse, gegen die weiße Herrschaft an sich richten."

In Anbetracht der organisatorischen Sammlung der antideutschen Kräfte in Südwest ist es doppelt erfreulich, daß der „Deutsche Südwestbund", nachdem man lange von ihm kaum etwas gehört hatte, nun wieder in den Vordergrund getreten ist. Der letzthin erfolgte Aufruf zum Eintritt in den „Deutschen Südwestbund" verfolgte den Zweck, alle naturalisierten Deutschen — den

Nichtnaturalisierten ist ja durch das bekannte Ausnahmegesetz vom April 1937 jede politische Betätigung verboten — in geschlossener Organisation zu sammeln, die es ermöglicht, den Interessen der gesamten deutschen Bevölkerung Südwests zu dienen und nötigenfalls auch alle nach den Landesgesetzen zur Verfügung stehenden politischen Kampf- und Abwehrmittel einzusetzen.

Auf der Delegiertenversammlung des „Deutschen Südwestbundes" nahm das südwester Deutschtum ganz eindeutig zur Kolonialfrage Stellung und nahm folgende Entschließung an:

1. Bis zur endgültigen Lösung der Kolonialfrage besteht der Deutsche Südwestbund auf strikter Einhaltung des Mandatssystems. Der Deutsche Südwestbund steht auf dem Boden der moralischen und sachlichen Berechtigung der deutschen Kolonialforderungen und steht in geschossener Abwehr gegen alle Versuche, die Mandate zu annektieren oder das Deutschtum aus dem Mandatsgebiet zu verdrängen.
2. Änderung des bestehenden Wahlrechts und Einführung eines Mandatsbürgerrechts, das dem Deutschtum gleiche Rechte und Pflichten, wie den Südafrikanern, gewährt.
3. Der Deutsche Südwestbund erhebt Protest gegen die vertragswidrige Anwendung des Einwanderungsgesetzes, durch die deutsche Einwanderung praktisch unterbunden und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aufs schwerste geschädigt wird.

Als Symbol ist es wohl auch zu werten, daß die „Swakopmunder Zeitung" vom 1. Januar an nicht mehr unter dieser Überschrift erscheint, sondern ihren Namen in „Deutscher Beobachter" umgeändert hat. Zu dieser Namensänderung schreibt die Zeitung: „...Dieser Titel umreißt die Aufgabe, die wir uns im vergangenen Jahr gestellt und nach besten Kräften zu erfüllen versucht haben — die Aufgabe, eine deutsche Zeitung für das gesamte Deutschtum Südwests zu sein. Daß wir dieser Aufgabe nach Maß unserer Kräfte gerecht geworden sind und an unserm Teil zur Schaffung der Volksgemeinschaft aller Deutschen haben beitragen können, diesem Gedanken der Volksverbundenheit aller Deutschen in Heimat und Übersee, ihrer Zusammenfassung durch das Dritte Reich gibt der alte stolze Wappenvogel unseres Volkes im Kopf unserer Zeitung sinnbildlichen Ausdruck..." H. Ri.

Niederländisch-Indien

Aus Batavia erfahren wir: Die deutsche Kolonie Batavias hat unlängst den Umbau des deutschen Vereinshauses eingeweiht, ein Ereignis, an dem außer der gesamten deutschen Kolonie zahlreiche holländische Gäste teilnahmen. Das Haus ist nun Mittelpunkt und Stolz der Deutschen und darf ohne Übertreibung als das schönste Klubhaus in Batavia bezeichnet werden. Das erste deutsche Gemeinschaftserlebnis in diesem neuen Hause war die Feier des Erntedankfestes und die Eröffnung des deutschen Winterhilfswerkes. Dabei muß besonders hervorgehoben werden, daß als erstmaliges Ereignis dieser Art für Niederländisch-Indien Dr. Mongert mit seiner Theatergruppe ein Hans-Sachs-Spiel aufführte. Die neue Schiebebühne des Klubhauses wurde mit der Aufführung des Kolbenheyerschen Stückes „Brücke" eingeweiht, wodurch dargetan werden sollte, daß die kulturellen Bestrebungen die Brücke

zwischen dem holländischen und deutschen Volke schlagen wollen. Im Dezember wurde Humperdincks „Hänsel und Gretel" aufgeführt. Das kulturelle Leben der deutschen Kolonie hat durch diese Neuerungen starken Auftrieb erfahren und hat alle Aussicht, ein besseres Verständnis für die deutschen Bestrebungen beim Gastvolke hervorzurufen. Auch die Schulangelegenheit in Niederländisch-Indien geht rüstig voran. Nachdem nun die erste deutsche Schulgründung in Kaban Djahe (Ostküste Sumatras) sich als lebensfähig erwiesen hat, wurde eine Zweigstelle dieser Schule in Taroetoeng (Tapanoeli, Nordwestküste Sumatras) eröffnet, die von der Rheinischen Mission getragen wird. Es ist daran gedacht, auch an einem günstig gelegenen Punkte Javas eine deutsche Schule zu errichten. Allerdings kommt nur eine Höhenlage zwischen 1000 und 1500 Meter über dem Meer in Mittelsava in Frage. Bt.

Australien

Jahrhundertfeiern der deutschen Einwanderung

Am 20. November 1938 fanden allerorts Gedächtnisfeiern zur Erinnerung an die vor 100 Jahren erfolgte Gründung der lutherischen Kirche in Australien statt.

Am 8. Juni 1838 traten die Klemziger bei Tschicherzig auf zwei Oderkähnen die weite Reise nach Übersee an. Etwa 200 Köpfe stark, meist Leute, die in kleinen Verhältnissen lebten. An den Ufern hatten sich Tausende von Zuschauern versammelt, die das Unternehmen verspotteten. Ohne Beirrung wurde die Reise fortgesetzt, durch die Hauptstadt, dann weiter auf der Elbe bis Hamburg. Dort erfolgte die Einschiffung am 8. Juli auf dem Segelschiff Prinz Georg. In Plymouth nahmen sie ihren alten Seelsorger Pastor Kavel, der mit der südaustralischen Kompanie betreffs Ansiedlung Verhandlungen geführt hatte, auf. Das ist in wenigen Worten der Anfang dieser zähen Altlutheraner in Australien im Kampf um ihren Glauben, wie er in der deutschen Überseewanderung wohl einzig in dieser Art dasteht.

So entstanden zunächst die Ortschaften Klemzig, Hahndorf und Lobetal, unweit Adelaide gelegen. Bedauerlicherweise erfolgte aber bald eine kirchliche Spaltung, indem 1846 der später eingewanderte Pastor Frizsche sich aus dogmatischen Gründen mit seiner Gemeinde von Kavel trennte. Dies ist der Ursprung der beiden lutherischen Synoden, der VELKA. und der ELSA., die bis auf den heutigen Tag die meisten Deutschstämmigen in Australien umschließen.

Bei der Hundertjahrfeier in Tanunda (Südaustralien) wurde der Verdienste Kavels gedacht und eine Gedenkfeier an seiner Grabstätte auf dem Friedhof zu Langmeil, wie die erste Ansiedlung bei Tanunda hieß, gehalten. Auf den ersten Klemziger Grabstätten, wiederhergestellt durch die German-Australian Historical Society unter dem Vorsitz von Krahwinkel, wurden Kränze niedergelegt.

Anläßlich dieses Abschnittes sind von den beiden Kirchenkörpern (Pastor Hebart einerseits und Pastor Brauer andererseits) Denkschriften ausgearbeitet, die die hundertjährige Entwicklung der Verhältnisse schildern und wertvolles Material über das Deutschtum in Australien bringen.

C. R. H.

Unsere Toten

R. P. Theodor Amstad zum Gedächtnis

Im November des verflossenen Jahres starb der bekannte Seelsorger, Organisator und Schriftsteller R. P. Amstad im Alter von 87 Jahren. Im Alter von 34 Jahren kam er nach dem südlichen Brasilien, wo er sich ganz dem Wohle seiner deutschen Landsleute widmete. Es wird kaum ein Dorf mit deutschen Einwohnern in Rio Grande geben, das er nicht mit seinem Maultier bereist hat. Erst ein schwerer Sturz, als er schon 71 Jahre zählte, zwang ihn zur Ruhe und in die Einsamkeit, wo er sich durch schriftstellerische Tätigkeit weiter um das geistige Leben der deutschen Kolonisten bemühte.

Auch dem neuen Deutschland trat er mit großem Verständnis entgegen und setzte sich auch noch im hohen Alter für das Werden einer deutschen Volksgemeinschaft ein. In Anerkennung seiner Verdienste verlieh ihm das Deutsche Ausland-Institut 1936 eine Ehrenurkunde.

Die Volksdeutschen drüben und die vielen Freunde hier neigen sich in Ehrfurcht vor diesem unermüdlichen Kämpfer für das Deutschtum.

Briefe an das DAI.

Aus USA.

Es gibt drei Sorten Deutsche. Die einen, die schon drei Monate nach ihrer Ankunft bereits nicht mehr deutsch sprechen wollen (sie haben es wohl nie richtig gekonnt); die zweiten, die meist alle jetzt wieder drüben sind oder zum Heimzug rüsten, und wir, die wir unsere Arbeit hier noch nicht aufgeben wollen und meist unter Amerikanern Aufklärungsarbeit tun. In letzter Zeit hat sich hier der Haß gegen alles Deutsche furchtbar verschärft! Unser Pastor sprach seit etwa drei Monaten nur noch von dem „gottlosen" Deutschland und der Verfolgung der armen Juden. Als er letzte Woche wieder schimpfte und das arme deutsche Volk bedauerte, fragt er plötzlich: „Ist's nicht so, Mrs. ...?" Ich erhob mich und sagte laut: „Nein, Herr Pastor, das deutsche Volk ist froh und glücklich, einen Führer zu haben, der es mit Gerechtigkeit und Güte regiert! Dort ist kein Arbeitsloser, hier 13 Millionen! Als Millionen Christen in Rußland getötet und gequält wurden, habe sich in der ganzen Welt niemand zu ihrer Verteidigung gewagt, jetzt, wo die Juden in Deutschland mit einer Geldbuße wegen dem Mord eines Deutschen belegt werden, erhebt alle Welt ein Geschrei. Dieses Geld gehört ja eigentlich uns, denn an uns haben sie es doch gemacht; als sie vor Jahren von Rußland über unsere Grenze kamen in langen Bärten und Kaftans, war das einzige, was sie in unser Land mitbrachten: Läuse.

Jetzt wollen sie nicht aus Deutschland raus, ohne jeder ein großes Vermögen mitzuschleppen." Weiter kam ich leider nicht, das Wort wurde mir entzogen und gestern am Danksagungstag bekam ich zu hören: „Viele unter uns Amerikanern werden Gott besonders dafür heute danken, daß sie keine Deutschen sind!!! Viele, daß sie nicht unter dem greulichen Diktat Hitlers leiden müssen!" So ging es weiter. Ich saß während dieser Predigt da und kämpfte dauernd mit meinen Tränen; denn die Ehrfurcht vor dem Gotteshaus zwang mich zum Bleiben. Welch liebliche Frucht diese „Danksagungspredigt" trug, bewiesen mir drei Frauen, die mir eine wie die andere einfach den Rücken kehrten. Natürlich setze ich meinen Fuß nicht mehr in diese und auch in keine andere Kirche hier! Sollte der Herr Pastor aber mal mein Haus besuchen, dann ist die Reihe an ihm zu hören, denn ich habe so verschiedenes auf dem Herzen, um ihm den Unterschied zwischen dem „gottlosen" Deutschland und seinem gesegneten Amerika endlich einmal klarzumachen. Bisher war ich still, ich gehöre leider nicht zu den Naturen, die sich überall durchsetzen, meine Angehörigen waren maßlos erstaunt, daß ich den Mut aufbrachte, diesen Mann öffentlich zurechtzuweisen. Aber das war ja gar nicht ich — das schoß aus mir heraus in heiligem Zorne und ich wußte nur eins: Jetzt gilts, die Heimat, die sollen sie mir nicht länger beschmutzen: Und wenn ich dadurch mein Leben verwirkt habe, die Stimme des Blutes ist stärker — ich konnte einfach nicht anders. Neulich geht ein Freund über die Straße und hört, wie ein größerer Judenjunge einige jüngere zurechtweist: „Wißt ihr nicht, daß es unser Rabbi verboten hat, mit den Kindern der Nazis zu spielen? Man bedenke, welch ungeheure Dreistigkeit darin liegt, auf der offenen Straße so etwas

zu sagen. Daraus kann man ersehen, welch festen Fuß der Jude hier bereits gefaßt hat. Kaum sind sie vier Wochen im Lande, haben sie bereits eigene Geschäfte! Wo all dies Geld dazu herkommt, das ist mir ein Rätsel. Aber die jungen Amerikaner denken anders als die alten. Letzte Woche war ein freundlicher Amerikaner unser Gast. Als die Rede auf die Judenfrage kam, sagte er: „Wir sind langsam und geduldig im Warten — aber wenn wir Stellungslosen einmal aufstehen, die jüdische Pest auszutreiben, werden wir sie nicht so freundlich auffordern, unser Land zu verlassen, wir nehmen einfach Knüppel und schlagen sie tot wie Hunde." Bitte, vergeben Sie mir diese rohen Ausdrücke, ich schäme mich, sie niederzuschreiben; muß es aber tun, damit sie diese Stimmungsbilder der Wahrheit gemäß erhalten. — Amerika ist mir nach fünfzehn Jahren Hierseins genau so fremd geblieben, wie am ersten Tag. Wenn man uns hinausweist oder die Arbeit nimmt, kommen wir heim; so lange aber werden wir hier als Deutsche unsere Pflicht tun.

Aus Kanada

Wir haben hier während der Krisenzeit wieder recht schwere Tage gehabt und die Sehnsucht nach der alten Heimat wurde schier unüberwindbar. Es gab „schwarze Listen". Beschimpfungen und Drohungen auf offener Straße. Es war schon schlimm und wäre es zu ernstlichen Ausbrüchen gekommen, so wäre die Hetzpresse alleine verantwortlich gewesen. Ich war zur Krisenzeit gerade geschäftlich in Edmonton und die Sache sah so schlimm aus, daß ich meiner Frau telegraphierte, mit dem Kinde zu ihren Eltern auf die Farm zu gehen, bis ich wieder nach Hause gehen könnte. Von Behörden usw. hätte ich weniger gefürchtet, wie von dem maßlos verhetzten Mob, da gerade Ende August mein Name in einem Aufsatz des Sekretärs der Kommunistischen Partei, mit der Bezeichnung „Head Nazi Spy" in sämtlichen Tageszeitungen erschien. Im Bunde geht es hier in Saskatchewan schon vorwärts; es ist uns gelungen, im Jahre 1938 die Zahl der Mitglieder und der Ortsgruppen und Stützpunkte zu verdoppeln. Da hat man doch wenigstens die Freude im oft recht hoffnungslos erscheinenden Kampfe für die Erhaltung des Deutschtums. Auch die Beziehungen zur hiesigen Gruppe des Deutsch-Kanadischen Verbandes haben sich wesentlich gebessert und so neue Hoffnungen für einen Zusammenschluß im Sinne der Volksgemeinschaft wach werden lassen.

Aus der Stadt der Auslandsdeutschen

Die Stadt der Auslandsdeutschen als Gartenparadies

Reichsgartenschau 1939 in Stuttgart

Ein großes Ereignis bereitet sich zur Zeit in der schwäbischen Hauptstadt, der Stadt der Auslandsdeutschen Stuttgart, vor. Auf einer der beherrschenden Höhen, auf dem sog. „Killesberg", von wo der Blick über die Stadt und weit hinaus ins Land bis zu den Rebenbergen des Neckar- und Remstals geht, ist ein Gartenparadies im Entstehen, das im nächsten Jahr Hunderttausende von Menschen aus nah und fern Freude, Genuß und Vergnügen schenken wird: die Reichsgartenschau 1939.

Man kann es heute nicht mehr begreifen, daß dieses Gelände so lange brach liegen konnte. 500 000 Quadratmeter dehnte sich die Heide über Hügel und Täler. Buschwerk und Akaziengehölze wechselten mit Steinbrüchen und Schutthalden. Heute sind die Hänge mit Rosensträuchern bepflanzt, in den Tälern blühten schon die hundert Arten der Sommerblumen und jetzt noch stößt man in den Mulden auf weite Beete mit Stiefmütterchen und Astern. Die Rosen werden die große Sehenswürdigkeit der Reichsgartenschau Stuttgart 1939 werden. Mehr als 200 verschiedene Arten wird man dort bewundern können.

Wo noch vor kurzem nur grundlose Saumpfade liefen, ziehen sich heute wohlbefestigte Wege hin. Vorbei an stattlichen Hochbauten, an mächtigen Stützmauern, an Treppenanlagen und Terrassen, an Wasserspielen und Seen, an Land-, Siedlungs- und Wochenendhäusern, an großartigen Gast- und Vergnügungsstätten. Das reichgegliederte landschaftlich so vielgestaltete Gelände bietet gerade für die Zweckanlagen der Schau herrlichste Möglichkeiten. Sie wurden voll und ganz ausgeschöpft. Alle Fachleute, die das Ausstellungsgelände bis heute besucht haben — und es waren nicht wenige — sind sich darüber einig, daß hier eine Musteranlage der Gartenkunst im Entstehen begriffen ist. Die Wunder der Natur

werden dort in ihrer vielfältigen Abwandlung zur Schau stehen. So reich, so vorbildlich, wie man es nie zuvor sah.

Der rötliche Sandstein, der bei den größeren Bauwerken einheitlich verwendet wurde, paßt sich dem Ton des Keupergrunds wirksam an. Mächtige vierkantige Säulen tragen das Dach der Eingangshalle. An ein langgestrecktes Ausstellungsgebäude schließt sich der Ehrenhof. Gegenüber steht das Verwaltungsgebäude, es wird in Bälde bezogen werden können. Nicht weit davon ist ein großes rechteckiges Becken ausgehoben, das Wasserkünste aufnehmen wird. Am Hang, über dem Tal der Rosen, baut man zur Zeit an dem großen Ausstellungskaffee. Es wird eine herrliche Aussicht auf die Terrassen und Rondelle und die blumenfrohen Hänge des Rosentales bieten. Stadtwärts aber, wo sich vier Seen malerisch ins Tal stufen, erhebt sich noch ein Bauwerk. Die Zimmerleute haben schon das Dach aufgerichtet. Es wird die große Gaststätte aufnehmen, in der mehrere tausend Personen Platz finden.

Das sind die Sehenswürdigkeiten großen Stils. Der Naturfreund wird auf den zahlreichen Wegen, den verschlungenen Pfaden wandeln, durch Täler und Schluchten, über Hügel und durch Gehölze, durchs Tal der Rosen, vorbei an der Blumenwiese, er wird in die kleinen Sommerhäuschen treten, wird einen Blick in den Wochenendgarten und in den Schulgarten werfen, er wird eine stille Viertelstunde in der Friedhofanlage verbringen, wird sich an den vorbildlichen Anlagen für Heimat- und Vogelschutz freuen und wird für den eigenen Hausgarten Anregungen heim nehmen. Bis zum Kindererholungsheim, bis zum neuzeitlichen Freibad und den Spiel- und Sportplätzen sind Schönheit und Beispiel in Fülle und Vielfalt am Wege verstreut.

Und wer all diese Herrlichkeiten im Fluge durcheilen will, der setzt sich auf die lustige Kleinbahn. Sie berührt die schönsten Punkte, die fröhlichsten Stätten der großen Schau. Es muß so sein: die Sommerreise der deutschen Volksgenossen aus dem Ausland führt 1939 nach Stuttgart zur großen deutschen Reichsgartenschau!

Mitteilungen des DAI.

Silberne Plakette des DAI. für Professor Eiselmeier

Zum Neujahr 1939 wurde Professor Johann Eiselmeier in Milwaukee von Oberbürgermeister Dr. Strölin die Ehrenplakette des DAI. verliehen. Eiselmeier ist am 9. Juli 1861 in Mühlbach bei Linz, Oberösterreich, geboren, wanderte 1876 mit Eltern und Geschwistern in die österreichische Kolonie Kornthal bei Jonesboro in Illinois aus, deren Geschichte er im Novemberheft 1938 vom „Deutschtum im Ausland" beschrieben hat und wurde später Lehrer. Am bekanntesten wurde er als Professor am Nationalen Deutschamerikanischen Lehrerseminar in Milwaukee, an dem er 1904—1919 wirkte. Auch durch zahlreiche Beiträge zur amerika-deutschen Geschichtsforschung machte er sich einen Namen. Eine Ausnahmeerscheinung ist er vor allem durch die in Amerika seltene Art, wie er als Angehöriger einer streng kirchlichen Richtung (er gehört zu den führenden Laien der lutherischen Wiskonsin-Synode) jederzeit für einen außerkonfessionellen reinen Volkstumsgedanken eingetreten ist.

Johannes Schleuning 60 Jahre alt

Am 27. Januar d. J. feierte in Berlin der rußlanddeutsche Pfarrer Johannes Schleuning seinen 60. Geburtstag. Geboren in Neu-Norka an der Wolga, wo er seine Kindheit verlebt, studiert er in Dorpat, Berlin und Greifswald. 1910 geht er als Pfarrer nach Tiflis und arbeitet dort nebenamtlich auch als Leiter der Deutschen Schule und als Herausgeber der „Kaukasischen Post". Nach Ausbruch des Weltkrieges wird Schleuning mit seiner Familie nach Sibirien verbannt. 1917 an die Wolga zurückgekehrt, wirkt er mit im Zentralkomitee der Wolgadeutschen und bei der Herausgabe der „Saratower Deutschen Volkszeitung". 1917 geht Schleuning nach Deutschland, wo er maßgeblich beteiligt ist an der Gründung des Zentralkomitees der Deutschen aus Rußland, der Zeitschrift „Deutsches Leben in Rußland" und der bis vor kurzem bestehenden Wolga- und Kaukasusdeutschen Vereine.

Fotoausstellung

Die zweite Heimat

Der Reichsbund Deutscher Amateurfotografen, der die Zusammenfassung aller Liebhaberfotografen im Reich darstellt, hat einen Gau „Deutscher Amateurfotografen im Ausland" gegründet. Aufgabe dieses Gaues ist es, die deutschen Amateurfotografen jenseits der Reichsgrenzen zu einer einheitlich ausgerichteten Fotoarbeit hinzuführen, zu der Heimatfotografie. Es ist dieselbe Aufgabe, die sich die Lichtbildner innerhalb der Reichsgrenzen gestellt haben, die mannigfachen Motive der Heimat und ihrer Bewohner zu erfassen.

Ohne erst lange programmatische Erklärungen zu veröffentlichen, ruft der Gau „Deutscher Amateurfotoarafen im Ausland" alle Lichtbildner auf, sich an der Fotoausstellung „Die zweite Heimat" zu beteiligen.

Die Ausstellung findet in Stuttgart in der Zeit vom 25. Juni bis 15. Juli statt. Jeder Amateurfotograf darf bis zu zehn Bildern einsenden, die sich auf das Thema beziehen. Da die Ausstellung in Form eines Wettbewerbes aufgezogen wird, werden die besten Bilder preisgekrönt und in der Jahresschau des Reichsbundes Deutscher Amateurfotografen in München gleichfalls ausgestellt.

Nähere Einzelheiten über die Ausstellung und über den Gau Deutscher Amateurfotografen im Ausland sind zu erfahren über den Gauführer Dr. Heinrich Kurtz, Stuttgart, Danziger Freiheit 17.

*

Das vorliegende Heft erscheint als Doppelnummer 2/3, Februar-März.
Das 4. Heft erscheint im April in verstärktem Umfang.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S, Danziger Freiheit 17. Verantwortlich für die Anzeigen: Otto Röhm, Stuttgart-S, D.A. IV. Vj. 38: 4798. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 10. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: W. Kohlhammer, Stuttgart-S., Urbanstraße 12—16.
Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.

STADTBIBLIOTHEK ELBING

Der Führer grüßt befreite Deutsche